

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Abdruck für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Original täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsheftige Kolonelle ober deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (zweifache 2-fache gebrauchte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedächte und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraph-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 19. Dezember 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Reichstagswähler! Sichert Euch Euer höchstes Recht! Seht die Wählerlisten ein!

Freisinn und Flottenwettrüsten.

Die „Freisinnige Zeitung“ erhebt schmerzliche Klage über die Rüstungspläne unserer Flottenflotte. Ungeheuerlich seien die Forderungen unserer Rüstungsplaner. Da verlange man eine Verdoppelung unserer Schlachtschiffe. Eine solche Verdoppelung aber werde unser Marinebudget auch auf das Doppelte seiner gegenwärtigen Höhe, auf mindestens 900 Millionen answachsen lassen. Aber auch dann, wenn man nur an die Aufstellung eines dritten Geschwaders, also die Vermehrung unserer Panzerschiffe von 38 auf 57 herangehe, werde die Mehrbelastung bereits 225 Millionen jährlich betragen.

Es wäre freilich vernünftiger gewesen, wenn das führende Organ der fortschrittlichen Volkspartei sich statt mit solchen abenteuerlichen Plänen näher mit dem beschäftigt hätte, was im neuen Reichstag wirklich an neuen Flottenrüstungen besichert werden dürfte, mit einer Vermehrung der Ausgaben um vielleicht 100 Millionen jährlich. Hätte die „Freisinnige Zeitung“ erklärt, daß für sie eine solche Forderung unter allen Umständen unannehmbar wäre, und daß diese ihre Auffassung auch von ihrer Partei einhellig geteilt werde, so wäre das doch etwas Positives gewesen! Aber vor einer solchen Festlegung hat sich das freisinnige Blatt sorgfältig gehütet. Es will den Anschein erwecken, als werde auch der Freisinn die neuen Flottenrüstungen ernsthaft bekämpfen, und weiß doch ganz genau, daß seine Partei im entscheidenden Augenblick wiederum umfallen wird, wie das ja schon bei den letzten Flottenbewilligungen der Fall war! Der Freisinn hat eben seinen ehemaligen Standpunkt der kolonial- und Rüstungspolitik gegenüber vollständig aufgegeben, er ist für weltpolitische und marinistische Attentate gegen die Taschen der Steuerzahler zu haben trotz einem nationalliberalen oder all-deutschen Hurrapatrioten!

Und doch ist es noch gar nicht allzulange her, daß alles ganz anders war. Im März 1900 ließ der angesehenste Freisinnsführer, Eugen Richter, eine Broschüre erscheinen: „Zur Flottenfrage, ein kritisches ABC-Büchlein“, in dem er die Rüstungspolitik und den weltpolitischen Abertwäg, der doch damals erst im ersten Entwicklungsstadium steckte, in der schärfsten Weise bekämpfte. Die Argumente, die heute nur noch die Sozialdemokratie gegen den weltpolitischen Furor und den kostspieligen Flottensport vorbringt, waren in diesem Schriftchen überflüssig zusammengetragen.

Da berief sich Eugen Richter auf den Fürsten Bismarck, der im Jahre 1885 Windthorst gegenüber erklärt hatte:

„Aber wenn auch Deutschland seine Flotte auf die Höhe der Seemacht von England bringt, dann hätten wir immer noch ein Bündnis von England und Frankreich zu fürchten. . . Dies ist daher ein Ziel, das nie erreicht werden kann. Ich gebe zu, daß das Fahren zur See immer eine gefährliche Sache für Kaufleute, aber noch mehr für Kriegsschiffe ist; es ist von allerlei Gefahren und von allerlei Kosten umgeben. Aber wie machen es denn andere Mächte? Frankreich ist also zur See vielleicht weniger stark als England, und es fürchtet sich doch nicht, seine Kolonien, die so weit entlegen sind, daß der Seeweg ihm an verschiedenen Stellen unterbunden werden kann, ruhig im Vertrauen auf sein Geschick, seine Zäpferzeit und sein Ansehen, sowie auf die Gerechtigkeit und Friedensliebe anderer Staaten durchzuführen. Ich will indes in Frankreich gar nicht stehen bleiben: auch eine Seemacht wie die französische halte ich gar nicht für Deutschland indiziert (anzugehen).“

Bismarck schloß, wie Richter hervorhebt, damit, daß eine deutsche Seemacht nur etwa auf die Höhe von Portugal, von Holland, von Spanien usw. zu bringen sei!

Richter weiß das Argument, daß Deutschland zum Schutz seiner Grenzen einer starken Flotte bedürfe, mit dem Hinweis darauf zurück, daß England, Rußland und Frankreich viel größere Seegrenzen hätten als Deutschland. Kolonialreiche wie England und Frankreich bedürften wohl starker Flotten. Die Kolonialreiche Englands mit einer Bevölkerung von 321 Millionen benötigten des Flottenschutzes, aber die deutschen Kolonien würden nicht an Ort und Stelle, sondern in der Heimat durch die dort befindlichen Streitkräfte zu schützen sein. — Auch das Blockadegesperrt brauche uns nicht zu schrecken. Deutschlands Küsten schützten sich ja nach marinemalischer Darstellung selbst. Die Berufung auf die Abschneidung der deutschen Zufuhr tat er mit folgenden Worten ab:

„Indem man gleichwohl die Blockadefahrten aufzubauschen sucht, stellt man es so dar, als ob eine feindliche Blockade Deutschland durch Absperrung des Getreides

aushungern und durch Absperrung der benötigten Zufuhr an Koh- und Hilfsstoffen in seiner Industrie vernichten könne. Insbesondere wird auf die Arbeiter einzuwirken gesucht durch die Schilderung der daraus entstehenden Arbeitslosigkeit. . . Deutschland kann, selbst wenn eine wirksame Blockade zur See möglich wäre, schon deshalb nicht von den notwendigen Zufuhren abgeschnitten werden, weil es an drei Seiten von Landgrenzen umgeben ist und diese Landgrenzen auch die überseeische Zufuhr vermitteln können, selbst wenn die Zufuhr über die Nord- und Ostseehäfen abgeschnitten werden könnte.“

Auch das Argument, daß Deutschland sich durch eine starke Flotte „bündnisfähig“ machen müsse, wies Eugen Richter als verhängnisvollen Irrtum zurück. Gerade in diesen Tagen der Isolierung Deutschlands, die gerade durch Deutschlands Flottenrüstungen und Weltpolitik verschuldet worden ist, lieft sich das Folgende besonders interessant:

„Aber, so sagt man, Deutschland muß sich durch eine starke Flotte bündnisfähig für andere Länder England gegenüber machen. In dieser Beziehung könnte nur ein Bündnis mit Rußland gegen England in Frage kommen. Ein Bündnis gegen England aber würde sofort Frankreich auf die englische Seite führen und den Dreieckspakt sprengen, da Italien durch seine Interessen am Mittelmeer mindestens ebenso auf England angewiesen ist wie auf den Dreieckspakt.“

Auf das Gerede von Englands unbesiegbarer Eifersucht gegen Deutschland antwortete der freisinnige Führer:

„Rußland sucht sich wirtschaftlich möglichst abzusperren, während England bisher überall die Politik der sogenannten offenen Tür beobachtet und anderen Ländern, insbesondere Deutschland, freie Konkurrenz gewährt hat. Man stellt es so dar, als ob England diesen Grundsatz zu verlassen beabsichtige, weil es sich durch die deutsche Konkurrenz überflügelt sähe. Tatsächlich ist England durch das eigene Interesse und auch durch das Interesse seiner Kolonien daran verhindert, sich irgendwie gegen den Handel mit Deutschland abzusperren.“

Zum Beweise der Unnützigkeit, durch Flottenrüstungen dem Handel zu nützen, beruft sich Eugen Richter auf Theodor Barth, der im Januar 1897 im Reichstag ausführte:

„Die Behauptung, daß, weil im Laufe der Jahre im allgemeinen unsere Handelsinteressen so viel größer geworden sind, auch das Bedürfnis nach einer entsprechend verstärkten Kriegsmarine gewachsen sei, das, meine Herren, bestreite ich. Ich glaube vielmehr — und durch die Ereignisse insbesondere der letzten Jahre läßt sich das rechtfertigen — daß die Möglichkeit, durch Kanonen, durch Kriegsschiffe unsere legitimen Handelsinteressen zu schützen, von Jahr zu Jahr geringer wird.“

Weiter macht Eugen Richter geltend, daß die deutsche Ausfuhr allein abhängig sei von der Güte und der Preiswürdigkeit der deutschen Waren, „nicht von der Zahl und der Tragweite der deutschen Schiffskanonen“. Habe doch auch Fürst Bismarck mit Nachdruck erklärt, man könne doch nicht „eine Politik der Verkäufer auf dem früheren Mühlendam in Berlin empfehlen, die die Vorübergehenden anreizen und hineinzerrren, um ihnen Kleider zu verkaufen“.

Schließlich verweist Eugen Richter auch auf die gewaltigen Kosten des Flottenrüstens. Der Reichshaushaltetat für 1900 weise für Heer, Marine und Pensionen „schon 920 Millionen“ aus.

„Bei Vergleichung des Aufwandes für die Landesverteidigung mit anderen Staaten rechnen die Agitatoren die Schuldzinsen mit ein, welche Schulden betreffen aus Krieg bis in frühere Jahrhunderte zurück, während das Deutsche Reich erst 1871 begründet wurde und damals nicht Kriegsschuldigungen zu zahlen, sondern Milliarden zu empfangen hatte. Bei der Berechnung auf den Kopf der Bevölkerung aber läßt man außer acht, daß die englische Flotte zu gleich zum Schutz eines großen Kolonialreiches mit 400 Millionen Einwohnern und die französische Flotte ebenso zum Schutz eines Kolonialreiches mit 40 Millionen Einwohnern bestimmt ist.“

Inzwischen sind Deutschlands Rüstungsausgaben auf mehr als 1700 Millionen jährlich angewachsen. Inzwischen ist nicht nur die von Eugen Richter damals bekämpfte Flottenvorlage durchgeführt worden, sondern es sind seitdem noch zwei neue Flottenpläne in Kraft getreten! Und die letzten Flottenbewilligungen haben die Zustimmung des ganzen Freisinn erhalten, wie auch eine abermalige Durchbrechung des Flottengesetzes von 1900 schließlich den Segen des Freisinn erhalten wird!

Alle die Gründe, die Eugen Richter gegen das aberwichtige Wettrüsten geltend machte, sind noch heute so stichhaltig wie damals! Dennoch hat der Freisinn seinen ehemaligen Standpunkt völlig verlassen. Die Sucht nach der Regierungsfähigkeit ließ ihn die ersten Schritte tun, und nachdem er erst einmal in die Bahnen der Rüstungs- und

Weltpolitik eingelenkt hatte, gab es für ihn kein Halten mehr. Das Interesse des anlagebedürftigen Bankkapitals steht ihm höher als das Interesse des Volkes, als die Schonung der ausgeplünderten Volksmehrheit!

Der heuchlerische Lärm der „Freisinnigen Zeitung“ über die erzeßlichen Forderungen der Flottenflotte und die unausbleiblichen neuen Steuern darf die Wähler nicht einen Augenblick darüber täuschen, daß der Freisinn auch die neuen Marineforderungen bewilligen wird!

Arm und Reich!

Nationalvermögen!

Das deutsche Volksvermögen beträgt nach einer Berechnung von Steinmann-Bucher:

in Mark 850 000 000 000

Demnach beträgt das Vermögen:

pro Kopf der Bevölkerung	5 400
pro fünfköpfige Familie	27 000
In Wirklichkeit besitzen die meisten Arbeiter	gar nichts

Steuerpflichtiges Vermögen in Preußen!

Die preussische Ergänzungsteuer umfaßt alle Vermögen von über 6000 M. Diese Vermögen ergaben im Jahre 1895 63 857 171 354

Nach der Einschätzung für 1908—10 war das Vermögen, abgesehen von den defraudierten Millionen, angewachsen auf 91 653 297 197

Preußen hatte 1908 Einwohner, rund 39 000 000

Das Vermögen verteilt sich auf Jenfiten 1 502 570

1 1/2 Millionen Jenfiten hatten alles

Diese Millionen Jenfiten hatten nichts

Im Jahre 1895 besaß jeder von den damals vorhandenen 1 523 332 Jenfiten 55 400

Von den 1 502 570 Jenfiten nach der letzten Zählung hatte jeder ein Vermögen von 61 000

Die Vermögenssteuerjenfiten machen 4 Proz. der Bevölkerung aus, einschl. der Familienangehörigen sind es Personen 5 500 000

Diese hatten ein Vermögen von 91 653 297 197

Der übrige Teil der Bevölkerung zählt Köpfe 33 500 000

Diesem gehörte von den 91 1/2 Milliarden nichts

Einkommen!

Preußen zählte im Jahre 1910 Einwohner 39 145 535

Darunter befanden sich nur 6 241 494

Personen mit einem steuerpflichtigen Einkommen von über 900 M.

Mit Familienangehörigen stellen die Steuerpflichtigen Personen 19 012 896

Die 6 241 494 Jenfiten versteuern ein Einkommen von 13 710 000 000

Das steuerpflichtige Einkommen in Preußen verteilt sich wie folgt:

Jenfiten	Einkommensstufe	Veranl. Einkommen
Mark		
5 537 741	900 bis 3 000	7 675 639 425
511 476	3 000 „ 6 500	2 049 912 600
80 303	6 500 „ 9 500	622 386 250
89 546	9 500 „ 30 500	1 385 093 000
18 535	30 000 „ 100 000	924 871 250
3 893	über 100 000	949 132 500
6 241 494		13 607 035 025

Das durchschnittliche Einkommen betrug pro Jenfit in der ersten Gruppe 1 386 M. in der letzten Gruppe 243 805 „

So haben die Herrschenden bisher geteilt!

Zur Reichstagswahl.

Der Aufmarsch zur Reichstagswahl in Sachsen. Aus Dresden wird und geschrieben:

Die Reichstagswahlbewegung innerhalb der weiß-grünen Grenzpfähle wird in weiteren Kreisen besonderes Interesse erregen. Sachsen war nicht nur der Probierstaat der Reaktion, es war auch das Land der Ueberraschungen bei Reichstagswahlen. Von jeher lösten hier bei Wahlen Stimmungsschwankungen in den indifferenten Wählermassen die größten Wirkungen aus. Einmal schien es wie mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts zu gehen, dann kamen wieder Rückschläge, die wie eine schwere Niederlage ausfielen. So gingen schon bei den Festschingswahlen von 1887 in Sachsen alle sechs sozialdemokratischen Mandate verloren. Dann aber war wieder reiches Vorwärtstreiben zu beobachten, bis 1903 von den 23 sächsischen Wahlkreisen nicht weniger als 22 von der Sozialdemokratie erobert und Sachsen damit, um mit dem konservativen Parteiführer Dpitz zu reden, zum knallroten Königreich wurde. 1907 aber brachte wieder einen Rückschlag. Von den 23 Mandaten konnten

zur Acht beschimpft werden, wozu in einer Nachwahl noch ein neuntes Kom. das Gerichte Höhere holte. Das für die sächsischen Genossen so ungünstige Reichstagswahlergebnis von 1907 hat um so mehr Aufsehen erregt, weil die bürgerlichen Mehrheiten fast ausschließlich befruchtete waren. Abgesehen von Reichsbahn-Anerkennung, wo der Nationalliberale Merkel dem sozialdemokratischen Kandidaten nur um 627 Stimmen voraus war, und im Wahlkreise Kößelitz, wo eine bürgerliche Mehrheit von 1638 Stimmen festgestellt wurde, handelte es sich ausschließlich um ein Übergewicht der gegnerischen Stimmen von 2000 bis 2800; ja im Waigener Kreise, der allerdings noch niemals in sozialdemokratischem Besitz war, bezifferte sich die bürgerliche Mehrheit sogar auf 13 025 Stimmen.

Der Umschlag von 1903 bis 1907 war gewiß ein enormer. Doch darf bei der Beurteilung dieses Rückschlages und auch bei einer Betrachtung der jetzigen Wahlausichten in Sachsen nicht übersehen werden, daß 1903 ganz besonders viel gewichtige Ursachen zu unserem Gelingen zusammenwirkten. Neben der Unzufriedenheit über die Zustände im Reiche war es besonders die Erbitterung über die konservativ-nationalliberale Wirtschaftspolitik in Sachsen: die ehemals günstigen Finanzen waren so gerüttelt worden, daß ein Steuergesetz von 25 Proz. nötig wurde. Zu derselben Zeit wurde die Zivilliste um fast eine halbe Million Mark erhöht. Die Staatsschulden waren so hoch angewachsen, daß die Zinsen beinahe die Erträge der Einkommensteuer aufzehrten, dazu kam noch der Horn des Volkes über die Wahlrechtfrage durch das dreifache indirekte Geldwahlrecht. Außerdem führte uns auch der spießbürgerliche Entrüstungsummel gegen den außerordentlichen Kronprinzessin Stimmen aus bürgerlichen Kreisen zu, die sonst für die Sozialdemokratie nicht zu haben sind.

All diese Ursachen, die 1903 noch soviel Erbitterung wachgerufen hatten, waren 1907 vergessen oder sie bestanden nicht mehr in dem Maße. Das Dreiklassenwahlrecht existierte zwar noch, doch war eine Wahlrechtsreform im Gange. Dazu kam 1907 noch die Wirkung des Kolonialhandels auf noch ungeläutete Köpfe und die nationale Wut. So ist der Rückschlag zu erklären.

Auch für die kommenden Wahlen ist auf eine besondere Einwirkung sächsischer Verhältnisse nicht in dem Maße wie 1903 zu rechnen. Dafür sind aber unsere Organisationen mächtig erstarkt. Während 1903 in Sachsen nur 38 764 politisch organisierte Genossen ermittelt werden konnten, waren es 1910 120 584; auch die Abkommen der Parteipresse haben sich erheblich vermehrt, sie sind 1903 bis 1910 von 121 750 auf 183 781 angewachsen und jetzt wird inzwischen wohl ein Abkommenbestand von 200 000 erreicht worden sein. Doch aber auch die Volkstimmung für die Sozialdemokratie besonders günstig ist, haben schon die Landtagswahlen und einige Reichstagsnachwahlen gezeigt. Besonders der Reichsfinanzskandal hat aufstachelnd gewirkt. Dazu kommt, daß unsere Genossen mit seltenem Opfermut, Hingabefreudigkeit und Eifer an der Wahlarbeit sind. Versammlungen folgen auf Versammlungen, fast alle sind überfüllt; die Kleinarbeit wird präzise besorgt. Auch hierzu stellen sich die Genossen freudig und kampfeslustig. Wir sind also berechtigt, auf die Wiedereroberung des Besitztandes von 1903 zu hoffen. Unser Ziel aber ist, die Eroberung aller 23 sächsischen Wahlkreise, die Wiedererrichtung des Inakroten Königreichs.

Bei den bürgerlichen Parteien hat sich in den letzten Jahren nicht sehr viel geändert. Die ehemals so großsprecherischen sächsischen Antisemiten sind noch mehr zusammengeschmolzen und nicht mehr imstande, eigene Kandidaturen aufzustellen. Ein vor kurzem im Wahlkreise Zschopau-Marienberg unternommener Versuch ist kläglich gescheitert, denn schon kurz danach erklärte der aufgestellte Kandidat, wegen Mangel an jeder Organisation sehe er sich genötigt, die Kandidatur wieder niederzulegen. In zwei Wahlkreisen, dem Waigener und Dresden-Neustadt, sind alte antisemitische Kandidaten mit konservativer Unterstützung wieder aufgestellt worden. Sonst wären auch sie nicht möglich gewesen. Das ist aber auch der ganze schätzbare Rest der sächsischen Reformpartei.

Die Fortschrittler machen krampfhaftige Anstrengungen, wieder etwas hochzukommen. Sie haben in nicht weniger als 14 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, dürften aber in keinem irgend welchen nennenswerten Erfolg haben, werden vielmehr sicher damit rechnen müssen, auch die zwei Mandate in Pitzau und Plauen zu verlieren, die sie jetzt innehaben.

Die Kompromißbestrebungen hat es im bürgerlichen Lager nicht gefehlt. Erreicht worden ist jedoch nicht viel. In Dresden-Alttadt haben die Konservativen zugunsten des Nationalliberalen Dr. Geinze ihren Kandidaten wieder zurückgezogen, sonst aber ist fast jedem nationalliberalen Kandidaten ein konservativer gegenübergestellt worden, in mehreren Wahlkreisen ist auch noch ein dritter bürgerlicher Kandidat, zumeist ein Fortschrittler, aufgestellt. Die Nationalliberalen haben in 18 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, die Konservativen in 14, wozu aber noch die beiden Antisemiten zu rechnen sind. Für einige ergebirgische Wahlkreise ist ein Bündnis zwischen Nationalliberalen und Fortschrittler zu Stande gekommen. Demzufolge kandidierte in Annaberg-Oberwiesenthal Dr. Stiefemann ohne fortschrittliche Konkurrenz, während in Zschopau-Marienberg die Nationalliberalen dem Fortschrittler Brodow seinen Mann entgegenstellten. Es war allerdings ein fortschrittlich-nationalliberales Kartell für ganz Sachsen geplant; daraus ist jedoch nichts geworden, seitdem die Nationalliberalen den Freikämmerer Günther im Wahlkreise Plauen mit einer besonderen Kandidatur bedrängten.

Die Gegner haben also auch in Sachsen das erstrebte Zusammengehen wenigstens bei den Hauptwahlen nicht erreicht. Sollte es aber eine Anzahl Stichwahlen geben, werden sicher mindestens konservative und Nationalliberale zusammengehen; in diesem Stichwahlbündnis dürften aber auch die Fortschrittler nicht fehlen. Dann wird die Lösung aller bürgerlichen Parteien lauten: Wegen die Sozialdemokratie. An Mäßigkeit lassen es die bürgerlichen Parteien auch nicht fehlen. Aber ihre Versammlungen sind zumeist leer, während die sozialdemokratischen überfüllt sind. Wenn der Wahltag hält, was der Wahlkampf verspricht, dann wird es in Sachsen kaum viele Stichwahlen geben, dann wird aber fast allen sächsischen Reichstagswahlkreisen schon am 12. Januar siegreich die rote Fahne wehen.

Die Eisenbahnbeamten und Arbeiter gegen die Sozialdemokratie aufgebracht werden.
Unserem Aelter Parteiblatt ist folgendes interessantes Schriftstück auf den Redaktionstisch geflogen:
Eckernförde, am 12. November 1911,
10. Dezember
An alle bei den diesseitigen Kreisbahnen beschäftigten Beamten und Arbeiter!
Seitens der Sozialdemokratie ist ein Flugblatt, betitelt: „Beamtenfrage und Sozialdemokratie“
„Ein Mahnruf an alle Beamten“
sowie ein zweites Blatt:
„Was ist national?“
„Ein Mahnruf an die deutschen Eisenbahner!“
unter den Angestellten verteilt worden. Mit diesen zum Teil ganz zahm gehaltenen Dankschriften sollen auch die bei den

Eckernförder Kreisbahnen beschäftigten Beamten und Arbeiter gelodert und dann für die revolutionären Gewalttätigkeiten der Sozialdemokratie gewonnen werden.

Wer die ganzen auf den Umsturz der heutigen Verhältnisse gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie verfolgt, muß unumwunden zustimmen, daß sowohl jeder einzelne als das ganze deutsche Volk einen nie wieder einzuholenden Schaden erleidet, wenn die revolutionären Ideen der Sozialdemokratie zur Wirklichkeit werden sollten. Den Gewalthabern der Sozialdemokratie ist es nicht darum zu tun, dem deutschen Volke ein geeignetes und freies Vaterland zu erhalten, in dem jeder einzelne in Ruhe und Frieden seinem Berufe nachgehen und sich sein eigenes Heim angenehm ausgestatten kann, sondern die Führer suchen lediglich ihren Ehrgeiz darin, die Massen der Bevölkerung unzufrieden zu machen, sie unter ihren Willen zu stellen, damit diese nach ihren Wünschen den Muir des Landes und damit jedes einzelnen Mann, wenn ein günstiger Zeitpunkt eingetreten ist, herbeiführen können. Wer dies etwa bestreiten wollte, ist entweder blind oder will es nicht begreifen.

Alle dem Auftrage widersprechenden Ausführungen ihrer Schriften entsprechen nicht den wahren Grundanschauungen der Sozialdemokratie und wenn in den Flugblättern versucht wird zu beweisen, daß nur die Sozialdemokratie das wahre Interesse der Arbeiter und Beamten vertritt, so beweisen doch gerade die sozialdemokratischen Betriebe und Unternehmungen, daß die hier beschäftigten Personen in den meisten Fällen viel ungünstiger gestellt sind als diejenigen in den staatlichen, privaten und Gemeindebetrieben.

Es geht somit aus dem Verhalten der Sozialdemokratie unzweifelhaft hervor, daß diese nicht Vertreter eines besonnenen und friedliebenden Arbeiters und Beamten sein kann.

Sollten in dem Betriebe der Eckernförder Kreisbahnen beschäftigte Personen den Tendenzen der Sozialdemokratie zuweichen, so erziehen wir diese, hiervon abzulassen.

Für einen Sozialdemokraten ist in den diesseitigen Betrieben kein Platz, denn nur derjenige kann Anrecht auf Schutz und Hilfe unseres Gemeinwesens erhalten, der auch zur Aufrechterhaltung desselben beiträgt. Nicht aber derjenige, der es bekämpft und niederreißt.

Und daß die Sozialdemokratie in derbessender Weise niederreißen will, was dem gesamten Volke zur Wohlfahrt dient, ist trotz allen gegenteiligen Zeugens als feststehend anzusehen.

Der Kreis Eckernförde wird die Fürsorge für seine Arbeiter und Beamten nach wie vor im Auge behalten, erwartet daher aber auch von allen bei ihm beschäftigten Personen, daß sie neben Erfüllung ihrer Dienstpflichten in erster Linie Treue zum König und Vaterland bezeugen.

Der Kreisbahndirektor des Kreises Eckernförde,
Freierherr v. d. Ned., Landrat.
H. Kahl. C. Rathgen. C. Rode. Horn. F. Raht.
Die Betriebsdirektion der Eckernförder Kreisbahnen,
Brand.

Mit solchem hanebüchernen Geschwätz glaubt man die Eisenbahnbeamten und Arbeiter über ihre jämmerliche Lage hinwegzutäuschen und vor der Sozialdemokratie, die sich bisher als einzige Partei ihrer wirklich in den geistgebenden Körperschaften angenommen hat, grübelig machen zu können. Besonders köstlich ist die Behauptung, daß in den sozialdemokratischen Parteibetrieben die Angestellten viel ungünstiger gestellt seien als in den staatlichen und den Gemeindebetrieben.

Da in Schleswig-Holstein fast jeder Kreis seine Kreisbahnen hat, ist nicht ausgeschlossen, daß man auch in anderen Kreisen sich derartige amtliche Wahlbeeinflussungen gestatten wird.

Zentrum und Nationalliberale im Industriegebiet.

In einer liberalen Versammlung in Düsseldorf wurde die bereits erwähnte Meldung von einem zwischen Zentrum und Nationalliberalen für das Ruhrrevier schon abgeschlossene Stichwahlabkommen demontiert. Der Parteisekretär der Liberalen Vereinigung erklärte, daß im Rotenburger in einer jungliberalen Versammlung in Köln angesetzt worden sei, jetzt schon Stellung zu einem etwaigen Stichwahlabkommen mit dem Zentrum zu nehmen und sich gegen diesen Vorschlag zu erklären. Die Versammlung habe das aber abgelehnt, weil es töricht sei, schon vor der Hauptwahl sich für die Stichwahl festzulegen. Diese Erklärung sei von demokratischer Seite in ein schon vollzogenes Stichwahlabkommen für das Ruhrrevier umgedeutet worden. Der Redner erklärte, daß von einem solchen Stichwahlabkommen zwischen den beiden Parteien vorläufig keine Rede sein kann. Es sei verfrüht, sich über die etwaige Stellungnahme jetzt schon zu äußern.

Warum Herr von Oldenburg in den Reichstag muß

vertritt die „Kreuzzeitung“:
An besonders exponierter Stelle steht wieder der konservative Kandidat für Elbing-Marienburg, Kammerherr v. Oldenburg (Januschau), dessen leidenschaftlicher Republikanismus manchem schwachmütigen Kermelzupfer und Abwinkler höchst unympathisch ist, und der doch im Reichstage nicht fehlen darf, wenn nicht zum Schaden des alten Preudentums eine große Lücke entstehen soll.
Wer nicht die Volkvertreter durch einen Deutnant mit zehn Mann auseinanderjagen lassen will, ist also ein schwachmütiger Kermelzupfer. Das ist die Meinung der Schicksalserwartenden über den Reichstag.

Keine Wahlversammlungen in der Kirche.

Der Bischof von Speyer, Dr. Rauhaber, erklärte nach pfälzischen Blättern, er sehe es nicht gern, wenn sich die ihm unterstellten Geistlichen aktiv als Politiker betätigen. Namentlich erachte er es für nicht angängig, daß die Kanzel für politische Zwecke benützt werde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Dezember 1911.
Als Termin für die Reichstags-Stichwahlen ist, wie bürgerliche Blätter melden, der 25. Januar in Aussicht genommen.
Die amtliche Feststellung der Ergebnisse der Hauptwahl erfolgt am 16. Januar.
Landtagsversammlungen in Schwarzburg-Rudolstadt.
Am Sonnabend fanden in den Wahlkreisen Frankenhäuser-Stadt und Königsee-Stadt die Stichwahlen für die am 10. November doppelt in den Rudolstädter Landtag gewählten Genossen Winter und Scholl statt. Trotz der angelegentlichsten Vermahnungen der Gegner siegten wir und behaupteten die Mandate mit größerer

Stimmzahl als vorher. In Frankenhäuser-Stadt wurde Genosse Finke mit 567 gegen 418 bürgerliche Stimmen gewählt, und in Königsee-Stadt Genosse Fröhlich mit 762 gegen 223 bürgerliche Stimmen. Genosse Fröhlich gehörte schon in einer früheren Legislaturperiode dem Landtage an. Mit dieser Stichwahl sind nunmehr alle Wahlen zum Rudolstädter Landtag abgeschlossen, der jetzt definitiv aus neun sozialdemokratischen und sieben bürgerlichen Abgeordneten sich zusammensetzen wird.

Diederich der Große!

Ein höchst komisches Vorkommnis wird der „Deemterländer Ztg.“ aus dem 19. hannoverschen Wahlkreise berichtet, in dem der bekannte Direktor des Bundes der Landwirte, Herr Dr. Diederich Hahn zum Reichstag kandidiert. Als vor einigen Tagen Herr Hahn von einer Wahlversammlung heimkehren wollte, mußte er auf dem Bahnhöf Dölkern die Entdeckung machen, daß der Nachzug von Hamburg nicht in Dölkern halte. Kurz entschlossen erklärte Dr. Hahn dem Beamten, der Zug müßte halten. Als der Beamte dieses Verlangen zurückwies, erklärte Herr Dr. Hahn: „Ich bin der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Dr. Hahn, Freund des Herrn Eisenbahnministers, lassen Sie den Zug nur halten, alle Verantwortung übernehme ich!“ Der Beamte aber hielt sich an seine Instruktionen und ließ den Zug nicht halten, so daß Herr Dr. Hahn bis von Stade ein Fahrverbot kommen lassen mußte und erst im Morgengrauen am Ziele anlangte.

Wertlose Entschuldigungen.

Die offiziöse „Potsdamer Zeitung“ bringt einen Artikel, in welchem sich die sächsische Regierung gegen die ihr von sozialdemokratischer Seite untergeordnete Absicht verwehrt, das Koalitionsrecht der Arbeiter einzuschränken. Der Artikel betont, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter ebenso des Ausschusses bedürfte, wie der Schluß der Arbeitswilligen gegen einen Koalitionszwang. Unter Wahrung dieses paritätischen Standpunktes werde die Regierung mit Vorschlägen an den Bundesrat herantreten, sobald sie sich über den der Deputation der Zweiten Kammer überwiesenen Antrag mit den bürgerlichen Parteien verständigt habe, die bei der Verhandlung im Landtage in erfreulicher Uebereinstimmung mit der Regierung die Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit und die Wahrung der Parität als Grundlage des weiteren Vorgehens anerkannt hätten.

Die Worte des Grafen Vitzthum und die der Scharfmacher waren aber so klar, daß jeder Arbeiter wissen muß, was es geschlagen hat — auch wenn der Herr Graf jetzt in Anbetracht der bevorstehenden Reichstagswahlen seine unbedachte Äußerung abschwächen möchte.

Fenerbestattung und Virginität.

In einer vom Berliner Zweigverein der Internationalen Abolitionistischen Föderation einberufenen Frauenversammlung, die am 10. Dezember im Architektenhaus tagte, sprachen zu diesem Thema die Vorsitzende Frau Anna Kappitz, Frau Dr. jur. Westerkamp und Frau Dr. med. Agnes Wahn, die vom ethischen, juristischen und medizinischen Standpunkt aus darlegten, wie zwecklos und empörend die Bestimmung des Feuerbestattungsgesetzes sei, daß weibliche Leichen vor der Einäscherung auf ihre Jungfräulichkeit hin untersucht werden sollen! Die zahlreich versammelten Frauen aus allen Kreisen der Berliner Bevölkerung nahmen folgende Resolution an:

„Die am 16. Dezember 1911 im Architektenhause in Berlin tagende Versammlung, einberufen vom Berliner Zweigverein der Internationalen Abolitionistischen Föderation erhebt Protest gegen die in den Ausführungsbestimmungen des Herrn Ministers des Innern zu dem Gesetz betreffend die Feuerbestattung vom 14. September 1911 enthaltene Bestimmung: Der Befund einer Virginität zu erwähnen.“

Diese Unternehmung ist vom juristischen Standpunkt zwecklos, vom medizinischen Standpunkt wertlos, da die einwandfreie Konstatierung, ob Virginität vorliegt, für den gewissenhaften Arzt unmöglich ist, und vom menschlichen und ethischen Gesichtspunkt als ein Eingriff in das intimste Privatleben einer Verstorbenen durchaus zu verwerfen. Durch die Aufnahme einer derartigen Begutachtung in den Totenschein wird der üblen Kadavere Tür und Tor geöffnet. Die Ehre einer Verstorbenen, die nicht mehr in der Lage ist, sich zu verteidigen, könnte auf empfindlichste gekränkt und der gute Ruf ganzer Familien untergraben werden.

Die anwesenden Frauen vertrat daher an den Herrn Minister des Innern die dringende Bitte, die genannte Bestimmung, die das Gefühl ihrer weiblichen Würde wie ihr ethisches Empfinden aufs tiefste verletzt, streichen zu wollen.“

Freisinnige weiße Salbe für den Mittelstand.

Der Mittelstand, die Zwischen- und Pufferklasse der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, ist längst zum einzigen Neuteilungsgebiet der bürgerlichen Parteien geworden, nachdem die Arbeiter zum Selbsthandeln reif wurden. Das Versprechen, dem Mittelstand helfen zu wollen, heißt deswegen in keiner Rede von Wiener bis Oldenburg aus Januschau.

Eine Mittelstandshilfe sollte auch das Brauereigesetz vom Juli 1909 sein, das damals der schwarzbraune Block beistand. Die berühmte Staffelung der Steuer, die durchaus nach dem Wunsche und im Sinne auch der Freisinnigen war, wurde so beschaffen, daß bei 250 Doppelzentnern Jahreskonsum an Braustoff pro Doppelzentner 12 M. zu zahlen sind, sie steigt bis auf 20 M. bei 5000 Doppelzentnern. Die liberalen Mittelhandbreiter erklären sich stolz als Väter dieses Gedanken und schreiben: gerade von freisinniger Seite — dem verstorbenen Abgeordneten Rösche-Deffau, der selbst Generaldirektor der größten deutschen Brauerei, der Schultheiß-Brauerei in Berlin war — ist eine derartige Steuerentlastung der kleinen Brauereien zuerst angeregt worden.

Dabei wird nur vergessen darauf aufmerksam zu machen, daß die Staffelung bei 5000 Doppelzentnern aufhört, obwohl allein unter allen zum Verein der Brauereien Berlin und Umgegend gehörenden Bierproduzenten kein einziger einen so geringen Malzverbrauch aufweist. Die Schultheiß-Brauerei verbrauchte 1910 419 000 Doppelzentner Malz!

Die Ueberlegenheit der Großbrauereien macht die geringe Mehrbesteuerung im Sinne der Freisinnigen und „zugunsten des Mittelstandes“ viele Male wert, tatsächlich ist auch die Zahl der kleineren und mittleren Brauereien ständig und rapid zurückgegangen. Von 1906 bis 1908 verschwanden im Gebiete der norddeutschen Brauergemeinschaft 25 Proz. all der Brauereien, die jährlich bis zu 5000 Doppelzentner Malz verbrauchen! Der Großbetrieb herrscht im Brauereiwesen, nicht weil die Sozialdemokratie den Mittelstand „gerührt“, und trotzdem der Freisinn den Mittelstand zu retten versucht — wenigstens angeblich — weil dies in der Richtung kapitalistischer Entwicklung liegt! Freisinnige wie Konservative gehen trotzdem fleißig mit dem Versprechen hausieren, dem Mittelstand helfen zu wollen. So was nennt sich dann — positive Politik!

Wie es gemacht wird!

Die „Aeln.-Wolff. Ztg.“ läßt sich aus Berlin berichten:
Die sozialdemokratische Parteischule scheint bei den Genossen wenig Anklang zu finden. Bei dem vorletzten Kursus betrug die Zahl der Teilnehmer nur 24. Die Gewerkschaften hatten von den 10 Plätzen, die für sie freigehalten wurden, nur vier

Befehl. Auch jetzt hat die Parteischule eine nur sehr geringe Anzahl von Schülern. Der wirklich organisierte Genosse glaubt bekanntlich immer, so viel Weisheit in sich aufgenommen zu haben, daß er eine Belehrung für überflüssig hält. Oder sollte die in der Parteischule danach sein, daß sie jeden abflehrt.

Für die Kenntnis, mit der bürgerliche Blätter über sozialdemokratische Einrichtungen urteilen, ist diese Kritik außerordentlich charakteristisch. Dem Herrn Verfasser fehlt nicht nur jeder Einblick in die Entwicklung der Parteischule, sondern er weiß auch nicht mal, was fast jedem Sozialdemokraten bekannt ist, daß sie zurzeit gar keine Schüler hat, da sie der Reichstagswahlen wegen seit dem 1. April dieses Jahres geschlossen ist.

Vom Vorstande der jüdischen Gemeinde Berlin erhalten wir folgende Zuschrift:

„Zur Verichtigung des Artikels mit der Überschrift 'Von der preussischen Ausweisungsschmach' in Nr. 20 des 'Vorwärts' vom 14. Dezember teilen wir ergebenst mit, daß der Schauspieler Eisenberg bei seiner unferer Verwaltungsstellen vorstellig geworden ist. Wir waren daher mit seiner Angelegenheit in keiner Weise befaßt.“

Oesterreich-Ungarn.

Die separatistische Niederlage in Krenzier.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ hält entgegen der separatistischen Darstellung, die Echtheit jenes Briefes, den der von den Separatisten unterstützte „Horschriftler“ Botruba an einen hierfalsen Agitator geschrieben hat, um dessen Wahlunterstützung zu erlangen, durchaus aufrecht. Wie dem aber auch sein mag, sicher ist, daß die separatistische Taktik des dauernden Zusammengehens mit einer bürgerlichen Partei einen vollständigen Misserfolg erlitten hat. Erfreulich ist, daß diesmal von einem separatistischen Provinzialblatt, dem Mährisch-Ostrauer „Duch Casa“, den der Abgeordnete Prokeš redigiert, offen zugegeben wird. Dort heißt es:

„Unsere Partei geht aus diesen Wahlen schmächtig geschlagen hervor. Und was geradezu schmerzhaft ist die Tatsache, daß diese Niederlage verschuldet ist durch die Schuld aus unseren eigenen Reihen, aber nicht einmal so sehr durch die Wähler selbst als durch unsere Führung im Lande. Unsere Wähler, sozialdemokratische Wähler, wurden geradezu geopfert, damit der Volksparteiler Botruba gerettet werde. Nur diese 'Wahltaktik' hat es ermöglicht, daß statt des Sozialdemokraten Hoffmann Botruba in die engere Wahl kam und daß unsere Kandidatur ein schreckliches Debakel erlitt. Vergleichen wir nur den geradezu gräßlichen Stimmenverlust in den einzelnen Städten!...“

Eine Parteikandidatur zu proklamieren und dann für sie nicht den Finger zu rühren, das ist eine Methode und eine Taktik, wie sie in der Sozialdemokratie unzulässig ist. Das verwirrt die Begriffe, bewirkt ein Chaos in den Reihen unserer Wähler, erschüttert das Vertrauen in die eigene Kraft. Wohin würde die Partei mit einem solchen Vorgehen kommen? Wer bürgt dafür, daß die Wähler, wenn ihnen eine Parteikandidatur so „empfohlen“ wird wie in Krenzier, nicht das nächste Mal sagen: Aber der bürgerliche Kandidat ist doch nicht so arg, und wenn wir ihn einmal wählen, warum könnten wir ihn nicht das zweitemal wählen? Kurz gesagt, es ist das eine fertige Demokratisierung der sozialdemokratischen Wähler!“

Das ist sehr richtig und es wäre überaus erfreulich, wenn diese Stimme als Zeichen dessen zu werden wäre, daß in der tschechisch-slavischen Sozialdemokratie die Besinnung auf die Pflichten des Klassenkampfes zurückgekehrt. Das Zusammengehen mit der bürgerlichen Demagogie ist nur die eine Folge jener klembürgerlichen Verwirrung, in die sich die führenden Elemente der Separatisten immer mehr verrannt haben. Die andere und noch wichtigere, der sozialdemokratischen Auffassung ebenso widersprechende ist der Rationalismus. Die Führer mögen ihn zuerst aus wahlmagogischen Rücksichten Konzessionen gemacht haben, bis sie ihm schließlich gänzlich verfallen waren. Jetzt zeigt es sich, daß die Arbeiter dadurch der Partei entfremdet werden, dem Indifferentismus verfallen oder gar der bürgerlichen nationalistischen Demagogie Gefolgschaft leisten. Möge die tschechisch-slavisches Partei noch den Weg zur Umkehr finden, ehe es noch zu spät wird.

Frankreich.

Gruste Befürchtungen.

Paris, 18. Dezember. Der Deputierte und frühere Marineminister Belletan äußert sich im „Matin“ über das französisch-deutsche Abkommen, indem er unter anderem schreibt: Der Sultan wird die Souveränität Frankreichs ohne Schwierigkeit annehmen. Er kann nicht anders, aber die 8 Millionen Marokkaner werden wohl weniger gefügig sein. Es wird wohl auch nicht an europäischen Sägern fehlen, um sie zur Unbotmäßigkeit aufzustacheln. Hebrigens darf man voraussagen, daß auch unsere Militärs, so oft sie in Tätigkeit treten werden, das Ihrige zur Ausdehnung der Kämpfe beitragen werden, die ja ihre Daseinsberechtigung bilden. Wir haben also langjährige blutige Expeditionen in einem ungeheuren und strahlenlosen Gebiete vor uns, und wir dürfen keine Schlappe erleiden, denn wir sind Europa gegenüber für die Ordnung in Marokko verantwortlich, und wo werden wir die große Truppenmacht hernehmen, die wir zur Unterdrückung der Unruhen und Aufstände brauchen werden? Wir haben schon alle Mühe, um uns eine Kolonialarmee für unsere gegenwärtigen kolonialen Besitzungen zu verschaffen. Werden wir vielleicht die Truppen des Mutterlandes nach Marokko schicken? Das wäre ein gefährliches Abenteuer. Wie würde man dann das marokkanische Protektorat bei uns verewünschen. Und wäre es nicht eine Art Verrat, die Streitkräfte des Mutterlandes zu zerstückeln in einem Augenblick, wo die marokkanischen Schwierigkeiten die Angriffslust unserer etwaigen Feinde wachrufen könnte? Aber ganz abgesehen davon und von den vielen Millionen, die das Unternehmen verschlingen wird, wer ist so naiv, in dem deutsch-französischen Abkommen ein Unterpand des Friedens zu erblicken? Die Verpflichtungen, die wir zur Wahrung der wirtschaftlichen Möglichkeit übernommen haben, werden eine unerfüllbare Quelle von gefährlichen Schwierigkeiten und Streitigkeiten bilden, die zu den schlimmsten Verwickelungen führen können.

Die Verhandlungen mit Spanien.

Madrid, 17. Dezember. Ueber die französisch-spanischen Marokkoverhandlungen wird berichtet, die spanische Regierung werde, obgleich sie das unbeschränkte Eigentumsrecht in ihrer Zone vorgezogen hätte, unter gewissen Bedingungen die scherrischen Verträge in diesem Gebiete lassen, da sie

Begreife, daß Frankreich in der spanischen Zone kein anderes Regime zugeben könnte, als in der seinen. Wirkliche Schwierigkeiten bereite nur die Frage der südlichen Zonen. Spanien wolle sich wohl zu Konzessionen im Hinterlande, aber nicht an den Kanarischen Inseln gegenüberliegenden Küste herbeilassen.

Unruhen in Marokko.

Paris, 17. Dezember. Die aus Fez gemeldet wird, fand etwa zwölf Kilometer von dieser Stadt zwischen einem aus dreihundert Reiter bestehender Araberhaufen, der einen Deutscher unternehmen hatte, und einer von zwei französischen Instruktionsoffizieren befehligten scherrischen Kavallerie ein Gefecht statt, in dem die Araber mit beträchtlichen Verlusten in die Flucht geschlagen wurden. Die scherrischen Truppen hatten drei Tote und zehn Verwundete.

England.

Ein unglückliches Attentat.

London, 17. Dezember. Die Minister Lloyd George und Grey sprachen gestern Abend in einer Versammlung einer liberalen Frauenvereingung über das Stimmrecht. Als sie die Versammlung verließen, schleuderte ein männlicher Anhänger des Frauenstimmrechts eine Messingbüchse auf die Minister und traf Lloyd George ins Gesicht. Die Büchse geriet in die Lippe und verletzte das linke Auge, das Lloyd George fast eingebüßt hätte. Ein der Tat verdächtiger Mann wurde gestern Abend verhaftet.

Schweden.

Protest des Königs gegen die Regierung.

Die verfloren konservativ Regierung Lindman benutzte die letzte Reichstagsession unter anderem dazu, mit Hilfe der Ersten Kammer eine neue Flottenvermehrung in die Wege zu leiten und bestellte dann auch gleich darauf bei der Aktiengesellschaft Bolags-Gullings 4 neue 28 Zentimeter-Kanonen, obwohl der Reichstag vorläufig nur die Gelder für eine Kanone dieses für die schwedische Marine neuen Typs bewilligt hatte. Nun aber hat das liberale Ministerium Craaff, dessen Partei von Anfang an gegen die Flottenvermehrung war, diese Bestellung vorläufig rückgängig gemacht, um erst abzuwarten, zu welchen Ergebnissen die neulich eingesetzte Kommission kommen wird, die das gesamte Landesverteidigungswesen mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des Landes untersuchen soll. Der König aber ließ dem Protokoll über den Staatsratsbeschluss ein Distat hinzufügen, worin er erklärt, daß er Bedenken dagegen hege und seine Zustimmung nur gebe „auf Grund der gegenwärtigen politischen Verhältnisse und der Stellung, die der Staatsrat zu der Frage genommen hat“. Offenbar hat das Ministerium mit Antaniederlegung gedroht, ehe der König sich bereit fand, den Beschluß zu sanktionieren, aber da eine konservativ Regierung nur einmal unter den gegebenen Verhältnissen eine Unmöglichkeit ist, mußte er sich fügen. Hebrigens ist dies schon das zweite Mal, daß der König gegen das liberale Ministerium protestiert, denn als die erwähnte Kommission eingesetzt wurde, hatte er ebenfalls seine Bedenken, die er in einem Distat zum Staatsratsprotokoll kundgab. Die Aufgaben dieser Kommission sind vom Ministerium so gestellt, daß die Sozialdemokratie und die vier Genossen, die dazu berufen sind, kein Bedenken tragen, an den Arbeiten der Kommission teilzunehmen, die den Zweck hat, dem Militarismus und Marinismus gewisse Grenzen zu setzen, im Gegensatz zu der seinerzeit unter Lindman eingesetzten Landesverteidigungskommission, mit der unsere Genossen nichts zu tun haben wollten.

Rußland.

Die Protestaktion gegen das Justizverbrechen.

Eine lange nicht gesehene Erscheinung im konterrevolutionären Rußland — die auf den Fabriken und in den anliegenden Straßen improvisierten Protestversammlungen der Arbeiter — nimmt einen immer größeren Umfang an. Solche Versammlungen, auf denen Resolutionen betreffend das Justizverbrechen gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma und die schmächtige Haltung der dritten Duma angenommen wurden, fanden in Petersburg bisher statt auf den Putilow-Werken (4500 Anwesende), Baltische Fabrik (2000 Personen), „Vulkan“ (500 Personen), Siemens u. Halske (1000 Personen), Kabelfabrik (1000 Personen), bei den Wärdern des Moskauer Kanons (100 Personen), außerdem fanden zahlreiche Handwerkerversammlungen statt, die ihre Protestresolutionen, mit circa 2000 Unterschriften bedeckt, der sozialdemokratischen Dumafraktion übermittelten haben. Auch aus der Provinz beginnen Protestresolutionen der Arbeiter einzulaufen. So hat unsere Dumafraktion eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Resolution der Donezki-Jurjewischen metallurgischen Werke (Südrußland) erhalten, in welcher „Berechtigt“ für die unschuldig verurteilten sozialdemokratischen Abgeordneten verlangt wird.

Die Protestbewegung der Arbeiter greift auch auf die Hochschulen über. Am 6. Dezember fand eine von 2500 Studenten besuchte Versammlung in der Petersburger Universität statt, die folgende Resolution annahm: 1. Ueber die Notwendigkeit der Revision des Prozesses gegen die sozialdemokratische Dumafraktion; 2. gegen das schmachvolle Verhalten der Duma, die anlässlich der sozialdemokratischen Interpellation die Öffentlichkeit ausschloß; 3. gegen die Entsendung der russischen Truppen nach Persien. — Die Versammlung, die nur kurze Zeit gewährt hatte, ging unter den Klängen des revolutionären „Trauermarsches“ auseinander.

Wie aus Kiew berichtet wird, wurden am 10. Dezember im Politechnikum Proklamationen verbreitet, die zum Protest gegen die Haltung der Dumamehrheit während der sozialdemokratischen Interpellation über das Justizverbrechen aufforderten.

Amerika.

Kündigung des russischen Handelsvertrages.

Washington, 18. Dezember. Wie ein Mitteil des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten mitteilt, hat Präsident Taft den Handelsvertrag mit Rußland auf eigene Verantwortung gekündigt, in der Erwartung, daß der Senat sein Vorgehen billigen werde. (Damit ist der Präsident einem in gleichem Sinn, aber in schärferer Tone abgefaßten Beschluß des Senates zuvorgekommen. Dies geschah, um die Einleitung von Verhandlungen über einen neuen Vertrag zu erleichtern.)

Die Marokkoverhandlungen.

Die Marokkodebatte.

Paris, 18. Dezember. Die Deputiertenkammer schloß heute die Beratung des deutsch-französischen Abkommens fort. Der Kommissionsberichterhalter Long unterzucht die Ergebnisse des Abkommens. Das Protektorat Frankreichs sei zwar nicht mit ausdrücklichen Worten in dem Abkommen ange-

kündigt, doch bestehe es in Wirklichkeit. Das durch die Algecirade eingeführte Regime sei zum Vorteil Frankreichs verändert. Die marokkanische Bank, die ein Privatunternehmen sei, werde nicht, wie verächtlich behauptet wird, eine internationalen Ministerium darstellen. Frankreich habe übrigens immer noch das Übergewicht in dieser Bank mit einer Majorität von acht Stimmen. Die marokkanische Stimme werde Frankreich eine Majorität von neun Stimmen verschaffen. Das Zollsystem Marokkos hindere eine wirkliche Kolonisation nicht. Bezüglich der öffentlichen Arbeiten besche ein unbestreitbarer Fortschritt von der Algecirade zu dem gegenwärtigen Abkommen. Der Berichterstatter sagte, das diplomatische Korps werde aberufen werden, sobald das französische Protektorat in Marokko errichtet sei. In bezug auf die Berggerechtigkeit werde Marokko volle Freiheit haben mit der einzigen Einschränkung, daß auf Eisenerze kein Ausfuhrzoll gelegt werden dürfe. Hebrigens sei Frankreich selbst ein Eisenerz ausführendes Land und könne nicht auf marokkanische Eisenerze. Im Gegensatz dazu habe Deutschland ein Bedürfnis nach ausländischen Eisenerzen.

Der Berichterstatter wies sodann darauf hin, daß die Wahrung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung mit Bezug auf die Eisenbahnen den Vorteil habe, daß sie den Staat an der Verteilung von Privilegien an die Gesellschaften hindere. Gegenüber gewissen Befürchtungen erklärte Long, die Ausbreitung des französischen Handels werde durch das politische Übergewicht Frankreichs unterstützt werden. Es werde von Frankreich abhängen, ob der Vertrag zu großen Ergebnissen führe. (Beifall.)

Ministerpräsident Caillaux

erklärte im Namen aller Mitglieder der Regierung, diese nehme die Verantwortung für das Abkommen auf sich. Die Regierung habe keinen anderen Plan gehabt als den, das bald hundertjährige Werk der Errichtung eines großen französischen Reiches in Nordafrika weiter zu verfolgen und vielleicht zu vollenden, indem sie endgültig Marokko für Frankreich erschloß. (Beifall.) In vollem Bewußtsein der Verantwortlichkeit ihrer auswärtigen Politik habe die Regierung sich vorgenommen, geleitet von den Ereignissen, ein Glied mehr an die Seite der Bewirklichungen dieses Planes zu fügen. (Beifall.) Jules Ferry habe gesagt, daß Tunis der Schlüssel zu Frankreichs Stellung in Alger sei; das gelte ebenso von Marokko. Alger, Tunis und Marokko bildeten wirtschaftlich, ethnologisch und für den Handel ein Ganzes. Die Abkommen von 1900 und 1904 hätten den Zweck, für Frankreich series Feld in Marokko zu schaffen. Im Jahre 1900 haben Paris und Rom sich verständigt. Caillaux erinnerte sodann an die Abkommen mit England und bemerkt, Frankreich habe sich demgemäß die Freiheit in Marokko erlaubt, als die Ereignisse von 1906 eintrafen. Der deutsche Reichstagler habe vor einigen Tagen die deutschen Besäuerden nochmals wiederholt. Er, Caillaux, beabsichtige nicht, sich in eine nutzlose Kontroverse über diesen Gegenstand einzulassen. Er wolle sich nicht vorwerfen lassen, daß er die Polemik von neuem belebe. Das Einschreiten Deutschlands habe Frankreich für einen Augenblick von seiner nationalen Aktion in Marokko abgedrängt und es veranlaßt, sie einer internationalen Vermittlung auszuweichen. Die Algecirade habe das besondere Interesse Frankreichs anerkannt, ihm aber nicht die Mittel gegeben, es zu verteidigen oder die Ordnung zu sichern. Sie habe Frankreich die Pflicht zum Handeln auferlegt, aber es sei für Frankreich eine Unmöglichkeit gewesen, zu handeln. (Beifall.) So sei die Situation gewesen, als die Regierung ihre Entschlüsse fassen mußte. Wir haben Arabat, Mekines und Fez besetzt. Wir hatten die Verpflichtung, Fez wieder zu räumen. Aber konnten wir das tun, ohne das Recht der französischen Intervention in den Augen der Marokkaner zu kompromittieren? Der Erfolg des Aufstandes, die Anarchie, war sicher. Die Hilfsquellen Marokkos waren erschöpft. Wir mußten uns mit diesen klaren Tatsachen abfinden. Es war uns unmöglich, zuzugeben, daß die Verwaltung der Eisenbahnen nicht Marokko gehörte. Was sollte man tun? Eine Konferenz einberufen? Abgelehnt, denn, daß die Lösung durch eine Konferenz vielleicht nicht anderen ganzen Wünschen entsprochen hätte, war von gewissen Seiten der Zustimmung zu einer Konferenz an unannehmbarer Bedingungen geknüpft. Warum hätten wir uns also weigern sollen, in direkte Verhandlungen einzutreten? Im Übrigen war das Prinzip solcher Verhandlungen schon im Jahre 1900 angenommen worden. Wie mühen die politische Hypothek von Algeiras und die wirtschaftliche Hypothek des Abkommens von 1900 beseitigen. Dazu gab es nur ein Mittel: zu bezahlen, wie wir es 1904 getan hatten. (Wurden auf der Rechten.)

Caillaux fortsetzend: Ich weiß wohl, man hat gesagt, wir hätten von Deutschland ein Marokko gekauft, das ihm nicht gehörte. Gehörte es aber etwa den anderen Mächten mehr, deren Desinteressenheit wir im Jahre 1904 erkaufte haben? (Jaures: Ja!) Dieses Abkommen datiert von 1900. Caillaux führte dann aus, wie schmerzlich das gebrachte Opfer sei und fuhr fort: Ich erkläre, daß wir nicht die ersten gewesen sind, die vom Kongo gesprochen haben. Man hat mit uns am 10. Juli dieses Jahres davon gesprochen, und seit 1906 hat Deutschland quers mit Deleassé darüber gesprochen, wie der deutsche Staatssekretär im Reichstage erklärt hat. (Jaures: Wovon war denn in Kiffingen die Rede?) Von wirtschaftlichen Fragen.

Die jetzt zur Beantwortung stehenden Fragen sind folgende: Was hat uns das Abkommen gelostet? Sind wir von den Zweideutigkeiten der Vergangenheit befreit? Haben wir zu teuer bezahlt? Haben wir genug erhalten? (Anhaltender Beifall.)

Caillaux bemerkte, er werde nicht versuchen, die abgetretenen Gebiete schlecht zu machen. Gewiß, es ist grausam, diese Gebiete aufgeben zu sollen. Aber es liegt ein Trost in dem Gedanken, daß sie uns die Möglichkeit gegeben haben, unserem afrikanischen Reich eine prachtvolle Fassade zu geben. Man hat gesagt, wir würden nichts als ein gefesseltes, verarmtes Marokko erhalten, das Phantom eines Protektorats, Deutschland habe uns mit der einen Hand genommen, was es uns mit der anderen gab. Darauf antwortete ich: Unter wirtschaftlichem Gesichtspunkte erhalten wir mehr als wir unter anderen Umständen erhalten haben. Wir erhalten eine Situation besser, als sie andere Länder in ihren eigenen Kolonien haben. Unter politischem Gesichtspunkte erhalten wir mehr als wir durch den Vertrag von Bardo erhalten haben. Caillaux ging sodann auf die wirtschaftlichen Fragen ein. Die offene Tür sei der Grund, dem man sich für neue Länder nicht mehr werde entgegen können. Sodann kam der Ministerpräsident auf die Verhandlungen mit Spanien zu sprechen und sagte, er sei überzeugt, daß sie keinen ernstlichen Schwierigkeiten begegnen würden; sie seien aber darum nicht minder belästigt. Frankreich habe das lebhafteste Verlangen nach Verständigung, ein tiefes Gefühl für das Recht und die Würde Spaniens, aber dieses doppelte Gefühl schließe die Arbeit und Festigkeit des französischen Standpunktes nicht aus. (Beifall.)

Mit einem Hinweis auf die Freundschaft mit England und auf das Bündnis mit Rußland schloß Caillaux, indem er eine starke Militärmasse als die beste Friedenssicherung bezeichnete und die Haltung des französischen Volkes während der letzten Monate als bewundernswertes und erhebendes Beispiel bezeichnete, seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede.

Douis Dubois führte aus, was man Frankreich biete, sei ein enthuertes Marokko. England und Spanien hätten viel mehr gewonnen, als Frankreich, sowohl mit Bezug auf die Gebietsgröße als in bezug auf die Situation. Er bestritt, daß Frankreich ein wirkliches Protektorat über Marokko erhalte. Frankreich habe das Privilegium der Lasten und die französischen Steuerzahler würden die Kosten zahlen müssen. Unabhängig von dem, was Deutschland in Marokko erkaufte habe, habe ihm Frankreich eine Vergrößerung seines Kolonialreiches verschafft. Nachdem der Redner noch in ausführlicher Weise auf die Schwierigkeiten hingewiesen habe, die aus dem Abkommen entstehen könnten, wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Gewerkschaftliches.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlins!

Die in den Kinematographen-Theatern beschäftigten Angestellten sind gezwungen, das ganze Jahr hindurch Tag für Tag, auch Sonn- und Feiertagen, sich den Theaterbesitzern zur Verfügung zu stellen. Nur zwei Tage im Jahr bilden hierin eine Ausnahme, es sind dies der Karfreitag und Vuhstag; in den übrigen Fällen kommt noch der Heiligabend hinzu.

Da nun dieses Jahr der 24. Dezember auf einen Sonntag fällt, ist aus diesem Grunde mit einem Theaterabschluss gar nicht zu rechnen. Nun besteht unter den Angestellten der fehnächste und wohl auch berechtigteste Wunsch, den 24. Dezember für sich frei zu bekommen, um den Abend im Kreise ihrer Familien zu verbringen. Da bereits in einem hiesigen Verein der Theaterbesitzer die Heiligabendfrage erörtert wurde und, weil ein Teil von ihnen an vorangegangenen Jahren angeblich an diesem Tage besonders gute Geschäfte gemacht haben wollten, trat eine Einigung ein, am 24. Dezember ihre Geschäfte offen zu halten. Um nun den Angestellten dennoch zu dem für sie so fehnächsten freien Abend zu verhelfen, appellieren dieselben an die organisierte Arbeiterschaft Berlins, am 24. Dezember die Kinematographen-Theater nicht zu besuchen, damit die Theaterbesitzer sich veranlaßt fühlen, wegen schlechten oder keines Besuchs ihre Geschäfte zu schließen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin, Gruppe Kino-Operateure.

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Schlosser.

Die Schlosser Berlins und Umgegend beschäftigten sich am Sonntag im großen Saal der Brauerei Friedrichshain mit der Frage der Kündigung des Schlossertarifs. Handte referierte und führte aus: Als 1909 bei der letzten Tarifbewegung die Schlosser veranlaßt waren, durch verschiedene Umstände, besonders durch die ungünstige wirtschaftliche Lage, den Tarif, wie er zur Zeit besteht, abzuschließen, da fand derselbe nicht die Zustimmung und Billigung aller im Schlosserberuf beschäftigten Arbeiter. Die Organisation habe aber schon damals erklärt, daß man an diesen Tarif nicht für die Dauer gebunden sei. Die Krise kam den Meistern damals zugute; sie nutzten die Gelegenheit aus und lehnten weitere Zugeständnisse ab. Nun stehen die Schlosser wieder vor der Frage: Können und sollen wir den Tarif kündigen? Handte erklärte: Er wolle dem Spruch der Mitglieder nicht vorgehen; es sei nicht seine Aufgabe, ja oder nein zu sagen, die Schlosser sollten selbst entscheiden. — Der Tarif enthält die Bestimmung, daß, wenn er gekündigt werden solle, er drei Monate vorher, also spätestens am 1. Januar nächsten Jahres gekündigt werden müsse. Eine Verbesserung des Tarifs berechtigt schon der Umstand, daß in verschiedenen Städten der Provinz höhere Mindestlöhne als in Berlin, sogar bis zu 57 1/2 Pf. gezahlt werden. Der Mindestlohn in Berlin beträgt dagegen nur 52 1/2 Pf. Hiermit sei erwiesen, daß die Verhaftung der Berliner Meister, sie zählten die höchsten Löhne, nicht zutrafte. Andere Kategorien, wie die Klempner mit 76 und 78 Pf. Mindestlohn, die Rohrleger mit 72 Pf., die Arbeiter in den Drahtwerken mit 60—62 Pf. Mindestlohn, der durchweg garantiert sei, ständen besser da. Auch in diesen Berufen gäbe es kleine Meister, die trotz der oben angegebenen Löhne doch konkurrenzfähig bleiben. Gewiß, die Verhältnisse seien auch für die Meister in den letzten zehn Jahren schlechter geworden. Das liege aber nicht an den Löhnen, sondern an den technischen Umwälzungen, denen sich die Kleinmeister nicht anpassen wollen oder können. Man habe ja nun schon von irgend einer Seite eine Notiz in die hiesige Presse gebracht, wonach im Metallarbeiterberuf schon wieder ein großer Streik in Aussicht stehe. Er, Redner, wisse nicht, woher diese Notiz gekommen sei, ohne daß von berufener Seite von einem Streik etwas verlautet habe. Falls es aber zur Kündigung komme, siehe das eine fest, daß außer höheren Löhnen verschiedene andere Forderungen gestellt werden. Was aber verlangt werde, sei durchaus berechtigt angesichts der gesteigerten Lebenshaltung, mit der die Löhne, auch der Schlosser, nicht Schritt gehalten haben. Die Schlosser werden aber sehr wohl, wenn sie Forderungen stellen, diese in eine Form kleiden, die dem Ansehen und der Würde einer modernen Arbeiterorganisation entspricht. (Großer Beifall.)

Nach einer kurzen Diskussion, in der die Redner ihr Einverständnis mit den Ausführungen Handtes bekundeten, wurde einstimmig beschlossen, den Tarif zu kündigen. Die Verammlung beauftragte ferner die Lohnkommission, einen neuen, den Verhältnissen entsprechenden Tarif auszuarbeiten und denselben in einer demnächst stattfindenden Versammlung vorzulegen und dann der Meisterhaft als Forderung einzureichen.

Kartographenstreik in Berlin.

Durch die Aussperrung im Steindruckgewerbe sind auch die Steinrunder und Kartographen des „Chaus-Verlag“ in Berlin, eines Lanfportverlages, in einen Konflikt mit ihrem Unternehmer geraten. Dem Steinrunder wurde Streikarbeit zugemutet. Sie legten deshalb die Arbeit nieder und die Kartographen betätigten ihre Solidarität durch Einreichung der Kündigungen. Die Kündigungsfrist ist nun abgelaufen und auch die Kartographen stehen jetzt im Streik. Das ist besonders beachtenswert, weil die Berliner Kartographen von wirtschaftlichen Kämpfen bisher fast völlig verschont blieben; der angebrochene Streik ist denn auch der erste, den Berliner Kartographen auszusuchen haben. Man sieht, die Aussperrungswut der Unternehmer treibt immer neue Arbeiterschichten in den Kampf.

Deutsches Reich.

Der Streik auf der „Carlschütte“ bei Rendsburg.

Von dritter Seite ist eine Vermittlung verlangt worden. Daran hat am 16. Dezember eine Verhandlung zwischen einer Kommission der ausländischen Arbeiter und der Direktion der „Carlschütte“ statt. Ein Vertreter der Organisation wurde nicht zugelassen. Ein Ergebnis hatte diese Verhandlung nicht, da die „Carlschütte“ sich auf nichts einließ, sondern nur auf neue ihren Herrschaftsanspruch hervorsetzte. Zwar hätte sie gern ihre alten Arbeiter wieder, doch will sie Auslese halten. Ihre Werkwohnungen bleiben den „Selben“ referiert und wer von den Ausständigen, die jetzt in elenden Hütten hausen müssen, nach Beendigung des Streiks eine von den vielen, jetzt leerstehenden Wohnungen haben will, muß vorher „geld“ werden. Auf alle sonstigen, von der Verhandlungskommission angeregten Fragen hatte die Direktion nur ein stures „Nein“. Unter diesen Umständen beschloß die Versammlung der Streikenden am 17. d. Mts. einstimmig, den Streik fortzusetzen. Das Resultat der Versammlung ist der Direktion mitgeteilt. Ob weitere Verhandlungen, zu denen die Arbeiter bereit sind, stattfinden werden, ist bei der jeder modernen Anschauung unzugänglichen Direktion der „Carlschütte“ sehr zweifelhaft. Zugang von Arbeitern ist deshalb nach wie vor streng fernzuhalten.

Zum Streik der Isolierer bei Reinhold u. Co.

Zur Täuschung der öffentlichen Meinung über die Ursachen des Streiks und zur Herabwürdigung ihrer Arbeiter ist den Isolier-

firmen kein Mittel zu schlecht. So macht jetzt wieder in der hiesigen Presse eine Notiz die Kunde der Bauarbeiterverband habe in Frankfurt a. M. einen noch laufenden Tarifvertrag gekündigt. Dieser Kündigung gegenüber stellen wir fest, daß wir den im Jahre 1908 mit dem früheren Isoliererverband vereinbarten Vertrag ordnungsgemäß gekündigt haben, und zwar am 20. Oktober dieses Jahres. Dieser Vertrag enthielt den Passus: Wird vorliegender Vertrag von keiner Seite bis 31. Oktober gekündigt, so hat derselbe immer auf ein weiteres Jahr Gültigkeit.“ Auf unser Kündigungs Schreiben antwortete der hiesige Vertreter der Firma Reinhold, Herr Steinbrück, er könne die Kündigung nicht anerkennen, da in dem jetzigen Vertrag eine vierwöchentliche Kündigung vorgesehen sei. Wir antworteten darauf, daß Herr Steinbrück sich im Irrtum befinde, denn in dem uns vorliegenden, mit dem Reinhold'schen Stempel und der Unterschrift des Herrn Steinbrück versehenen Originalvertrag sei ein derartiger Passus nicht enthalten. Ferner forderten wir nun auch die Einsichtnahme in das Vertragsexemplar des Herrn Steinbrück. Dies lehnte der Herr mit der Motivierung ab, der Vertrag befände sich in Hannover. Später, gelegentlich einer Unterredung mit Herrn Steinbrück, hatten wir dann Gelegenheit, die beiden Originalverträge zu vergleichen. Etwas verlegen zeigte uns dann Herr Steinbrück den mit „Meißel“ geschriebenen vierwöchentlichen Kündigungs Passus. Diese Bestimmung war also ohne Wissen der Isolierer in das Vertragsexemplar des Herrn Steinbrück geraten. Und mit solchen Mitteln wollte man die Isolierer ein weiteres Jahr an die Firma fesseln; und nun dies nicht gelungen, werden Arbeiter, die schon 15 Jahre die Interessen dieser Herren zur vollsten Zufriedenheit vertreten haben, öffentlich als Vertragsbrecher hingestellt.

Wie würde man über die Arbeiter urteilen, wenn sie sich solcher Mittel bedient hätten? Dieser Fall beweist aber wieder mit aller Deutlichkeit, daß es die höchste Zeit für die Isolierer war, auf der ganzen Linie gegen die Wadenkämpfer der Isolierfirmen sich zur Wehre zu setzen. Der jetzige Kampf muß an Stelle der noch überall vorherrschenden Willkür geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse setzen.

Der Zweigvereinsvorstand des Bauarbeiterverbandes.

Husland.

Bei dem Streik der Erd- und Betonarbeiter Kopenhagens sind in letzter Zeit wiederholt Einigungsversuche gemacht worden, aber bisher ohne Erfolg. Am Donnerstag hatte die Generalversammlung der Streikenden über neue Einigungsvorschläge des staatsangestelltesten Schlichtungsbeamten zu beschließen, lehnte aber die Vorschläge mit rund 1200 gegen 800 Stimmen ab, so daß der Streik fort dauert. Die Arbeit ruht jetzt fünf Wochen.

Die Gewerkschaften Norwegens waren vor fünf Jahren noch sehr wenig entwickelt und hatten es bis zum Jahre 1906 erst auf rund 15 000 Mitglieder gebracht. Seitdem ist es bedeutend besser geworden, so daß man jetzt über 50 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter hat. Die letzten fünf Jahre haben der Gewerkschaftsbewegung einen mächtigen Aufschwung gebracht, was sich auch darin zeigt, daß während dieser Zeit nicht weniger als 708 Lohnbewegungen durchgeführt wurden mit 64 358 beteiligten Arbeitern und Arbeiterinnen. Bis Ausgang des Jahres 1910 waren bereits rund 500 Tarifverträge abgeschlossen, und zwar für rund 50 000 Arbeiter. Abgesehen von der Verkürzung der Arbeitszeit und anderen Vorteilen, betrug die dadurch erzielte Lohnsteigerung 150 Kronen pro Kopf und Jahr. Für Streikunterstützung, eingerechnet die Unterstützung für Kämpfe im Auslande, wurden in den fünf Jahren 2 149 993,18 Kronen ausgegeben, was jedoch pro Kopf und Woche nicht mehr als 21,4 Dore oder 24 Pf. ausmacht. Für Arbeitslosen-, Kranken- und Sterbeunterstützung wurden im selben Zeitraum rund zwei Millionen Kronen ausgegeben. — In dem jetzt zu Ende gehenden Jahre war die gewerkschaftliche Bewegung in Norwegen besonders lebhaft. Es wurden für rund 30 000 Arbeiter neue Tarifverträge abgeschlossen, und außerdem wurde die große Massenaußsperrung, die das Unternehmertum zu einer Generalaussperrung ausdehnen wollte, glücklich abgewehrt. Die Zahl der organisierten Arbeiter ist jedoch im Verhältnis zu den Wahlen, die noch zu organisieren sind, recht klein. Nach einer Statistik vom Jahre 1908 war die Zahl der organisierten Arbeiter in Industrie, Handwerk sowie Handels- und Transportgewerbe 47 893, die der unorganisierten aber 111 937; in Landwirtschaft, Fischerei und Seefahrt zählte man nur 324 organisierte, gegenüber 69 168 unorganisierten Arbeitern.

Zehn Jahre Zuchthaus, lebenslängliche Einsperrung und 50 000 M. Geldstrafe für Streikvergehen!

Genosse Dr. Weinberg schreibt uns unter dem 15. d. M.: Aus der Notiz des Genossen Dr. Heinemann im heutigen „Vorwärts“ geht hervor, daß sich Herr Professor v. List durch die Feststellung getränkt fühlt, daß der von ihm mitternachtslich gezeichnete Strafgesetzentwurf für die leichten Streikvergehen des jetzigen § 153 der Gewerbeordnung mit dem vorgeschlagenen § 278 Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre androhe. Er verweist auf das dem Richter in dem Gegenentwurf eingeräumte Straf-milderungsrecht für „besonders leichte Fälle“. Demgegenüber ist auf einige Bestimmungen des Gegenentwurfes hinzuweisen, wonach die einjährige Gefängnisstrafe noch lange nicht die Höchststrafe für die erwähnten Streikvergehen ist.

Zunächst ist § 89 des Gegenentwurfes hervorzuheben, wonach die Höchststrafe 2 Jahre Gefängnis beträgt, wenn es sich um einen „besonders schweren Fall“ handelt, d. h. wenn die verschuldeten Folgen der Tat bedeutend sind, oder der Wille des Täters besonders stark und verwerflich erscheint.“

Da die Strafe auf Streikfänger selten die von den Richtern erstrebte erzieherische Wirkung ausübt, kommen für diese Kategorie von „Verbrechen“ auch die drakonischen Rückfallstrafen des Gegenentwurfes sehr in Betracht. Wenn nämlich jemand, der ein vor-sätzliches Vergehen verübt hat, binnen drei Jahren wiederum ein vor-sätzliches Vergehen (z. B. Ehrverletzung Arbeit-mittler) begeht, das auf derselben Reizung beruht, wie die der vorausgegangenen Verstrafung zugrunde liegende Tat (z. B. Streikflucht), so ist er als Rückfälliger besonders schwer zu bestrafen. Wenn es sich um ein Vergehen handelt, das mit mehr als 6 Monaten Gefängnis be-droht ist, (z. B. also die Streikvergehen des vorgeschlagenen § 278 oder auch Verleumdung), so beträgt die Höchststrafe im dritten Rück-fall 10 Jahre Zuchthaus (§ 96)! Wird festgesetzt, daß der Täter ein „gewerbs- und gewohnheitsmäßiger“ Streikfänger ist, so tritt diese Zuchthausstrafe bereits im ersten Rückfall ein (§ 97).

Ist der Täter nun aber gar fünfmal vorbestraft, darunter ein-mal — z. B. wegen Streikvergehens oder Verleumdung im Rück-fall — mit Zuchthaus, und erscheint er mit Rückfall hierauf als „gewerbs- und gewohnheitsmäßiger und für die Rechtschaffenheit ge-fährlicher“ Verbrecher, so kann das Gericht nach § 95 neben der Strafe auf Unterbringung des Verurteilten in eine Verwahrungs-anstalt erkennen. Die Dauer dieser Verwahrung, die eine lebens-längliche sein kann, wird von der Landespolizeibehörde bestimmt. Die Entlassung ist stets nur eine vorläufige.

Es mag unwahrscheinlich erscheinen, daß jemals derartige Maß-regeln gegen ehrenwerte streikende Arbeiter ergriffen werden könnten. Aber sicher nicht unwahrscheinlicher als etwa bei Schaffung des geltenden Strafgesetzbuches die Anwendung des Erpressungs-paragrafen auf ehrenwerte streikende Arbeiter erschien. Daß diese haarsträubenden Strafandrohungen gegen „gewerbs- und gewohn-heitsmäßige Verbrecher“ auf „Ehrschneider“ anwendbar sind, wird in der dem Gegenentwurf beigegebenen Begründung (S. 130) aus-drücklich betont. Streikfänger und „Ehrschneider“ gehören nun aber für unsere maßgebenden Kreise in dieselbe Menschheits-kategorie.

Es sei noch bemerkt, daß der Gegenentwurf unter einem „Rück-fälligen“ nicht nur den versteht, der dasselbe Vergehen mehrfach begeht, sondern auch denjenigen, der auf Grund anderer Straf-

bestimmungen gegen eine Handlung, die „auf derselben Reizung beruht“, vorbestraft ist, z. B. den wegen Verleumdung vorbestraften Streikfänger, der sich gegen § 278 vergeht.

Hervorgehoben sei ferner noch, daß die Streikfänger des § 278, da ihre Handlung sicherlich oftmals von den Richtern als „auf Ge-winnsucht beruhend“ angesehen werden würde, neben der Freiheits-strafe mit Geldstrafe bis zu 50 000 (fünfzigtausend) M. bestrast werden können (§ 85).

Daß Herr Professor v. List nicht streikende ehrenwerte Ar-beiter auf 10 Jahre ins Zuchthaus und lebenslänglich in die Ver-wahrungsanstalt schicken und außerdem noch mit 50 000 M. Geld-strafe bestrafen will, ist selbstverständlich. Zumeist ist es charakte-ristisch für den Liberalismus, daß selbst seine besten Männer Vor-schläge ihre Zustimmung geben, auf Grund deren derartige best-bar ist.

Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg.

Jugendbewegung.

Die Jugendbewegung in Oesterreich.

Der Verband der jugendlichen Arbeiter, der die deutsche Arbeiterjugend in Oesterreich organisiert, hat in den beiden letzten Jahren große Fortschritte zu verzeichnen. Einer ge-nauen Erhebung zufolge zählte er am 31. März 1911 8558 männ-liche und 584 weibliche Mitglieder, von denen 1547 zugleich auch Mitglieder einer Gewerkschaft waren. Ein Sechstel der Mitglieder gehört auch Turnvereinen an. Dem Verus nach waren 46 Proz. der Mitglieder Lehrlinge, 32 Proz. Hilfsarbeiter und 20 Proz. gelernte Arbeiter, von 2 Proz. konnte die Berufszugehörigkeit nicht ermittelt werden. Dem Alter nach waren 39 Proz. 14 bis 16 Jahre, 37 Proz. 17 bis 18 Jahre, 16 Proz. 19 bis 21 Jahre und 7 Proz. über 21 Jahre alt. Von 2 Proz. ist das Alter unbekannt. Die Fluktuation der Mitglieder ist sehr groß. Der gesamte Mitgliederbestand verteilte sich Ende 1910 auf 195 Zweigvereine, von denen 129 auf Böhmen und 87 auf Nieder-österreich entfielen. Derzeit beträgt die Zahl der Organisationen beinahe schon 300 und auch die Mitgliederzahl ist entsprechend ge-stiegen. Die Verbandseinnahmen erreichten im Jahre 1910 eine Höhe von 22 367 Kr., die Ausgaben eine solche von 21 267 Kr. Der monatlich erscheinende „Jugendliche Arbeiter“ hatte im Jahre 1910 eine Auflage von 93 500 und im Jahre 1911 eine von 135 500 Exemplaren. Er erscheint nunmehr regelmäßig in mindestens 12 500 Exemplaren. Die Dezembernummer 1911, die dem Kampf gegen den Alcekalismus gewidmet ist, erreichte eine Auflage von 15 000, die Januarnummer 1912, die dem Kampf gegen den Chauvinismus dienen wird, erscheint in 20 000 Exemplaren.

Der Verband entfaltet eine rege Tätigkeit auf dem Gebiet des Bildungsweins. So wurden in Wien im Jahre 1909 278 Vor-träge mit 4900 Besuchern und im Jahre 1910 372 Vorträge mit 6364 Besuchern abgehalten. Den Wiener Mitgliedern wird auch der Besuch der Theateraufführungen der „Freien Volkshäuser“, des Hofburgtheaters und der Symphonieorgel, wientellicher Turn- und Schwimmunterricht ermöglicht. Auch in den Organisationen außer-halb Wiens wird eifrig Bildungsarbeit verrichtet, doch liegen näher Angaben nicht vor. Vieles bedient man sich auch der Lichtbilder-apparate. In der letzten Zeit hat der Verband zehn musikalische Wanderbibliotheken zusammengestellt, denen bald neue folgen sollen. In Wien wurde im Herbst ein Kursus für Funktionäre abgehalten, in mehreren Exilationszentren des Reiches fanden ähnliche Veran-staltungen statt.

Der Kampf für den Jugendschutz und die Gewerkschulreform wird nach wie vor mit unerminderter Kraft weitergeführt. Er hat in der letzten Zeit in Wien besonders scharfe Formen angenommen, da im Oktober 1911 ein mit einem Kostenaufwand von fast 5 Millionen Kronen erbautes Fortbildungsschulgebäude der Vernichtung übergeben wurde. Es bietet für Schulen mit 5200 Schülern Raum, steht aber bei Tage leer, da der Unterricht nur am Abend erteilt wird, obwohl die kompetenten Schulbehörden die Einführung des Tagesunterrichtes wiederholt feierlich versprochen hatten.

Auf dem Innsbrucker Parteitage der deutschösterreichischen Sozial-demokratie referierte der Verbandsobmann Jenschik über die Jugendbewegung. Sein Antrag, die Parteiorganisationen mögen der Jugendorganisation besondere Aufmerksamkeit schenken, fand einstimmige Annahme. Der Parteivorstand hatte bereits vor dem Parteitag dem Verbandsobmann ermöglicht, sich ausschließlich der Jugendbewegung zu widmen, so daß in der Zentrale des Verbandes zwei Genossen ganzzeitig tätig sind. Außerdem besitzt der Verband in den verschiedenen Kronländern 13 Funktionäre, die sich in Partel-sitzungen befinden und sich vollständig der Jugendbewegung widmen können. Nach wie vor fördern auch die Gewerkschaften die Jugend-bewegung finanziell und moralisch, so daß man annehmen kann, sie werde sich in der kommenden Zeit noch rascher entwickeln als bisher.

Verfammlungen.

Von der Verwaltung der Zählstelle Berlin des deutschen Tabak-arbeiterverbandes wird uns mitgeteilt, daß es sich in dem Ver-fammlungsbericht in Nr. 204 des „Vorwärts“ in der Ausschluß-notiz am Schluß des Berichtes um den Zigarrenfabrikanten und Ji-garrenfabrikanten Wilh. Krübel, Marienburger Str. 2/3, handelt. Wir teilen das mit, um unliebsame Personenbetrochungen, die leider schon vorgekommen sind, in Zukunft zu vermeiden.

Letzte Nachrichten.

Tarifvereinbarung der Buchdruckerhilfsarbeiter.

Unter dem Vorsitz des Geheimgrats Büxenstein haben sich gestern im Papierhaus zu Berlin auf Einladung des als Einigungsamt angerufenen Tarifamtes der deutschen Buchdrucker Brinzipals- und Hilfsarbeitervertreter der Städte Berlin, Stralburg, München, Stuttgart, Königsberg, Bre-men, Halle, Mannheim, Lubwiaschafen, Magdeburg, Nürn-berg, Jülich versammelt, um über einen Hilfsarbeitertarif für die Buchdruckerbetriebe zu beraten. Nach mehr als zwölfs-tündiger Beratung gelang es, eine Einigung herbei-zuführen, nach welcher der Hilfsarbeitertarif auf die Dauer von fünf Jahren für die genannten Städte abgeschlossen ist.

Neue Wingerunruhen in Frankreich.

Paris, 18. Dezember. (M. T. A.) Der Unterpräfekt von Epervan sandte Gendarmerieverstärkungen nach Damery, wo zehn Champagnerhändler neuerdings durch Anschlagszettel mit Tod und Brandstiftung bedroht wurden. Unter den Champagnerhändlern befinden sich mehrere, deren Kellereien im April dieses Jahres von aufrührerischen Winger geplündert worden waren.

Ein ausgeraubter Bahnhof.

Toulon, 18. Dezember. (H. V.) Der Bahnhof in Dra-guigna ist in der letzten Nacht ausgeraubt worden. Die Diebe drangen in das Bureau, in welchem das Gepäck untergebracht ist, erbrachen dort die Kasse und nahmen eine bedeutende Geldsumme mit sich. Die Einbrecher sind unbekannt entkommen.

Chem.-hufatastrophe in Nordamerika.

St. Paul, 18. Dezember. Heute morgen ereignete sich in der Nähe von Odessa im Staate Minnesota ein Eisen-bahnunglück. In den Transkontinental-Erzehzug der Chicago-Milwaukee-St. Paul-Eisenbahn, der infolge eines Signals hielt, rannte der Nachzug hinein, wobei neun Per-sonen getötet und viele schwer verletzt wurden.

Die Engländer in Indien.

Aus London wird uns geschrieben: Als Kaiser von Indien ist der König von England eine widerspruchsvolle Persönlichkeit. Zu Hause genießt er kaum mehr Macht als sein königlicher Bruder von Norwegen und in Indien muß er als ein göttliches Wesen auftreten. Dabei darf er aber nur den Despoten spielen mit Genehmigung seiner Minister in London, die wiederum von der Gunst der Volksvertretung abhängen. Von der ganzen Pracht eines orientalischen Herrschers umgeben, verläßt König Georg bei der Krönungsfeier in Delhi eine Proklamation, die mit folgenden Worten beginnt: „Es freut uns, unserem Volke verkünden zu können, daß wir auf den Rat unserer Minister...“

Die Hauptpunkte der Proklamation sind die Verlegung der Hauptstadt von Kalkutta nach Delhi und die Aufhebung der Teilung Bengalens. Die Verlegung der Hauptstadt und des Regierungszentrums von dem Orte, von dem aus die Engländer Indien unterjocht haben, nach der historischen Kaiserstadt Delhi im Innern des Landes ist zweifelsohne ein aufsehenerregender Schritt. Doch die Gründe, die dafür angeführt werden, sind sehr einleuchtend. Aus historischen, geographischen und politischen Gründen eignet sich Delhi viel besser als Hauptstadt Indiens als Kalkutta. Die Verlegung der Hauptstadt hat aber einen großen Nachteil. Delhi hat keine öffentlichen Gebäude, die deshalb auf Kosten der blutarmen Indier aufs neue errichtet werden müssen. Der theatralische Umzug der Fremdherrschaft nach der alten Hauptstadt des Großmoguls mag den Gefühlen der mohammedanischen Bevölkerung schmeicheln, er wird jedoch ein kostspieliges Schauspiel sein.

Die Erhebung Delhis zur Reichshauptstadt wird man als eine Entschädigung der mohammedanischen Bevölkerung für die Neueinteilung der östlichen Provinzen zu betrachten haben. Nichts hat in den letzten Jahren in Indien mehr Aufregung verursacht als die Auseinanderreißung Bengalens im Jahre 1905. Damals versuchte der Vizekönig Lord Curzon der politischen Bewegung der Bengalen Herr zu werden, indem er einen Teil in die gleichsprachliche Bevölkerung Bengalens eintrieb. Ostbengalen wurde von Bengalen getrennt und mit dem noch rückständigen Assam zu einer neuen Provinz erhoben. Zur Begründung dieser Teilung wurde angeführt, daß Bengalen mit seinen 80 Millionen Einwohnern zu groß sei, um eine wirksame Administration zu gestatten. In Wirklichkeit handelte es sich aber um die D a h m l e g u n g d e r S i n d u s, die nun in keiner der beiden Provinzen die Mehrheit hatten. Dieser Zustand ist durch die Proklamation, wenn nicht ganz beseitigt, so doch beträchtlich modifiziert worden. Assam wird wiederum eine Art nordöstlicher Bufferprovinz bilden, die unter direkter Kontrolle der Zentralregierung stehen wird. Ost- und Westbengalen werden zu einer Präsidentschaft vereinigt, und die im äußersten Westen Bengalens liegenden Bezirke Behar, Chota Nagpur und Orissa, deren Bevölkerung nicht bengalisch ist, werden zu einer neuen Provinz vereinigt.

Die große Bedeutung der Neueinteilung liegt darin, daß sich die englische Regierung gezwungen gesehen hat, der Volksstimmung endlich Rechnung zu tragen und die Politik Lord Curzons als unhaltbar aufzugeben. Daß die Regierung gewillt ist, einen neuen Kurs einzuschlagen, ergibt sich auch aus dem Bericht, den die indische Regierung an den Staatssekretär für Indien geschickt hat. In diesem bemerkenswerten Schriftstück heißt es unter anderem:

„Die Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft in Indien hängt in letzter Hinsicht von der Suprematie des Generalgouverneurs im Rate ab, und das indische Gesetz über beratende Körperschaften (1909) legt selbst Zeugnis dafür ab, daß es unumgänglich ist, Angelegenheiten von vitaler Bedeutung von einer Mehrheit von Nichtbeamten im legislativen Rate des Reichs entscheiden zu lassen.“

Kleines feuilleton.

Das alpine Museum in München. Auf einer Insel wurde in dem von der Stadt München gestifteten Hause am Sonntag das neue Alpine Museum des Deutsch-Oesterreichischen Alpenvereins eingeweiht.

Die Lage des Museums in nächster Nähe des auf der Kohleninsel in der Jar seiner Vollendung entgegengehenden Deutschen Museums für Technik und Naturwissenschaften ist die denkbar günstigste. Obwohl der Plan seiner Einrichtung noch recht jung ist und dem Ausbau seines Inhaltes noch lange keine Grenzen gezogen zu werden brauchen, bildet das Museum bereits jetzt durch die Reichhaltigkeit und Besonderheit seiner Schaugegenstände eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges.

Das Hauptstück des großen Saales im Erdgeschoß und bis auf weiteres die hervorragendste Sehenswürdigkeit des Museums ist eine vom Schweizer Ingenieur Imfeld wunderbar ausgeführte plastische und farbige Nachbildung der Jungfraugruppe in dem sehr großen Maßstab von 1 zu 2500 auf einer Grundfläche von 2 Quadratmeter. Die Wirkung des aufs genaueste der Natur nachgebildeten Gebirgsbildes ist imponant. Von einer hinter dem Relief angebrachten erhöhten Galerie aus kann man in die einzelnen Täler von oben hineinsehen und auch die Gletscherpalten studieren. Die Nordwand des Saales wird von einer mit Tieren bevölkerten Feldgruppe eingenommen. Wir sehen da alle Vertreter der Alpenfauna: Steinbock, Gemse, Schneehase, Murmeltier, Gebirgsmaule, Steinadler. Gegenüber ist eine Sammlung von Hüttenmodellen aus Holz, Gips und anderem Material aufgestellt; zum Teil ist das Dach abnehmbar oder eine Wand fortgelassen, so daß man einen Blick auf die innere Einrichtung tun kann, die zum Teil bis ins Kleinste mit allen Gerätschaften nachgebildet ist.

Eine Abteilung für Eis- und Schnee-Technik enthält alle für den Wintersport und die Gletschertouristik in Betracht kommenden Gegenstände, so z. B. Eispickel, ferner alle möglichen Skimodelle, weitere Schneereifen, Rodel usw. Die Südseite des Winteresaales zeigt die Anfänge einer Gruppe für Botanik, Mineralogie und die Entwicklungsgeschichte des alpinen Bergbaues.

Rechts und links sind zwei Loggien, in denen graphische Darstellungen über Klimatologie, Hygiene, Sanitätswesen und Physiologie untergebracht sind, sowie statistische Tabellen über die Verteilung der Schauhütten in den Alpen. Unter den physiologischen Lehrmitteln ist die Darstellung der Wirkungen auf den Kreislauf des Blutes in den verschiedenen Höhenlagen eines eingehenden Studiums wert.

Im Treppenhause ist eine vom Verein zum Schutz der Alpenpflanzen angelegte Sammlung von Bildern der alpinen Blumen untergebracht. Den Alpinisten interessiert hier auch eine Darstellung der Seitendekel. Im ersten Stock werden Hütten- und Alpenbilder aus früheren Zeiten, wie sie der Erzherzog Johann gesammelt hat, vorgeführt. Man sieht da z. B. Bergbegleiter in einer für unsere

heutigen Begriffe ganz unsinnigen Ausrüstung: in roten Fräcken und Zylinderhüten. Ferner sind da außer Vergletsch Lebensvolle Figuren in Volkstrachten ausgestellt. Auch die Bibliothek des Alpenvereins, der jetzt an 95 000 Mitglieder zählt, ist in dem neuen Gebäude untergebracht.

Das Hinterland von Tripolis. Vom militärgeographischen Standpunkt aus hat Oberleutnant Hübner im neuesten Heft von Petermanns Mitteilungen die Verhältnisse des Hinterlandes von Tripolis unter Beigabe mehrerer Karten erörtert. Das höhere Gebiet des Hinterlandes erreicht an seinem Nordabfall Höhen zwischen 300 und 850 Meter und erhebt sich dann bald bis zu 700 Meter. Daraus kann man auf die Schwierigkeiten schließen, die von den Italienern noch zu überwinden sein werden, falls die Türken sich ihrem Vordringen weiterhin mit derselben Zähigkeit wie bisher widerlegen. Wenn die Italiener aber nur die gesamten Küstentreifen in ihren Besitz bringen würden, so könnten sie den Verkehr von und nach dem Innern zwar lähmen, aber nicht ausheben. Tripolis ist von allen Reisenden, die das Land und seine Verhältnisse gründlich kennen gelernt haben, in der Hauptsache als ein Durchgangsgebiet gekennzeichnet worden. Die Zahl der Karawanen, die von Tripolis, Bengasi, Doms und anderen Küstenplätzen mit dem Hinterlande verkehren, hat sich in den letzten Jahrzehnten kleinbar außerordentlich vermehrt. Bengasi scheint in dieser Hinsicht noch mehr bevorzugt zu sein als die Stadt Tripolis. Auch Oberleutnant Hübner ist der Meinung, daß sich die Schwierigkeiten beim weiteren Vordringen italienischer Truppen nach dem Innern steigern werden, und zwar nicht nur wegen der zunehmenden Höhe, sondern namentlich wegen der ungunstigen Beschaffenheit der Wege. Schon in dem Gürtel von Gärten und Palmendainen, die sich um die Küstentäler herumziehen, sind diese Wege wegen ihrer geringen Breite und schludrartigen Beschaffenheit für den Transport von Truppen, insbesondere aber für den der Geschütze und der Zufuhr in hohem Grade ungeeignet. Diese Schwierigkeiten nehmen selbstverständlich noch weiter zu, je mehr man sich aus dem Ostengürtel ins Innere hineinbewegt. Infolge der geringen Zahl und schmalen Beschaffenheit der Wege fehlt es auch an Raum zur Entfaltung von Truppen, so daß sich die Ueberlegenheit der Italiener immer weniger geltend machen können. Dazu kommt, daß die Verteidiger immer häufigere und bessere Deckungen finden werden. Der Verlauf der Kämpfe hängt also davon ab, ob die türkischen Truppen die Vorteile des Geländes wahrnehmen werden. Oberleutnant Hübner macht darauf aufmerksam, daß die in Tripolis stehenden Truppen allerdings stets einen traurigen Eindruck im Vergleich zu türkischen Soldaten auf europäischem Boden gemacht haben. Wichtiger ist daher der Widerstand der Eingeborenen, der nach der Meinung des deutschen Offiziers ein jahrzehntelanges blutiges Ringen erfordern würde.

Der Krieg.

Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Tripolis, 16. Dezember. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Am Freitag ist Marconi in Tripolis angekommen. In Gegenwart die Generale Caneco und Frugoni unternahm er sogleich erfolgreiche Versuche mit einem neuen Feldtelegraphieapparat. In der Dase sowohl als in der Stadt werden noch immer Waffen und Munition in bedeutender Menge gefunden. — In Doms unternahm am Freitag 1 1/2 Bataillone Alpini einen Erkundungszug nach Westen, dem einige Gruppen bewaffneter Araber heftigen Widerstand entgegensetzten. Erst nach einem lebhaften Feuergefecht zog sich der Feind mit ersten Verlusten zurück. Auf italienischer Seite wurden vier Mann getötet und elf verwundet.

Sonabendabend wurden durch einen heftigen Windstoß zwei im Bau befindliche Schuppen für Lenkluftschiffe umgeworfen. Die Ankertrassen des Segelschiffs, auf dem der Drachendallon befestigt ist, wurden zerrissen und der Drachendallon abgetrieben. Die Beschädigungen sind schwer, doch sind die empfindlichen Teile und die Hüllen der beiden Luftschiffe sowie die Rotore zweier ebenfalls beschädigten Flugzeuge unversehrt. Verletzt ist niemand.

Kämpfe in der Cyrenaika.

Rom, 18. Dezbr. „Giornale d'Italia“ berichtet: General Trombi, der Befehlshaber der Truppe von Derna, meldet, daß die Araber einen neuen lebhaften Angriff gegen die italienischen Verschanzungen unternommen haben. Der Kampf dauerte mehrere Stunden. Schließlich wurden die Araber mit erheblichen Verlusten zurückgeschlagen. Italienischerseits wurden 15 Mann außer Gefecht gesetzt, drei davon getötet.

Ein italienisches Dementi.

Rom, 17. Dezember. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Die Zeitungen „Ilam“ und „Tanin“ melden, der ottomanische Kriegsminister habe von Cuvet bei eine Depesche erhalten, daß die türkischen Truppen den Italienern bei Bengasi eine schwere Nieder-

lage beigebracht hätten. Die arabischen Truppen seien fast bis zur Stadt vorgebrungen und hätten italienische Geschütze und Munition erbeutet.

Die Nachricht von diesem angeblichen türkischen Siege, dessen Zeitpunkt auch nicht angegeben wird, ist ganz und gar unrichtig. Seit dem 10. Dezember, an welchem unsere Truppen einen sehr heftigen Angriff der Türken und Araber zurückgeschlagen haben, ist in Bengasi keine bemerkenswerte Aktion vorgekommen.

Die Araber Jessan gegen die Italiener.

Paris, 17. Dezember. Dem „Temps“ wird von seinem Kriegsberichterstatter aus Azizia, sechzig Kilometer südlich von Tripolis, unter dem Datum des 15. Dezember gemeldet: Tausende von gut bewaffneten Arabern strömen seit drei Tagen in Azizia zusammen. Die wegen ihrer Kriegstüchtigkeit bekannnten Araber von Jessan sind dort nach 48stündigem Marsch eingetroffen.

Die Lage auf Areta.

Athen, 18. Dezember. Die 25 kreitischen Deputierten, die in das griechische Parlament entsandt worden waren, wurden, da sie sich weigerten, von ihrem Vorhaben abzusehen, auf ein französisches, ein englisches und ein russisches Kriegsschiff verteilt, wo sie vorläufig gefangen bleiben. Das griechische Passagierschiff „Spezia“ konnte dann ungehindert seine Fahrt fortsetzen. Die hiesigen Behörden fahren fort, alle aus Syrakus und den Nachbarhäfen ankommenden Personen auf das sorgfältigste zu untersuchen.

Paris, 18. Dezember. „Matin“ berichtet aus Canea: Die kreitische Nationalversammlung hat eine Protestversammlung organisiert, um Einspruch gegen die Verhaftung kreitischer Abgeordneter sowie gegen die Beschlüsse der Mächte sich zu widersetzen falls kreitische Abgeordnete nach Athen reisen, zu erheben. 400 Personen wohnten dem Meeting bei, worauf an die Konsulate eine Protestnote gerichtet wurde.

Die Revolution in China.

Die Friedensverhandlungen.

Schanghai, 18. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Tangshaochi, der Friedensdelegierte Huanshifais, ist von Peking hier eingetroffen und von einer großen Anzahl Personen, darunter dem englischen, russischen und amerikanischen Konsul, sowie den offiziellen Vertretern der russländischen empfangen worden. Tangshaochi wird mit dem Friedensdelegierten der russländischen, Wutingfang, morgen zusammen treffen.

Rodefeller für eine republikanische Anleihe.

Schanghai, 18. Dezember. Der republikanische Finanzverwaltung Wutingfang hat an Rodefeller einen Brief gerichtet, um dessen finanzielle Unterstützung zu erbitten. Der Milliardär Rodefeller hat in günstigem Sinne geantwortet und versprochen, einen bedeutenden Teil der Anleihe der Revolutionäre zu übernehmen.

Kämpfe trotz des Waffenstillstandes.

Peking, 17. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die russländischen hatten in dem Kampfe bei Kiangtschuan 40 Tote und 200 Verwundete. Sie ließen Geschütze, Munition und sonstiges Kriegsmaterial auf dem Schlachtfeld zurück. — In der Nähe von Pulow ist der Bahnlörper der Tientsin-Pulow-Eisenbahn von Aufständischen zerstört worden. Vom nördlichen Kriegsschauplatz werden kleinere Gefechte gemeldet. Berichte aus anderen Gegenden lassen erkennen, daß die Unruhen sich ausbreiten.

Heberfall auf Malao durch chinesische Piraten.

London, 18. Dezember. Nach einem Telegramm aus Malao in China an den portugiesischen Marineminister wird gemeldet, daß eine ganze Bande von Piraten die Stadt Malao und ihre Umgebung überfallen hat, die Bewohner ermordete und die Wohnungen ausraubte. Zwei portugiesische Kanonenboote, die in der Nähe von Malao stationiert waren, machten sofort Jagd auf die Piratenboote und konnten einige in den Grund

Eisenbahn, die in China von Chinesen mit Hilfe chinesischen Kapitals und von einem nur aus Chinesen bestehenden Arbeiterheer errichtet wird. Wenn man bedenkt, daß es kaum ein paar Jahre her ist, daß die ersten Eisenbahnlagen, die Europäer im himmlischen Reich zu erbauen suchten, von Kanakern zerstört wurden, weil dadurch die Ruhe der in der Erde schlafenden Ahnen gestört werde, so tritt der ungeheure Fortschritt recht vor Augen, den die moderne kapitalistische Zivilisation unter dem ältesten Kulturvolk der Welt gemacht hat. Die neue Eisenbahnlinie führt von Peking nach Kalgan und erstreckt sich über eine Länge von 210 Kilometer. Ihre vorläufige Endstation Kalgan ist der Hauptmittelpunkt der Karawanenstrahlen, die nach Rußland führen. Was diesem chinesischen Unternehmen die besondere Note verleiht, ist nicht nur die vortreffliche Ausführung der Arbeiten, sondern noch mehr die Schnelligkeit der Ausführung und die große Sparsamkeit, die bei der Anlage gewaltet hat. Das Verdienst bei allen diesen Erfolgen gebührt zum großen Teil dem Ingenieur, dem die Oberleitung anvertraut war, Jem-Tien-Pau. Dieser erste chinesische Eisenbahnbauer hat seine Studien in Amerika an der Yale-Universität und an verschiedenen englischen technischen Hochschulen gemacht. Er war die treibende Kraft bei dem Unternehmen, das jetzt zu einem vorläufigen Abschluß gediehen ist. 1906 konnten die vorbereitenden Arbeiten begonnen werden, und bereits im Oktober desselben Jahres waren die Pläne festgelegt und konnte mit der Arbeit begonnen werden. Der Bau hat große und schwierige Ingenieurwerke erfordert, Brücken, Tunnel und große Dammanlagen. Der bedeutendste Tunnel hat eine Länge von 1100 Meter; er fährt unter der berühmten „Großen Mauer“ durch. Die Lokomotiven, die auf der Linie fahren, sind englische Fabrikate; die Waggons kommen zum Teil aus Amerika, zum Teil aber auch aus den chinesischen Waggonfabriken in Tong-Schan. Die Stöße wird aus den Bergwerken geliefert, die die Eisenbahngesellschaft selbst in Sia-Tua unterhält.

Plötzen.

— Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhause tritt Ferdinand Bonn am Dienstag noch einmal in „Sherlock Holmes“ auf.

— Musikarouil. Die Kurfürsten-Oper bleibt wegen der Proben für Wolff-Ferraris neue Oper „Der Schmu“ der „Madonna“ Mittwoch, Donnerstag und Freitag geschlossen.

— Bonn's Gastspiele. Am Sonnabend gab Ferd. Bonn in München ein Gastspiel — vor Bericht, zu dem er von Berlin aus vorgeführt wurde. Das Stück, das er dann auführte, hieß „das Wipperfändnis“. Bonn hatte eben Postart mißverstanden, als dieser die Jirkustheaterkritik hatte. Als Berliner Richard III. hatte Bonn damals zwei Feindbriefe gegen Postart erlassen. Da aber alles ein Wipperfändnis war (auch sein Nichterscheinen vor Bericht erklärte Bonn dafür), kam ein Vergleich zustande. Ferdinand nahm alles Besagte zurück und fuhr alsbald wieder nach Berlin, wo er am Sonntag bereits das Berliner Gastspiel fortsetzen und zum Schluß eine Rede an sein Volk halten konnte.

Die Chinesen als Eisenbahnbauer. Eines der beachtendsten Beispiele für den neuen Geist der Reformen und der Zivilisierung, der jetzt in China so große Erfolge erringt, ist die Anlage der ersten

höhren. Die portugiesische Truppenbesatzung von Makao stellt sich trotz der kürzlichen Verstärkungen auf nur 1500 Mann, die ungenügend sind, um die Ordnung und Sicherheit zu garantieren.

Eine sozialistische Partei in China!

Schanghai, 18. Dezember. Hier hat sich eine sozialistische Partei konstituiert, deren Programm folgende Punkte umfasst: Volle Sympathie gegenüber der Republik, Abschaffung aller Klassenunterschiede, Verbesserung der Gesetzgebung und Achtung der Personen, vollständige Abschaffung der Vorrechte und Privilegien betr. Erbschaften und Nachlässe, Unterstützung der Arbeiterklassen, Abschaffung aller Steuern mit Ausnahme der Grundsteuer, Einschränkung der militärischen Ausgaben und Anwendung des Votums zur Erwerbung neuer Rechte.

Eine englisch-japanische Intervention?

Tokio, 17. Dezember. (Redaktion des „Reuterischen Bureau“.) Das Ministerium des Äußeren erklärt die Mittermeldung für verfrüht, daß England und Japan überingekommen seien, eine gemeinsame Intervention in China zu unternehmen; nichtsdestoweniger wird hier ein solcher Schritt erwartet. Ein Blatt erklärt, falls die vorgeschlagenen Friedensbedingungen abgelehnt würden, so würden die beiden Mächte entscheidende Maßnahmen ergreifen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 18. Dezember 1911.

Verbandskämpfe. — Eine neue Eisengroßindustrie. — Preiskalkulationen. — Eisenmaterial bei der Rachtverfertigung. — Abgabensachen. — Gefährdung des Kohlenhandels. — Preissteigerungen und Zuspätkommen.

Preissteigerungen, hohe Produktionsziffern, Fusionen und Kartellkämpfe sind die hervorstechendsten Merkmale am Eisen- und Stahlmarkt. Die Vorbereitungen zu der Verlängerung des Stahlvertrages werden in der nächsten Zeit die Aufmerksamkeit sehr in Anspruch nehmen. Die Gestaltung der Rachtverhältnisse ist in hohem Maße abhängig vom Gang und Ausgang der Verhandlungen. Zu den bevorstehenden Kämpfen rufen die großen Werke durch Zurückstellung von Referden in der Höhe von vielen Millionen Mark. In den Kämpfen tritt, neben dem Gegensatz zwischen den Großen und den Kleinen, eine Rivalität zwischen dem Stammsitz der Eisengroßindustrie in Rheinland-Westfalen und der neu entstandenen Eisengroßindustrie in Lothringen-Luxemburg in die Erscheinung. Zwar erheben auch „Deutscher Stahl“ Krupp, die Rhein-Stahlwerke, der „Phönix“ und Hoehs größere Beteiligungsansprüche, aber weit über deren Quoten-ertrag hinaus gehen die Forderungen der Konzerne „Durbach-Werk-Dubelingen“ — Differenzen — De Wendel — Areltingen und Aombach. Erheben diese Werke doch allein Anspruch auf über 2 Millionen Tonnen an neuen Zuweisungen; das sind ca. 50 Proz. der von allen Verbandsmitgliedern — einschließlich der schlechten Gruppe — beanspruchten Reichtbeteiligung. Die Ansprüche der Lothringer-Luxemburger Gruppe machen weiter fast 100 Proz. ihrer bisherigen Beteiligung aus. Daß solche Forderungen auf Widerstand stoßen und der Interessentonsflikt heftige Kämpfe hervorrufen kann, liegt auf der Hand.

Bei dem Gegensatz zwischen den großen Werken in Rheinland-Westfalen und denen in Lothringen-Luxemburg spielen teilweise dieselben Personen eine Rolle. Hoffen, der Besitzer der Gewerkschaft „Deutscher Stahl“, und Krupp sind im neuen deutsch-französischen Eisenhandelsvertrag stark engagiert. Die Verlegung der Hochöfen nach dort, das Aufblühen einer großen Eisenindustrie im sogenannten Rinetgebiet haben in ausschlaggebender Weise Preiskalkulationen begünstigt. Am Fundort der Erze erbaut man die Hochöfen, um die hohen Transportkosten des Rohmaterials zu ersparen. Man rechnet für die lothringisch-luxemburgischen Hochöfenwerke gegenüber den rheinisch-westfälischen einen nicht unerheblichen Vorteil heraus, obwohl die letzteren an ihrem Standort die Kohlen aus der Tiefe holen, jene das Brennmaterial aber heranzuführen müssen, vorwiegend aus dem Saarrevier. Die Rinderabgabe für Pracht soll für die Lothringer Werke pro Tonne Roheisen 3 bis 6 M. ausmachen. In der Weiterverarbeitung tritt allerdings wieder ein Ausgleich ein. Soweit die Gemischtwerke ihr erblasenes Roheisen selber zu Stahl und zu fertigen Erzeugnissen verarbeiten, ersparen sie die Transportkosten vom Hochofen zum Stahlwerk und von hier aus wieder in die Verfeinerungsbetriebe. Wäher ist die Weiterverarbeitung in Lothringen-Luxemburg im Vergleich zur Roheisenproduktion noch ziemlich weit zurück. Die dortigen Werke verfügen über nur 2 Millionen Tonnen von der 12½ Millionen Tonnen betragenden Gesamtbeteiligung des Stahlvertrages, dagegen ist die dortige Roheisenproduktion auf fast 88 Proz. der Erzeugung des rheinisch-westfälischen Bezirkes gestiegen. In den ersten 9 Monaten dieses Jahres wurden hier 6 635 710 Tonnen Roheisen erblasen, in Lothringen-Luxemburg schon 8 825 295 Tonnen. Eine weitere Verschiebung zugunsten des neuen Bezirkes dürfte der Gang der Entwicklung sein.

Die reinen Werke haben davon nicht viel zu erwarten. Den rheinisch-westfälischen Gemischtwerken entsteht eine wirklich gefährliche Konkurrenz nur in dem Maße des Ausbaues der Luxemburg-Lothringer Hütten zu ausgewachsenen Gemischtwerken mit weit entwickelter Weiterverarbeitung. Das Ausreifen dazu nimmt aber wohl noch einige Zeit in Anspruch und mittlerweile verliert die Beschaffung des Roheisens in Deutschland etwas von seiner breiten Bedeutung. Die Brennmaterialien, Kohlen, Koks, Gase, Benzin usw., werden verzehrt, anders verhält es sich mit dem Eisen- und Stahlerzeugnissen. Der Materialverlust infolge Abnutzung ist so unbedeutend, daß er überhaupt nicht ins Gewicht fällt. Die Reineinstellung von Maschinen, die Erweiterung des Eisenbahnnetzes, die Vermehrung des Wagenparks, sowie die Verwendung von Eisen als Baumaterial usw. beansprucht naturgemäß fortgesetzt eine Menge neuen Rohmaterials, aber ein Teil der Erzeugnisse hat nur eine beschränkte Lebensdauer und wandert nach einer Reihe von Jahren als Schrot in die Eisen- und Stahlwerke zurück. Der Schrot wird umgeschmolzen oder direkt zu neuen Erzeugnissen verschmetzelt. Vorwiegend kommt hier Eisenbahnmateriale — Schienen, Räder und Achsen — in Betracht. Nachdem das Eisenbahnnetz in erheblichem Umfange eine Lebensdauer hinter sich hat, die eine Auswechslung des Materials bedingt, kommt in jedem Jahre, und zwar in steigendem Maße Schrotmaterial an den Markt, das bei der Verfertigung der Stahlwerke eine wachsende Bedeutung gewinnt. Die Abholung der abgenutzten, deformierten und infolge technischer Neuerungen unbrauchbar gewordenen Stahlerzeugnisse als Schrot wird, wenigstens auf absehbare Zeit hinaus, zwar keinen Ausgleich für die neuen Bedürfnisse darstellen, aber die Marktversorgung von dieser Seite nimmt die Sorge um die Beschaffung des Rohmaterials doch die bedrückende Schärfe und sie paralytisiert in hohem Maße die produktionssteigernde Situation der Werke in Lothringen-Luxemburg gegenüber der alten Industrie in Rheinland-Westfalen. Deren Eifersucht wegen des Aufblühens eines neuen Industriezentrums hat daher sehr wenig Berechtigung.

Neben den Schwierigkeiten, die der Verbandsverneuerung aus den geschichtlichen Verhältnissen erwachsen, stellen sich ihr noch andere entgegen. Die Unkosten des Verbandes bedien bisher in wesentlichen Umfang die Abgaben, die für Lieferungen über die Beteiligung hinaus zu leisten waren. Von der Abgabepflicht für den Mehrzweck wollen sich nun die gut ausgerüsteten, leistungsfähigen großen Werke befreien. Sie erheben so bedeutende Beteiligungsforderungen, daß sie selbst bei Anspannung aller Produktionsmöglichkeiten den Rahmen der Beteiligung nicht zu überschreiten brauchen. Wollte man den Ansprüchen Folge leisten, dann würde eine allgemeine Erhöhung der Verbandsabgabe erforderlich. Aus diesem Grunde machen die Beteiligungsansprüche der großen Werke bei den übrigen Verbandsmitgliedern böses Blut. Diese fühlen sich doppelt benachteiligt. Einmal, indem sie bei den Ver-

teiligungszuweisungen selbst sehr bescheiden sein sollen, ferner, weil man ihnen, ähnlich wie beim Kohlenhandelsvertrag, den reinen Wert, in erhöhtem Maße die Kosten für die Geschäftsführung des Stahlvertrages aufzubürden versucht.

Die Verbandsverneuerung verlangt, wie sich zeigt, die Ueberwindung einer großen Summe von Reibungen und Hemmungen. Verhindert die Interessengegensätze eine Verständigung, dann dürfte damit auch das Ende des Kohlenhandelsvertrages gekommen sein. Schon jetzt besteht teilweise wenig Neigung zu einer Verlängerung des Syndikatsvertrages. Auch hier drohen divergierende Interessen das Organisationsgefüge zu sprengen. Die Ouzider fühlen sich wohl im Schatten des Syndikats, sie profitieren von dessen Preispolitik, ersparen die Syndikatsabgaben und können die Marktlage viel besser ausnutzen als wie die auf Fördereinschränkungen verpflichteten Syndikatsmitglieder. Ihre günstige Position wollen die Ouzider nicht ohne erhebliche Konzessionen in bezug auf die Beteiligung preisgeben. Die Syndikatsmitglieder aber verweigern die Anerkennung solcher Ansprüche.

Nach keinem Schritt nähergekommen sind sich die reinen und die Hüttenzweige in der Streitfrage über die Förderbegrenzung der letzteren und der Syndikatsabgabe für den Selbstverbrauch. In der letzten Zeit bildet eine Sonderforderung der Gewerkschaften „Trier“ und „Hermann“ einen neuen schweren Stein des Anstoßes. Die Verwaltungen behaupten, die örtliche Lage ihrer Unternehmen bedeute für diese einen so erheblichen Vorteil durch Frachterparnis, daß die Einnahmen von „Trier“ und „Hermann“ jetzt schon über die Richtpreise des Syndikats hinausgingen. Dieser Vorteil soll den Gewerkschaften im Syndikatsvertrage dauernd gesichert werden. Die übrigen Mitglieder wollen aber „grundsätzlich“ keine Ausnahmestimmungen abgeben, die einem Mitgliede Sonderprivilegien bieten. Wie nun verläuft, will aber der Syndikatsvorstand, um das Gelingen zu beschleunigen, die Forderungen von „Trier“ und „Hermann“ abgelehnt. Bei den Mitgliedern wird das vorhandene Erregung steigern. So häufen sich Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten.

Die Konflikte im Stahlvertragsverband hemmen die Verhandlungen im Kohlenhandelsvertrag, und umgekehrt schwächt die Zunahme der Schwierigkeiten im Syndikat das Interesse für die Verlängerung des Stahlvertrages. Ob man in beiden Lagern über den Berg der Gegensätze und Interessentonsflikte hinwegkommen wird, erscheint noch sehr fraglich.

Auf die Preisgestaltung und den Beschäftigungsgrad haben die Verbandsverhandlungen bisher keinen ungünstigen Einfluß ausgeübt. Das Kohlenhandelsvertrags mit Preissteigerungsplänen auf der Laue. Nachdem auf dem belgischen und französischen Markt die Preise um 0,60 resp. 1,20 M. pro Tonne erhöht worden sind, müssen die heimischen Konsumenten ebenfalls mit einem Preisaufschlag rechnen. Die Preise für Eisen, Stahl- und Walzprodukte sind in der letzten Zeit mehrmals erhöht worden. Das Roheisen-syndikat plant die Freigabe des Verkaufs für das zweite Halbjahr 1911 bei nochmaliger Preissteigerung. Die Fusionbestrebungen sind auch noch nicht zum Abschluß gelangt. Das Gemischtwerk Hoehs-Dortmund will sich dem Mittener Stahlwerk anschließen, Aumetz-Friede verliert Appetit auf das Mannseder Haffon- und Eisentalwerk, sowie auf die Düsseldorf Eisen- und Stahlindustrie A. G. Bei beiden Fusionen ist das Bestreben maßgebend, Gemischtwerken Unternehmungen anzuschließen, die in der Weiterverarbeitung auf der obersten Stufe stehen. Nicht lange mehr wird es dauern und die reinen Werke sind fast vollständig verschwinden. Einige Riesen, die in einem Betriebe Kohlen und Erze fördern, Koks und Roheisen produzieren, Stahl herstellen und in der Weiterverarbeitung alle Arten Walzprodukte von den größten bis zu den feinsten fabrizieren, Eisenbahnwagen und Maschinen bauen, beherrschen den Markt. Hält ihnen dann noch ein hoher Schutz die ausländische Konkurrenz vom Halse, dann haben sie freie Hand in der Diktatur der Preise.

Aus der Partei.

Der Göttinger Disziplinbruch.

Genosse W. Widmann-Göttingen schreibt uns:

„In Nummer 292 des „Vorwärts“ befindet sich eine Notiz aus der „Freien Volkszeitung“ in Göttingen, den Göttinger Disziplinbruch betreffend, wozu die verehrliche Redaktion in einer Randnote bemerkt, daß das schlechte Stuttgarter Beispiel Nachahmung gefunden habe. Um falschen Schlussfolgerungen vorzubeugen, sei der tatsächliche Sachverhalt kurz geschildert.

In der Parteiverammlung vom 22. November 1911 erfolgte die Auffassung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl, wobei ich als Bewerber mit einer Stimme Minorität unterlag. Schon während der Tagung der Parteiverammlung und insbesondere nachher wurde mir und meinen Freunden mitgeteilt, daß ein Genosse vor Beginn der Versammlung an einzelnen Tischen gegen mich agitiert habe, dann sei auf die Zusammensetzung der Parteiverammlung von einzelnen Genossen ein Einfluß ausgeübt worden, um mich zu stürzen. So wie wir unsere Genössenmänner kannten, haben wir keine Ursache gehabt, diesen Angaben keinen Glauben zu schenken. Darauf sagten sich die betreffenden Genossen, wenn schon solche Disziplinlosigkeit bei der Kandidatenaufstellung passieren und auf solche Weise die unangenehmen Kandidaten hinausbügelt werden, dann haben auch wir keine Ursache, Disziplin zu üben und ist darauf auf einigen hundert Zetteln eine andere Kandidatenaufstellung der Kandidaten als sie die Parteiverammlung beschloß, vorgenommen worden. In der Parteiverammlung vom 13. Dezember wurde ganz entschieden bestritten, daß ein Genosse an den Tischen herumgegangen sei und daß sich Genossen bemüht hätten, einen ihnen nicht genehmen Kandidaten absichtlich zu stürzen. Wer recht hat, wird sich ja in den eingehenden Untersuchungen herausstellen. Wenn man sich aber in diesem Zusammenhang den ganzen Vorgang betrachtet, so ist er mit den Stuttgarter Vorgängen nicht zu vergleichen. Sind die betreffenden Genossen, welche die Abänderung der Zettel vorgenommen haben, von ihren Genössenmännern getäuscht worden, so ist das zu bedauern und muß der Göttinger „Disziplinbruch“ eine andere Beurteilung erfahren.

Durch diese Darstellung des Genossen Widmann werden die unlieblichen Vorgänge bei der Gemeinderatswahl in Göttingen wieder genügend aufgeklärt, noch kann durch sie der Disziplinbruch irgendwie gerechtfertigt werden. Die Auffassung der Kandidatenliste erfolgte auf Grund eines ordnungsmäßig zustande gekommenen Verbandsbeschlusses, dem sich jeder Genosse zu fügen hatte. Wenn in der Parteiverammlung gegen einen für die Kandidatenliste in Betracht kommenden Kandidaten agitiert wurde, stand es diesen und seinen Freunden frei, in der Versammlung selbst dagegen Stellung zu nehmen. Jedenfalls war der von dem Genossen Widmann in der Versammlung behauptete Vorgang in der Versammlung kein Grund, an den offiziellen Parteistimmzetteln Abänderungen vorzunehmen und dadurch die Aktion der Partei zu zerstückeln. Das Ganze bleibt nach wie vor ein Disziplinbruch, der auf gleicher Stufe und vielleicht auch in engerem Zusammenhange steht mit dem in Stuttgart begangenen. Die Partei hat alle Ursache derartigen Zerstückelungsverstößen mit der größten Entschiedenheit entgegenzutreten. Und auch der Gewerkschaftsbewegung würde der Lebensnerv abgeschnitten werden, wenn Methoden à la Stuttgart und Göttingen ohne Widerspruch hingenommen würden.

Die Chemnitzer Kaufmannschaft und der Parteitag 1912.

Der nächstjährige Parteitag soll bekanntlich in Chemnitz i. S. stattfinden. Die Parteileitung in Chemnitz versuchte das Kaufmännische Vereinshaus als Parteitagstrotal zu gewinnen. Der Kauf-

männische Verein hat aber, so berichten die „Leipziger Neueste Nachrichten“, das Ersuchen der sozialdemokratischen Parteileitung abgelehnt.

Kommunalwählerfolge.

In Redargemünd bei Heidelberg erfochten unsere Genossen in der dritten Wahlklasse acht und in der zweiten Klasse zwei Siege. Bis her war unsere Partei im Gemeindefaule nicht vertreten.

Personalken der Parteipresse. Genosse R. Bartels, zurzeit Redakteur an der „Volksstimme“ in Chemnitz, ist zum leitenden Redakteur der „Märkischen Volksstimme“ in Cottbus gewählt worden; er tritt seinen neuen Posten am 1. Januar 1912 an.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Der Sozialdemokrat muß bestraft werden.

Vom Schöffengericht in Gotha wurde am Sonnabend Genosse Kühn vom „Gothaer Volksblatt“ zu 100 M. Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt, weil in einem Berichte über den christlichen Jugendverein zu Langenhai einige kritische Bemerkungen enthalten waren, wodurch sich der dortige Pfarrer beleidigt fühlte. In dem Bericht waren aber nur Tatsachen konstatiert, indem die nächsten Ausflüge der christlichen Jugend, darunter Konfirmanden, absäglich besprochen wurden. Vom Gerichtsbesitzenden wurde der Pfarrer ersucht, den Strafantrag zurückzunehmen. Der Diener der christlichen Mächte aber forderte die Bestrafung des Redakteurs, der gegen ihn etwas „in der Zeitung geschrieben“. Er habe in der Gemeinde genug zu kämpfen, denn die Hälfte der Bewohner sei sozialdemokratisch gesinnt und gebe nicht in die Kirche. Wer aber nicht in die Kirche gehe, könne nicht geachtet werden. Er kämpfe mit seiner Anhängerschaft gegen den inneren Feind. Unschicklich und Gerichtlich brachte es schließlich dahin, in dem Artikel eine Beleidigung zu entdecken. Sie erblickten in den Wendungen des Artikels den Vorwurf einer Verleitung zur Unzucht und zum gegenseitigen Geschlechtsverkehr sowie eine ironische Mißachtung des Pfarrers.

Verurteilung eines bürgerlichen Blattes wegen Verleumdung einer sozialdemokratischen Zeitung.

Auf die Anprangerung eines Streikbrecherinzerates der „Freien Arbeiterfreundschaft“ tuenden „Arzberger Zeitung“ durch unser „Vorzugheft“ Parteiblatt, die „Frankfurter Volkstribüne“ antwortete die „Arzberger Zeitung“ mit einem ganz wüsten Geschimpfe voll der ordinärsten Angriffe, deren Krone die Behauptung war, nach Expreffariat würde der Kapitalist von unserem Parteiblatt erst in Ruhe gelassen, wenn er für das sozialdemokratische Blatt Inzerate gebe!

Redakteur und Verleger unseres Parteiblattes, die Genossen Buchta und Hügel stellten Strafantrag gegen die „Arzberger Zeitung“, die einen Wahrheitsbeweis nicht einmal verweigerte. Der noch nicht bestrafte Redakteur des feinen Blattes, Weber, wurde wegen formaler und verleumderischer Beleidigung zu 40 Mark Geldstrafe eventuell acht Tagen Gefängnis verurteilt.

Weil in der „Frankfurter Volkstribüne“ der „Arzberger Zeitung“ infolge der Aufnahme des Streikbrecherinzerates Judasdienste an den Arbeitern vorgeworfen worden waren, hatte Weber gegen Genossen Buchta Mordklage erhoben. Buchta wurde wegen formaler Beleidigung zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. Von den Kosten muß Weber vier Fünftel tragen.

Sozialistenverleumder.

Gustav Adolf Müller-Gerny, der Herausgeber des Blattes „Für Wahrheit und Recht“ wurde am Montag von der Frankfurter Strafkammer wegen verleumderischer Beleidigung der Genossen Quint und Quard zu 150 Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurden ihm die Kosten der Verurteilung aufzuerlegt. Es hat in dieser Sache bereits beim Schöffengericht ein Verfahren geführt. Es handelte sich um den Artikel „Die Kasse der Sozialisten kennen keine Grenzen“. In diesem Artikel hatte Müller-Gerny behauptet, ein bekannter Sozialistenführer hätte einem jüdischen Mädchen ein Kind aufgehängt. Heute stellte sich heraus, daß dieser „Sozialistenführer“ ein Vertrauensmann der Zentrumspartei in Höchst a. M. war, also überhaupt kein Sozialdemokrat. — Das Gericht erachtete verleumderische Beleidigung nach § 187 des Strafgesetzbuches als gegeben.

Aus Industrie und Handel.

Liebesgaben.

In den letzten Monaten ist die Roggenausfuhr wieder stark forciert worden; dagegen hat die Einfuhr nachgelassen. In der Zeit vom 1. August bis 31. November dieses Jahres wurden 1 447 199 Tonnen eingeführt, der Export ergibt 3 910 888 Tonnen. In der gleichen Zeit der Vorjahre sind 1 771 888 Tonnen eingeführt und 3 581 910 Tonnen ausgeführt worden. Die Ausfuhr von Weizen hat allerdings etwas nachgelassen, von 795 534 Tonnen auf 618 573 Tonnen. Berücksichtigt man für Weizen eine Ausbeute von 80 Proz., dann resultiert für den genannten Abschnitt der beiden letzten Jahre folgendes Ergebnis:

	Ausfuhrüberschuß	Ausfuhrprämie
	Doppelcentner	M.
1910	2 698 366	13 841 820
1911	3 200 810	16 201 550

Diese Summe ist der Reichskasse mehr entzogen worden, als wie sie an Roggenzölle eingenommen hatte. Der deutsche Konsument muß die Kosten dafür aufbringen, daß deutsches Getreide nach dem Auslande verschleudert wird, damit in Deutschland die Preise in die Höhe schnellen. Der deutsche Arbeiter muß den Strich bezahlen, an dem der Junker ihm den Brotkorb höher zieht. Das ist unser „bewährtes Wirtschaftssystem“, für welches Ritter, Heilige und Scharfmacher tatenfröh kämpfen. Und der deutsche Michel soll den Brotmückerer Erfolglosigkeit leisten, indem man ihn mit Säbelkasseler erschreckt.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Die Baumwollproduktion.

Die großen kapitalistischen Unternehmungen und ihre Verbände beschäftigen sich immer mehr, den Umfang ihrer Produktion statistisch zu ermitteln und darzustellen. Nun ist das auch in Wahrnehmung eigener privater Interessen, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß eine genaue Produktionsstatistik die erste Voraussetzung ist für eine gezielte Produktion.

Besonders wichtig und eingehend ist die Statistik über die Herstellung der Baumwolle, wie sie von der Internationalen Vereinigung der Baumwollspinner- und Weberverbände gepflegt wird. Derselbe stellt in jedem Herbst internationale Erhebungen durch Verlesung von Fragebogen über die Baumwollindustrie, den Verbrauch in der Welt vorhandenen Baumwollspinnereien usw. an. Aus den neuesten Veröffentlichungen erfahren wir, daß die Baumwoll-ernte 1911 eine außerordentlich günstige gewesen ist. Die amerikanischen Staaten liefern fast die Hälfte der verarbeiteten Baumwolle. In Amerika waren nun bis 31. Oktober 1911 insgesamt 9 698 000 Ballen Baumwolle entrollt worden, gegen 7 346 000 Ballen im Jahre 1910. Gleich günstig war die Ernte in Indien, dem Lande, das in zweiter Linie für den Baumwollanbau in Frage kommt. Die im Jahre 1911 erzeugte Menge wird auf 6 000 000 Ballen geschätzt gegen 5 232 000 Ballen im Jahre 1910.

Die ermittelte Gesamtsumme der am 1. September 1911 in der ganzen Welt vorhandenen Spinnspindeln belief sich auf 137 278 792 gegen 133 384 794 am gleichen Tage des Vorjahres und 128 923 650 im Jahre 1908. Von der für 1911 festgestellten Zahl der Spindeln entfiel der größte Teil, nämlich 54 622 554, auf Großbritannien, 10 450 000 auf Deutschland, 7 300 000 auf Frankreich, 8 671 664 auf Rußland usw. Die stärkste Vermehrung der Spindelzahlen gelang

England, Indien und die Vereinigten Staaten. Oesterreich, die Schweiz und Dänemark zeigen sogar einen Rückgang.

Die Zahl der Baumwollspinnereien betrug in Deutschland 401, wovon 108 zugleich Webereien betrieben. Sie verarbeiteten in einem Jahre 407 459 081 Kilogramm Baumwolle, die erzeugte Menge des Garnes hatte einen Wert von 844 Millionen Mark.

Der Verbrauch an Baumwolle hat ständig zugenommen; er wird in der ganzen Welt auf 17 Millionen Ballen im Jahre 1910 gegen 16 Millionen Ballen im Jahre 1909 angegeben. Hiervon entfallen 1 684 428 Ballen (im Jahre 1910) auf Deutschland.

Aus der Frauenbewegung.

Gegen die dänische Gefährdung.

Das Folketing, die zweite Kammer des dänischen Reichstags hat dieser Tage die erste Lesung des Regierungsentwurfs zu einem neuen Dienstleistungsgesetz beendet. An Stelle des alten Dienstleistungsgesetzes, das sowohl für die Städte und Städte als auch für die ländlichen Dienstleistungen gilt und ein fast ebenso schlimmes und schändliches Ausnahmengesetz darstellt wie die verschiedenen preussischen Gefährdungen, soll ein Gesetz treten, das den Dienstvertrag zu einem freien Arbeitsvertrag gestaltet, aber nebenbei den Dienstleuten und Dienstmädchen den nötigen Schutz vor Uebergriffen der Arbeitgeber bietet und vor allem auch strenge Bestimmungen über die Beschaffenheit und Einrichtung der Schlaf- und Aufenthaltsräume enthält. Diese neue Gesetzgebung ist vorbereitet durch lange Untersuchungen und Beratungen einer Kommission, die sich allerdings in mehrere Parteien spaltete, so daß einheitliche Vorschläge nicht zustande kommen konnten. Die Regierung hat sich dann bei der Ausarbeitung ihres Entwurfs in den Hauptpunkten an die Vorschläge der sozialdemokratischen Kommissionen mitgliedern gehalten. Rechtswichtig ist, daß in jener Kommission die Vertreterin der Dienstmädchenorganisation, Fräulein Marie Christensen, nicht von einem neuen, einem Schutzeschritt wollte, sondern nur dringend die Aufhebung des alten Gesetzes verlangte. Diesen Standpunkt vertritt man auch jetzt noch durch den Dienstmädchenverband, der kürzlich Agitationsfahrten herausgegeben hat mit der Aufschrift:

Wir wünschen das Dienstleistungsgesetz von 1884 aufgehoben und keinen Ersatz dafür durch ein ähnliches Gesetz, und wir erheben Forderungen auf Schutz für Kinder und junge Menschen. Alle, die mit uns einig sind, bitten wir, uns zu unterstützen. Die Karten sind auch mit einer bildlichen Darstellung versehen: die Dienstmädchen treten da in Reihen an und werfen das Gesetz über ihre Dienstbücher, bei sie jetzt noch zu führen verpflichtet sind, ins Feuer.

Der Regierungsentwurf ist im Folketing eigentlich nur von unseren Parteigenossen, die allerdings noch Änderungen und Verbesserungen wünschen, mit Begeisterung aufgenommen worden, die Vertreter der Regierungspartei aber stellten sich zum Teil ebenso ablehnend wie die Konservativen und einige der Herren mächtigen am liebsten die „Hauszucht“, wie sie im alten Gesetz steht, beibehalten wollen und sich auf keinen Fall vorzugeben lassen, daß sie den Dienstleuten menschenwürdigeren Schlafräume und jedem ein eigenes Bett zur Verfügung stellen sollen. Die zu Wohlstand und politischem Einfluß gelangten Bauern, die sie vertreten, haben eben auch ganz der Seiten berufen, da sie noch ein unterdrückter Stand waren, als der Bauer noch gelegentlich einmal von dem Edelmann mißhandelt wurde und man das ganz in der Ordnung fand.

Der Entwurf ist nun einer parlamentarischen Kommission überwiesen und man muß abwarten, was dabei herauskommt und wie sich dann das Landsting dazu stellt.

Soziales.

Spaziergänge im Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.

Mit der Verlegung des Schiedsgerichts von Berlin nach Charlottenburg haben sich dort Zustände herausgebildet, die dringend der Abhilfe erheischen. Jüngst hatten wir Gelegenheit, mehreren solcher Spruchkammeritzungen beizuwohnen.

Ein besonderer Mißstand ist die Besetzung des Schiedsgerichts mit jungen Assessoren als Vorsitzende des Gerichtshofes. Fast durchweg sind es Adlige. Wenn man die Art der Behandlung des „Falles“ durch den Vorsitzenden hört und sieht, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Sachen durchaus „schematisch“ behandelt werden, daß der Vorsitzende der Sache völlig fremd gegenübersteht, als sei ihm die Akte völlig unbekannt. Besonders läßt sich das an dem Terminzettel der Verhandlungstermine der Verletzten um 1 1/2 Uhr festsehen, dann kommt die Sache schon um 1 1/2 Uhr, also volle 2 Stunden später, zur Verhandlung. Hier läßt sich doch Abhilfe schaffen. Man muß doch nicht den Verletzten zu, daß sie in der Atmosphäre des Wartezimmers zwei lange ausgeschlagene Stunden sitzen sollen.

In einer anderen Kammer (Herr v. Geldern) handelt es sich um einen Fall, in welchem die Berufsgenossenschaft die Rente von 60 auf 20 Proz. herabzusetzen beantragte. Der Vorsitzende trägt den Akteninhalt kurz vor, im Grunde genommen namentlich das vertrauensärztliche Gutachten der Berufsgenossenschaft, das sich für die Rentenherabsetzung ausspricht. Darauf zieht sich das Gericht zur „Beratung“ zurück. Nach genau 1 1/2 Minuten kehrt das Gericht aus dem Beratungszimmer zurück. Der Vorsitzende verkündet das Urteil: „Die Berufung wird zurückgewiesen.“ Der Fall ist erledigt. Ist das Recht in sozialem Sinne finden? Ohne den Verletzten persönlich gesehen zu haben, ohne ein weiteres Gutachten in der Sache einzufordern, wird lediglich nach dem Gutachten des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft entschieden. Die Verhandlung des Falles währte genau 6 1/2 Minuten.

Indessen am eigenartigsten scheinen die Dinge in der Kammer des Herrn Regierungsrats v. Harling zu liegen. 20 Fälle — 16 Unfallsachen und 4 Invalidensachen — standen auf dem Terminzettel zur Verhandlung. Von den 16 Unfallsachen wurden 10 Fälle zugunsten der Berufsgenossenschaft, 4 Fälle zugunsten der Verletzten entschieden und in 2 Fällen wurde die Verhandlung vertagt. Von den 4 Fällen, die zugunsten der Verletzten entschieden wurden, sind 3 durch eine „Einigung“ herbeigeführt. Die „Einigung“ scheint ein besonderes Stedonferd des Herrn v. Harling zu sein. Dabei kommt diese „Einigung“ lediglich der Berufsgenossenschaft zugute. Die Art, wie Herr v. H. die „Einigungen“ herbeiführt, ist nicht einwandfrei. Herr v. H. sagt — er findet die Rente sehr hoch, und er würde auch nur foundsoviel Rente geben. Das wirkt wie Beeinflussung der übrigen Richter. Nun fordert Herr v. H. den Verletzten auf, den Vergleich anzunehmen, denn wenn es zur Ent-

scheidung kommt, ist es fraglich, ob Sie so viel bekommen werden. Der verletzte Arbeiter, die sich sonst wohl mit Neben befehlen kann, ist hier befangen. Man merkt es ihm an, daß er der „fizen“ Verhandlung nicht folgen konnte. Den Vergleichsvorschlag lehnt er ab. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Als es wieder in den Verhandlungssaal eintritt, sollte man meinen, das Urteil wird verkündet. Statt dessen erhebt der Vorsitzende die Frage von neuem an den Verletzten, ob er denn nun den Vergleichsvorschlag annehmen will. Der Verletzte weiß offenbar nicht, um was es sich handelt, denn während der Beratung des Gerichts äußerte er noch im Sitzungssaal, wie man das bei Leuten aus dem Arbeiterstande sehr häufig findet, daß er mit der Rentenherabsetzung nicht einverstanden sein kann, dann müßte er beim Reichsversicherungsamt weiterfragen, und beantwortet nun trotzdem die Frage mit ja. Darauf Herr v. Harling: Dann ist die Sache erledigt, der Verletzte H. zieht seine Berufung zurück.

Das sind Zustände, gegen welche auf das allerhöchste protestiert werden muß.

Ebenso empörend wirkte ein anderer Fall auf uns. Der Verletzte, ein schon alter Mann, hat an beiden Händen Verletzungen erlitten und bezieht eine Rente von 60 Proz. Die Berufsgenossenschaft hat Herabsetzung der Rente auf 50 Proz. beantragt. Eine Beförderung ist objektiv nicht eingetreten; dessen ungeachtet die Herabsetzung, weil eine „gewisse Genöschung“ angenommen werden muß. Herr v. Harling kommt mit einem Vergleichsvorschlag auf 55 Proz.! Der Verletzte soll den Vorschlag nur annehmen, es sei doch eine hohe Rente. Herr v. H. spricht auch etwas von Dauerrente. Der Verletzte sieht den einen, den anderen an. Der alte Mann weiß sich keinen Rat. Der Vorsitzende Herr v. H. redet von neuem auf den Verletzten ein, und der Verletzte geht in die — Halle.

Vergleich geschlossen! Berufung wird vom Verletzten zurückgenommen!

Eine solche Behandlung der Angelegenheit ist kein Recht suchen und finden. Ist denn ein Schiedsgericht dazu da, nach den Akten zu entscheiden? Solche Karikatur mündlicher Verhandlung ist das Gegenteil von sozial. Diese Art Rechtsprechung steht im schärfsten Gegensatz zur ständigen Judikatur des Reichsversicherungsamts. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um andere Zustände im Reich des Schiedsgerichts herbeizuführen.

Eine polnisch-sozialdemokratische Wählerversammlung.

Als willige Objekte der kapitalistischen Ausbeutung wandern fortgesetzt große Mengen polnisch sprechender Arbeiter nach Berlin. Priester und polnische Nationalisten bemühen sich mit Eifer, die Polen auch hier in der geistigen Knecht zu erhalten, die Junger und Klassen in ihrer Heimat geistlich um das Volk verbreiten. Doch hier, in der Metropole des Kapitalismus, werden selbst die rückständigsten Elemente mit der Zeit zum Nachdenken anregt. Auf der anderen Seite tut die planmäßige Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie das Ihre, um Licht auch in den Köpfen der polnischen Arbeiter zu verbreiten und sie von dem Bann zu befreien, in den sie durch Ausbeuter und Dunkelmänner geschlagen worden sind. Daß die Aufklärungsarbeit unserer Genossen von Erfolg begleitet ist, das bewies die öffentliche Polenversammlung, die am Sonntag in einem der Kellerschen Säle in der Koppensstraße tagte. Bis zum Erdrücken war der Saal gefüllt. Auch eine nicht geringe Zahl von Frauen und Mädchen waren anwesend. Unsere Genossen von der P. S. hatten die Gelegenheit des Wahlkampfes benutzt, am den Polen in ihrer Muttersprache die Ideen und Bestrebungen der Sozialdemokratie näherzubringen. Es war eine Freude, zu sehen, wie die Zuhörer mit einem auf das höchste gespannten Interesse dem Referat des Genossen P o d e m s k i folgten, der in temperamentvoller Weise nachwies, daß die Arbeiter, welche der Fahne der Nationalisten folgen, irreführt sind. Ist es doch die polnische Reichstagsfraktion, die im Verein mit dem Zentrum die Lasten des Volkes vermehren soll und auch da, wo Arbeiterinteressen in Frage kamen, sich auf die Seite der Reaktion, auf die Seite des kapitalistischen Ausbeutertums gestellt hat. Wenn jetzt an die polnischen Arbeiter die Frage herantritt: Wer wählen wir in den Reichstag, dann kann die Antwort nur lauten: Nicht den Kandidaten der polnischen Fraktion, nicht den Kandidaten des Zentrums, sondern den Kandidaten der Sozialdemokratie, der Partei, die eintritt für alle Angebeuteten und Entrechteten ohne Unterschied der Nationalität. — Der stürmische Beifall, welcher die Ausführungen des Referenten begleitete, zeigte, daß er der überwiegenden Mehrheit seiner Zuhörer aus dem Herzen gesprochen hatte. Natürlich nicht allen, denn es war auch eine Minderheit polnischer Nationalisten anwesend, die sich schon von Anfang an durch Zwischenrufe bemerkbar machte.

Man ließ den Vertretern der Minderheit in der Diskussion das erste Wort, und sie, die in ihren Versammlungen jeden Versuch sozialistischer Propaganda mit allen Mitteln, selbst mit brutaler Gewalt, verhindern, machten hier den ausgiebigsten Gebrauch von der Meistfreiheit. Ungehört, doch nicht unüberhört, konnten sie ihre Ansichten vertreten, die aber in diesem Kreise — abgesehen von dem Häuflein ihrer noch im Dunkeln tappenden Anhänger — keinen Anklang fanden.

Unser Kandidat, Genosse W ä c h n e r, erhielt das Wort. Kaum hatte er die ersten deutschen Worte gesprochen, da ging der nationalisistische Spektakel los. Man protestierte gegen den Gebrauch der deutschen Sprache. Doch die Mehrheit war nicht gewillt, die Versammlung durch einige irreführende nationalisistische Schreier stören zu lassen. Höflich, aber bestimmt, wies man die Aufseherer hinaus. Dann konnte Genosse W ä c h n e r seine Ansprache halten. Unter rauschendem Beifall betonte er, daß die Sozialdemokratie, wie sie jede Unterdrückung bekämpft, auch die Unterdrückung der polnischen Nationalität, die Germanisierungsbemühungen in den polnischen Landesteilen entschieden bekämpft und ebenso entschieden gegen den Sprachenparagraphen im Vereinsgesetz eingetreten ist, der den Polen selbst in ihrer Heimat den Gebrauch der Muttersprache verbietet. Nicht von der nationalisistischen Seite sollen sich die polnischen Arbeiter gefangen nehmen lassen, sondern sich der Sozialdemokratie anschließen und für sie agitieren.

Dann ging die Diskussion in polnischer Sprache weiter. Mehrere Redner vertraten unter lebhafter Zustimmung den Standpunkt der Sozialdemokratie, und der Referent rechnete zum Schluß mit den Profanen der nationalisistischen Redner ab.

Eine Resolution wurde angenommen, worin die Versammlung erklärt, daß sie der polnischen Fraktion sowie allen bürgerlichen Parteien ihre Verachtung ausdrückt und die polnischen Arbeiter verpflichtet, nicht nur in Berlin, sondern überall für die Kandidaten der Sozialdemokratie einzutreten.

Verfammlungen.

Der Zentralverband der Schmiede hielt am Donnerstag eine Versammlung ab, die in erster Linie bestimmt war, die Mitgliedschaft für die Reichstagswahl zu interessieren. Der Referent, Genosse Hans W e b e r, zeigte nach einer eingehenden Würdigung dessen, was uns der verfloßene Reichstag an volkschädigenden Gesetzen beschert hat, daß auch die Gewerkschafter ein ganz besonderes Interesse haben, zum Sturz der reaktionären Mehrheit beizutragen durch die Wahl von Sozialdemokraten, denn wenn es den Wünschen der Reaktionäre aller Schattierungen geht, soll der neue Reichstag das Koalitionsrecht der Arbeiter völlig inbald und dem Volke neue Lasten zur Erhaltung und Stärkung des unerfüllbaren Militarismus auferlegen. Grund genug für jeden Arbeiter, besonders für die gewerkschaftlich organisierten, zum Siege der Sozialdemokratie beizutreten. — Durch lebhaften Beifall gaben die Versammelten zu erkennen, daß sie willens sind, im Sinne der Ausführungen des Referenten zu handeln. — Die Mitglieder wurden ersucht, wo es irgend möglich ist, am Wahltag die Arbeit ruhen zu lassen. — Den ausgesperrten Tabalarbeitern wurden 100 M. überwiesen. — Weiter wurde beschlossen, die Verwertung der Konsumgenossenschaft aufzufordern, Schmiede- und Wagenarbeiten nur da anzufertigen zu lassen, wo ein Tarifverhältnis besteht und innegehalten wird.

Ueber die Innehaltung des Tarifs hat die Ortsverwaltung eine Statistik aufgenommen. Danach sind unter 454 Betrieben, welche sich an der Erhebung beteiligten, 27, die keine Gesellen beschäftigen und 22, die den Tarif nicht völlig innehalten. Die Feststellung bezieht sich auf Berlin und die Vororte.

Verband der Sattler und Portefeuliker: Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Donnerstag eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende E. S c h u l z e sprach über die Stellung der Gewerkschaften zu den kommenden Reichstagswahlen. Sachlich und wirksam zeichnete der Referent die politische und wirtschaftliche Lage, um dann, auf gutes Material gestützt, die vorwiegend gewerkschaftlichen Fragen zu behandeln. Mit gründlicher Sachkenntnis ging Schulze auf die Lebensfragen der Arbeiterschaft ein, wie: Koalitionsrecht, Arbeiterschutz, Normalarbeitszeit, Hausarbeiterschutz, Arbeitslosenunterstützung, und formulierte unsere diesbezüglichen Forderungen hierzu. Was der Redner auf diesem Gebiete darstellte, zeigte in klarer Weise, wie tief und unerbittlich die Klassengegnerschaft im wirtschaftlichen und politischen Leben einander gegenüber stehen, und wie wichtig und einschneidend die Aufgaben sind, die dem künftigen Reichstag zur Lösung und Erledigung vorliegen. In einem Resümee, das der Redner am Schluß seiner Ausführungen gab, erklärte er: Die Organisation der Arbeiterschaft hätten gut gearbeitet. Daß dies zutraf, bewies der Haß des Unternehmertums und der Scharfmacher, der in der letzten Zeit sich besonders scharf geäußert hätte. Die ganze Schwerkraft der Agitation und politischen Arbeit müßte aber in Zukunft vornehmlich unserer Wirtschaft- und Steuerpolitik gelten. Gerade unsere wirtschafts- und steuerpolitischen Verhältnisse brachten es mit sich, daß die Arbeiterschaft in ihrer Lebenslage immer wieder zurückgeworfen würde, trotz energischer Arbeit und trotz aller Erfolge im Kampfe um bessere Lebensbedingungen. Wenn man und aber durch diese Maßnahmen die Früchte unserer Arbeit stets wieder raube, so wäre es andererseits doch verfehlt, von sich zu sagen, was die Arbeiterschaft erreicht hätte, um so höher zu bewerten. Sicherlich wären ihr die heutigen Kassen auch dann aufgepaßt worden, wenn keine Organisation als Gegenwehr bestanden hätte. Nur um so wuchtiger und schwerer wären dann die Schläge auf den Rücken des Volkes niedergefallen. Darum müßte jeder der Tatsache eingedenk sein, daß dem künftigen Reichstag die Geschicke des Volkes voraussichtlich wiederum auf fünf lange Jahre in die Hand gegeben seien. Und da könne es nichts anderes geben, als für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Nur die Sozialdemokratie verdiene das Vertrauen der großen Volksmassen, denn sie habe dasselbe noch niemals getäuscht. Handelten die Arbeiter in diesem Sinne, dann werde der künftige Reichstag eine andere Zusammensetzung und damit auch mehr Macht und Einfluß erhalten, und somit auch reichlicher unsere Wünsche Rechnung tragen können. Das Referat wurde mit großem Beifall entgegengenommen. — Ein Antrag der Berliner Ortsverwaltung, jedem arbeitslosen Mitglied der Berliner Ortsverwaltung, das gleichzeitig der Sozialliste angehört, aus dieser 6 M. zu Weihnachten auszusahlen, wurde angenommen. Ferner stimmte die Versammlung dem Ausschlußantrag gegen das Mitglied Heinrich S c h u l z e einstimmig zu.

Zentralverband der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen Deutschlands: In der außerordentlichen Generalversammlung der Verwaltungsjahre Berlin, die am Sonntagmorgen in den „Arminhallen“ stattfand, wurde zuerst die Wahl der Verwaltung vorgenommen. Als Ausnahme von zweien, die ihre Ämter niederlegten, wurden alle Mitglieder der bisherigen Verwaltung wiedergewählt. Die Ersthälfte für den zweiten Vorsitzenden fiel auf B a e r und für den zweiten Schriftführer auf K a u b a l l. — Zum Delegierten für die Gaukonferenz in Wittenberg, die am 28. Januar 1912 stattfindet, wurde der Vorsitzende S c h w i t t a n gewählt. Als Kandidaten für die Wahl der Delegierten zum Verbandstag in München stellte die Versammlung die Mitglieder W ä l l e r, S c h i r m e r, S c h w i t t a n und B a e r (als Ersatzmann) auf. — Die Versammlung beschäftigte sich dann mit den Verhältnissen im Arbeitsnachweis. Dazu lagen einige Anträge vor, die aber erst in den Bezirken zu besprechen sind, ehe sie zur Abstimmung kommen. Der Leiter des Arbeitsnachweises, H o l z, erklärte, daß die Anträge unfruchtbar und die oftmals gehörten Klagen grundlos seien. Das beste Mittel dagegen wäre eine reichliche Arbeitsgelegenheit, und dies Mittel könne er nicht beschaffen; er rügte aber auch, daß viele Arbeiter Überstunden machen oder sich mit einer langen Arbeitszeit ruhig abfinden, während andere Arbeiter feiern müssen.

Witterungsübersicht vom 18. Dezember 1911.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Witterung	Temp. u. d. Tag u. d. Nacht	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Witterung	Temp. u. d. Tag u. d. Nacht
Eintriede	770	SO	4 Regen	2	Daprande	760	S	4 bedekt	1
Hamburg	768	SO	2 Nebel	5	Heieröburg	773	SO	1 bedekt	7
Berlin	770	S	2 Nebel	1	Erlgh	746	SO	8 bedekt	12
Annab. W.	769	SO	1 Dunst	-1	Herberden	761	SO	4 Nebel	9
München	773	O	1 halb bb.	-1	Paris	764	SO	2 Nebel	6
Wien	774	NO	1 Nebel	-0					

Weiterprognose für Dienstag, den 19. Dezember 1911.

Nachts kalt, am Tage mild und windig, aber veränderlich bei mäßigen südlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Santa Lucia

Kraft Rotwein
Blutarmen u. Kranken
während der Reconvaleszenz empfohlen.
Nachahmungen bitte zurückzuweisen.
Käuflich in Apotheken, Drogen und Delikatessen-Geschäften, P. 1,50 u. 2,00 M.

Briefkasten der Redaktion

Spandan 97. 1. Soweit ersichtlich, ja. 2. Nein. — G. S. 104. Ja, abzüglich des Betrages, den der neue Mieter für Oktober etwa weniger gezahlt hat. — R. D. 120. Nein. — R. R. 14. Nein. — R. 33. Ja.

G. 43. Abgehend ist Ihre Wohnung. Sie sind demnach versicherungspflichtig. — R. 100. Nein. — S. G. 50. Sie bleiben noch für das Kalenderjahr 1913 steuerpflichtig. — W. S. 568. Wegen der Veranlagung für das Quartal Januar/März 1912 können Sie reklamieren. — R. W., Rixdorf. Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie noch an, für welche Zeit Gemeindefinanzsteuer gefordert wird. — G. G. 30.

Ja. — D. S. 17. Verfügen Sie es mit einem neuen Auftrag. — Röntg 36. Ja. — Schöneberg 1. Leider nicht. — S. 30. Ja. Antrag beim Magistratskommissar für Invalidenversicherung. Am köstlichen Part 8. — Bruno 17. Ja. — R. D. 66. Nach neueren Entscheidungen im beiden Fällen überhaupt nicht. — R. S. 55. Sie sind nicht versicherungspflichtig.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Bezirk 34.)
Am 15. Dezember verstarb unser Genosse, der Schankwirt **Emil Engelke** (Geburtsjahr 33.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 19. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenhauer Berlin III.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied **Rudolf Bödicke** am 16. Dezember im Alter von 64 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 19. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Margarethen-Gemeinde-Kirchhofes, Barbusstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bezirk 4.
Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Karl Warnstädt** am Sonnabend, den 16. d. Mts., verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 19. Dezember 1911, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Wilhelmshagen, Hagen-Schneppen, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker **Hermann Kuhnert** am 15. Dezember an Herzleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 19. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Pringelallee aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Am 16. Dezember verstarb unser Kollege **August Hannig** Rittenwalder Straße 14.
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen der Pianofortefabrik Görs u. Kallmann.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 20. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt.

Am 16. d. M. entzich uns der Tod unseren einzig geliebten Sohn **Walter.**
Dies zeigen, mit der Bitte um stille Teilnahme an
Albert Pahlke u. Frau. Rixdorf, Lenustr. 27.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 19. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schlossers
Karl Wernlein
sage ich allen Verwandten, Bekannten, dem Meister und der Abtheilung Hf. I der U. G. S. sowie der Wagenhauerklasse, dem Metallarbeiterverband und dem Wahlverein des ersten Reichstags-Wahlkreises meinen herzlichsten Dank.
Witwe Wernlein nebst Tochter.

Dankjagung.
Für die herrliche Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes
Wilhelm Schmidt
sage ich allen Beteiligten, sowie dem Gelangverein, den Genossen und Genossinnen des 4. Wahlkreises und des Bezirks 378, dem Bauarbeiterverband und dem Personal der Firma Hofmann meinen herzlichsten Dank.
Witwe Luise Schmidt.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Bekannten und Verwandten sowie dem Verband der Steinarbeiter und dem Wahlverein des 6. Kreises meinen innigsten Dank.
Witwe Albrecht.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Weißensee. In der Weihnachtswoche: von Sonntag, den 17. an, täglich 5 Uhr: Märchen — Lichtbilder in der Aula des Realgymnasiums. Eintritt 10 Pfennig.

Herrmann Stramms Restaurant Frankfurter Allee 68. Empfehle allen Freunden und Bekannten mein Weich und Böhmisches Lokal. Vorzügliche Küche, Mittag- und Abendessen, jeden Abend Preisconcert. Um geneigten Besuch freut sich
Herrmann Stramm.

Ziehung 10. u. 11. Januar
Grosze Berliner **Automobil-Lotterie**
8033 Gewinne in Summe, von 200 bis 100000
135000
90000
45000
30000
20000
10000
Berliner Automobil-Lose à 1 Mk.
11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 20 Pf. extra in all. Lotteriegeschäften, Loseverkaufsst. u. durch das Generallotteriedirektorat
Lud. Müller & Co. in Berlin C., Brühlstr. 5.

Haut- u. Harn- leiden, Ehrlich - Muta, Schiden d. Quecksilber. — Konsultation frei! Blutuntersuchung, Fäden im Harn, etc.!! Teilzahlung gestattet!!
Dr. Homeyer & Co. (Kons. Spez. Lab.) Friedrichstr. 189 ad. Hoeh. Spr. 9-24-3, Sonnt. 11-12

Wringmaschinen
Washmaschinen
Wäschemangeln
Zinkwaschgefäße
Fabrik gegr. 1864.
Robert Ziegler, Berlin SO. 26,
Mariannenplatz 10.
Preislisten gratis u. franko. Beschäftigung ohne Kaufzwang erbeten.
Teilzahlung.

Ohne Anzahlung
Stets an jedermann
bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung
Garderobe auf Kredit für Herren, Damen und Kinder sowie Pelzgarnituren, Stolas, Muffen neueste Fassons, größte Auswahl.
Möbel
Komplette Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen, Portieren, Tapplische, Gardinen, Lein- und Bettwäsche, Stoppdecken, Betten, Kronen, Kleiderwagen etc. in modernster Ausführung.
Wochenrate von 1 M. an
S. DORN Weinmeisterstr. 9 Ecke Alte Schönhauser Straße
Sonntag bis 3 Uhr geöffnet!

Schenken Sie so etwas!
Kronen-Armhold
Fabrik u. Beleuchtungs-Geschäft, jed. Arr. Berlin S.W. Alexandrinenstr. 110
Beleuchtungskörper jeder Lichtart u. elegantest. b.z. einfach
Genre-Gasrohrlamp. Stark u. Schwachstromanlagen
Vorzeige dieses Inzerats erhalten auf Grund mein. Kataloge 25% Fabrikabatt!

Eine **Delikatesse** auf dem Weihnachtstisch sind
Cyliax
Fabrikate in hervorragender Qualität als: Honigkuchen, Makronenkuchen, Pralinés, Marzipan, Schokoladen, Baumkonfekte, Kakao.
Außerst preiswert. — Filialen in allen Stadtteilen.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV. 3014.

Damenhüte.
2 große Schaufenster voll schön garnierter Plüschhüte, Stück für Stück 6.00, ungarisierte 1.85, Samtformen 3.00. Auch Kleinfachhüte, alte Samthüte werden neu gepreßt. Vors. dief. Zul. 5%
Modellhaus Migge, Grödenstr. 7, Stadt Hammowilstr.

Klassiker
Gelegenheitskäufe. Restauflagen.
Freiligraths sämtliche Werke. 3 Leinenbände. Preis früher 5.—, jetzt 3.—
Grillparzers sämtliche Werke. 2 Bände. Neue illustrierte Ausgabe. Preis 3,50.
Haußs sämtliche Werke. Mit dem Bild des Dichters und einer Einleitung. 4 Leinenbände. Preis nur 4.—
Heines sämtliche Werke. Mit einem Bildnis Heines. 4 Leinenbände. Preis nur 4,50.
Schillers Werke. Illustriert. In 4 Leinenbänden. Preis früher 6.—, jetzt 4,50.
Shakespeares sämtil. dramatische Werke. Uebersetzt von A. W. v. Schlegel und L. Tieck In 3 Leinenbänden. Preis nur 3,50.
Ferner sind noch vorhanden:
Gerstäckers Werke. 2 Bände, illustriert 3,50.
Hackländer Werke. 2 Bände, illustriert 3,50.
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69.

Wunderwaffeln **Tin** nicht
bei Frau Lindörfen zu
den Aufträgen, ausschließlich
Disfloßbröin-Flaschbinder
zu gewinnen. Nur wenn haben Tin
in Gegenwart, das bestimmte
und wo flüchtigkeiten Disfloß-
bröin. Bitte zu verfolgen
Sie Qualität ist herausragend!

Hugo Beling
Weingroßhandlung u. Likörfabrik
60 eigene Filialen. Einzelverkauf zu Engrospreisen.

Große Firma verlegt
Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren
auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Restriktion. Chiffre S. 100. „Bermarck“-Expedition, Auguststr. 50.
Blumen- und Kranzbinderi von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.
Schallplatten Verleih - Institut. Auch nach auswärt. Preis. gratis. **Karl Borbs, Berlin 69** Neue Königstrasse 35.

Oskar Wollburg
Trauer - Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Die seit 15 Jahren bestehende Firma empfiehlt ihre vorzüglich erprobten Mehle sowie Mandeln, Rosinen und sämtliche Zutaten zum Weihnachtskuchen.
Man decke seinen Bedarf in nachstehenden Verkaufsstellen:
Mehlhandlung Hermann Halff Berlin-Rixdorf
Grüner Weg 36 | Hermannstr. 227
Koppenstr. 95 | Berliner Str. 95
Invalidenstr. 160 | Hermannstr. 156

Für Weihnachten und Silvester!
Likör-Essenzen
zur leichtesten Selbstherstellung durch jedermann von hervorrag. Likören etc. Sortiment (13 Flaschen) für 20 Mark. Unübertreffliche Qualitäten, für 12 Liter ausreichend, nur 2,75 Mk. franco überliefert.
Dr. G. Weishrod & Co. Berlin 58, Greifenhagener Straße 78.

Man spart Geld beim Bezug von
Pelzwaren direkt aus der Fabrik
Nur diese Woche
Besond. Angebot in Colliers, Pelzhüten
Serien in 5 Preislagen:
3, 6, 8, 12, 15 Mark.
Pelzmützen 1 u. 2 M.
Pelzwarenfabrik J. Kutnewsky
Reparaturen Kürschnermeister Modernisierung
Leipziger Str. 13 (Fahrstuhl)
Kein Ladengeschäft.

Wahlbewegung in Groß-Berlin.

Die Zahl der eingeschriebenen Wähler in den sechs Berliner Reichstagswahlkreisen hat sich gemäß der veränderten Bevölkerungsbewegung wie folgt gestaltet:

Table with 3 columns: Wahlkreis, 1907, 1912. Rows 1-6 showing population changes.

Aus dieser Gegenüberstellung geht hervor, daß vier Kreise an Wählern abgenommen haben, während der fünfte um 876 und der sechste um 2306 Wahlberechtigte zugenommen hat.

Es müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um aus den einzelnen Kreisen recht große Stimmenzahlen für die sozialdemokratischen Kandidaten herauszuholen.

Flugblattverbreitung in der Kirche.

Das Zentrum in Berlin macht große Anstrengungen, recht viel Stimmen auf ihren Kandidaten zu vereinen. Dabei ist jedes Mittel recht. Am Sonntag wurde auf dem Gesundbrunnen in der katholischen Kirche in der Bollermannstraße ein Zentrumflugblatt an die Kirchenbesucher verteilt.

An alle früheren Landarbeiter und Arbeiterfrauen Großberlins!

Arbeitsbrüder und Arbeitschwester, die Ihr vom Lande seid! In wenigen Wochen finden die Wahlen zum Deutschen Reichstag statt. Es gilt nun, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln den schwarz-blauen Block niederzurufen. Die konservativen Parteien kämpfen mit den elendesten Mitteln gegen die Sozialdemokratie. Fast alle Versammlungen auf dem Lande werden verboten. Wir, die ihre Söhne der Sozialdemokratie zur Verfügung stellen, werden drangsalariert und beeinträchtigt. Kurz vor der Wahl werden die Arbeiter mit Bier, Schnaps und Zigarren traktiert, auch bares Geld wird bei den kommenden Wahlen eine große Rolle spielen. Arbeitsbrüder und Schwestern! Wer sind diese Arbeiter? Es sind unsere Schulkameraden, unsere Freunde, ja sogar unsere eigenen Verwandten, welche gegen uns stimmen! Soll das so bleiben? Soll die Reaktion wieder triumphieren? Das darf nicht sein! Darum auf zum Kampf! Ob Brandenburger oder Pommer, ob West- oder Ostpreuze oder Schlesier: die Weihnachtsfeiertage stehen vor der Tür. Da ist es die Pflicht eines jeden, mündlich oder schriftlich mit seinen Verwandten oder Bekannten auf dem Lande in Verbindung zu treten. Die Sünden des schwarz-blauen Blocks sind groß. Darum muß es heißen: Keine Arbeiterstimme für den Konservativen und für den Schwarzen, auch keine Stimme der Liberalen!

Arbeitsbrüder und Schwestern! Zehntausende Stimmen können auf diese Weise der Sozialdemokratie zugeführt werden. Darum tue ein jeder seine Pflicht. Die Reaktion hat Wind und Hunger gefüt. Sturm und Verderben soll sie ernten.

Ein früherer Landarbeiter aus dem Kreise Gauh-Wehlitz. Auch wir möchten alle diejenigen, die die Feiertage zu einem Besuch in die Heimat benutzen oder die Besuch aus der Provinz erhalten, dringend ersuchen, die Besuch Gelegenheit nicht ohne Hinweis auf die Reichstagswahlen vorübergehen zu lassen. Jede Stimme gilt!

Teltow-Beeskow.

Beeskow. Mit einem Kaiserhoch eröffnet und mit Hochrufen auf den Genossen Zubeil geschlossen wurde eine liberale Versammlung am letzten Sonntag in Beeskow. Am Rednerpult stand hilflos ein junger Mann, der ein buntes Ragout von Zeitungsnotizen, Flugchriften und Broschürenstücken der zahlreich und beherrschten Zuhörerschaft zusammenhanglos und in ewigen Wiederholungen eine knappe Stunde lang vorlas. Herr Redakteur Ballhausen, so nannte sich der freisinnige Redner, versuchte kampfbahig, die Sozialdemokratie und gleichzeitig noch die Konservativen zu vernichten. Er war der richtige Kämpfer, um den Kampf nach „zwei Fronten“ führen zu können. In mitleidigerregender Weise wurde er in diesem „Kampfe“ erbarmungslos zermalmt. Als erster Diskussionsredner ergriff Genosse Groger das Wort. In factischer und scharf pointierter Weise ging er mit den Freisinnigen und Konservativen ins Gericht. Die konservative Mißwirtschaft offenbarte sich für jeden Wähler von Beeskow am besten in der distanzierenden und im Gele nicht begradigten Praxis der Handhabung des Reichsvereinsgesetzes des konservativen Amtsvorlesers, des Herrn Bürgermeisters Berthold von Beeskow. Als unser Genosse die ungelegliche Praxis der Anwendung des Reichsvereinsgesetzes gegenüber unserer Partei auf das schärfste brandmarkte und energig dagegen protestierte, versuchte ihn der freisinnige Vorsitzende daran zu hindern. Unter dem jubelnden Beifall der Versammlung wehrte Genosse Groger die Einmischung des Versammlungsrechtes der Bürgerchaft gegen den Amtsvorleser und den freisinnigen Vorsitzenden wirkungslos ab.

Alsdann zeichnete unser Diskussionsredner die Ursachen der Finanznot und Pumpwirtschaft des Reiches sowie die unseligen Taten des Gottentötens- und schwarz-blauen Schnapsblocks und forderte zum Schluß die Versammlung unter der begeistertsten Zustimmung der Versammlung diese auf, am 12. Januar den Kandidaten der Sozialdemokratie Fritz Zubeil zu wählen. Ein Rittergutsbesitzer versuchte vergeblich die Versammlung davon zu überzeugen, daß die Konservativen die Interessen des Volkes bei der Reichsfinanzreform vertreten hätten. Er hatte lediglich vermocht, recht unzeitlich die Lachmuskeln der Zuhörer in Bewegung zu setzen.

Der ortsgewaltige Bürgermeister hielt es für notwendig, gegen den schneidigen Angriff unseres Redners sich zu verteidigen. Ein heftiges Schauspiel wurde dadurch den Zuhörern bereitet. Dieser Herr rechtfertigte seine amtliche Bekämpfung der Sozialdemokratie in der öffentlichen Versammlung und betonte, daß er seine amtlichen Anweisungen bezüglich der Nichtgenehmigung sozialdemokratischer Versammlungen nur in pflichtgemäßer Ausübung seines Amtes verrichtet habe. Allerdings sei Herr Groger anderer Meinung gewesen und habe sich beständig über ihn an die vorgesetzte Behörde gewandt. Mit erhobener Stimme erklärte er, diese habe dann die Anweisung des Reichsvereinsgesetzes erteilt! Ein Sturz der Heiterkeit quittierte diese amtsvorleserliche Mitteilung. Wählen Sie, wen Sie wollen, aber unter keinen Umständen einen Sozialdemokraten! Mit dieser Rohnung wehrte er dann den Kampfplatz. In wirkungsvoller und geschickter Weise antwortete nochmals Genosse Cardt-Nixdorf auf die Ausführungen der gegnerischen

Diskussionsredner. Trotz dringenden Ersuchens wurde dem Genossen Groger weder das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, noch zu einer Richtigstellung erteilt. Der Referent verzichtete aber trotz der scharfen Angriffe aufs Schlußwort. Die erste Abfuhr hatte den Herrn zu neuen Kämpfen nicht ermutigt. Ein nationalliberaler Verbündeter versuchte mit wenig Glück zu retten, was noch zu retten möglich war. Viel war es nicht. Die liberale Versammlung war ein brillanter Erfolg für die Sozialdemokratie, die verschiedene neue Mitglieder für die Organisation gewann.

Wilmerdorf-Salensee.

Die Wählerversammlung am letzten Donnerstag, die leider nur mäßig besucht war, nahm ein Referat des Genossen Eichhorn über Feuerung, Kriegsbrot und Reichstagswahl entgegen. Der temperamentvolle beifällig aufgenommene Vortrag klang aus in den Ruf: der herrschenden Klasse am 12. Januar beizuzahlen, was sie an uns verbrochen. Der nächste Reichstag müsse ein ander Gesicht bekommen, wolle wir nicht schweren, drückenden Gesetzen und Steuern entgegen gehen. Der Vorsitzende Genosse Schröder erwähnte die Versammlung, bis zum Wahltag ihre volle Schuldigkeit zu tun. Bei Beginn und am Ende der Versammlung trug der Wilmerdorfer Männergesangsverein wirkungsvolle Kampflieder vor.

Friedenan.

Nachdem die vereinigten Liberalen, sowie die Konfessionen in je einer öffentlichen Versammlung ihre Kandidaten die Herren Prof. Dr. Spiegel und Fabrikant Warch präsentiert haben, sprach am Donnerstag im „Kaiser-Wilhelmsgarten“ Genosse F. Zubeil zu seinen Wählern. Er nahm unter lebhaftem Beifall der Versammelten die Besetzung der Reichstagswahl unter die Lupe, der an Rechtsprechung und Ausplünderung der Rechte schaffenden Bevölkerung das unmöglichste geleistet habe. In der Diskussion nahm ein sich christlichsozial nennender Herr Henning, der schon in einer kürzlich stattgefundenen konservativen Versammlung seine vergifteten Pfeile gegen unsere Partei abwarf, das Wort. Er leitete dieselben nichtssagenden Phrasen herunter wie in der früheren Versammlung, aber niemand wollte sich an dem aufgesetzten Wohl ergötzen, und der Herr mußte wohl einsehen, daß unter Massenbewegten Arbeitern kein Mann für ihn war. Genosse Richter wies darauf hin, daß es keine Partei gebe, die mit niedrigeren Mitteln kämpfe, als die christlichsozialen. Nachdem Genosse Zubeil in seinem Schlußwort noch einmal auf die Abarten des Antifeminismus hingewiesen hatte, schloß er den interessant verlaufenen Abend mit der Aufforderung an alle Anwesenden, rechtzeitig mitzukommen, daß der 12. Januar der Reaktion in unserem Kreise die wohlverdiente Niederlage bringe.

Treptow-Baumfischentweg.

In zwei Versammlungen, die bei Speer, Baumfischentweg, und im Gesellschaftshaus, Treptow, stattfanden, referierte die Genossen Groger und Nitz über die kommenden Reichstagswahlen. Die Referenten kennzeichneten eingehend die Sünden des vergangenen Reichstages, führten vor Augen, welche Belastung die Reichsfinanzreform und Volkserhebung der Bevölkerung gebracht hat. Zum Schluß forderten sie die Anwesenden auf, bis zum 12. Januar ihre volle Schuldigkeit zu tun und alles aufzubieten, um den Wahltag zu einem glänzenden Siegstag für die Sozialdemokratie zu gestalten. Der lebhafteste Beifall, der dem Redner gezollt wurde, bewies, daß sie den Zuhörern aus dem Herzen gesprochen. Nachdem die Versammelten aufgefördert hatten, die Wählerlisten nachzugehen, wurden die Versammlungen mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Kantowig.

In Restaurant Ebel fand am Freitag eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Zubeil die herrliche deutsche Politik der verflochtenen Reichstagskampagne unter die Lupe nahm. Seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall.

Sohnsdorf.

Über die bevorstehende Reichstagswahl sprach am Sonnabend in einer gut besuchten öffentlichen Wählerversammlung Genosse Ernst Geritz. In 1 1/2 stündiger Rede ließ der Redner die Taten des verflochtenen Reichstages Revue passieren. In der Diskussion sprach Genosse Nitz im Sinne des Referenten. Der Leiter der Versammlung, Genosse Kretsch, wies die Anwesenden auf unsere Organisationen und unsere Parteipresse hin.

Niederbarnim.

Badstorf.

Am Sonntag tagte hier zum erstenmal bei Sebastian eine Wählerversammlung. Genosse Schlemminger-Weißensee referierte vor circa 50 Personen, darunter acht Frauen, über: Das deutsche Volk und die Reichstagswahlen. Mit sichtlichem Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen des Redners. Die Diskussion bewegte sich in zumutendem Sinne. Gegner waren nicht erschienen oder meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Worte. Mit einem Appell an die Versammelten, das Gehörte zu beherzigen und am 12. Januar geschlossen für den Sozialdemokraten Stadthagen zu stimmen, schloß Genosse Reumann-Vantow die gut besuchte und erfolgversprechende Versammlung.

Bernau. Zu dem Bericht über die am 12. Dezember hier stattgefundenen öffentliche Versammlung bittet uns Genosse Claus mitzuteilen, daß er und nicht Genosse Nische referiert hat.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Morgen Mittwoch findet für das Wasserfordviertel eine Handzettelverbreitung statt. Donnerstag, den 21. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Olesing, Wasserfordstr. 68. Referent: Rich. Fischer.

Am Donnerstag, den 21. Dezember findet eine Flugblattverbreitung für den ganzen Kreis statt. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Dritter Wahlkreis. Heute Dienstag, den 19. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Wählerversammlung im „Deutschen Hof“, Ludow. Str. 15. Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Stadtverordneter H. Wollensbath.

Reichstagswahlkreis Niederbarnim.

Öffentliche Wählerversammlungen tagen am Dienstag, den 19. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Panow im Lokale von Rogitzki, Kreuzstr. 3/4, und im „Lärmchen“, Kaiser-Friedrich-Str. 12. Mittwoch, den 20. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Französisch-Buchholz im Parkrestaurant, Hauptstr. 71. Donnerstag, den 21. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Stralau in der „Alten Taverne“, Inhaber: Schröder. Das Wahlkomitee.

Mariensfelde. Heute abend von Schuster, Kirchstraße, aus: Flugblattverbreitung für den ganzen Ort. Die Wählerliste kann auch beim Genossen Kreuzberg Kantowigstraße 11 (abends) eingesehen werden.

Nixdorf. Diejenigen Parteigenossen, welche der polnischen Sprache mächtig sind, werden ersucht, zu einer am Mittwoch, den 20. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Doppel-Hermannstr. 48/49, stattfindenden Besprechung zu erscheinen. Wahlvereinsbuch legitimiert. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Schmargendorf. Heute abend 7 Uhr: Flugblattverbreitung von Pölicher, Spandauer Straße 40 aus. Der Vorstand.

Zehlendorf (Wannsee). Heute, Dienstagabend 7 Uhr, von allen Bezirken aus sehr wichtige Flugblattverbreitung. Der Bezirk 3 (Pölicher) sagt vorläufig im neuen Lokal Bruch, Madonnen Straße. Der Vorstand.

Teltow. Mittwochabend 8 Uhr findet im Lokal von Bonow unsere regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins mit 4 1/2 stündiger Tagesordnung statt. Dienstagabend 7 Uhr: Flugblattverbreitung von Bonow aus. Der Vorstand.

Stralau. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, Handzettelverbreitung zu der am Donnerstag, den 21. Dezember, in der Alten Taverne, Alt-Stralau 25, stattfindenden Versammlung.

Grünau. Heute Dienstag: Wichtige Flugblattverbreitung, Treffpunkt 7 1/2 Uhr bei Franz „Grüne Gde“. Der Vorstand.

Vorligwalde-Wittenau. Die Genossen von Vorligwalde treffen sich heute abend 7 1/2 Uhr bei Hilde, die Genossen von Wittenau ebenfalls 7 1/2 Uhr in der Hauptstraße bei Schulze.

Bezirk-Dranitzburg. Die Wählerliste liegt nur bis Donnerstag, den 21. d. Mts., im Rathaus, Berliner Straße 2, und beim Genossen F. Zahn, Schützenstr. 84 aus. Dasselbe sind auch Einspruchsformulare vorhanden. Das Wahlkomitee.

Spandau. Für den Stadtteil Ronnendamm, Sternfeld und Hahnhorst heute, Dienstag, bei Müller (Ronnendamm), Siemenstraße, Ecke Kalkofstraße: Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: „Wen wählen wir am 12. Januar 1912?“ Referent: Stadtverordneter August Geber, Charlottenburg. Parteigenossen! Sorgt für einen starken Besuch der Versammlung. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Berliner Nachrichten.

Im Zeichen des Weihnachtsballes.

Rechter Hand, linker Hand ist diesmal im Weihnachtskalender alles verkauft. Sonntag und Heiligabend fallen auf einen Tag. Die Berliner Chronisten stellen also tiefgründige Betrachtungen darüber an, ob der „silberne“ Sonntag sich nun eine volle Woche verspätet hat und der „goldene“ Weihnachtsfrühling mit dem Weichsungsstag identisch ist. Recht behalten die Klarheitigen, denen der Kalender höchst schmeichelt und die Füllung des Geldbeutels die Hauptsache ist. Eine nette Befragung, wenn man nichts zu befeuern, keinen Draht zum Einlaufen hat! Wie in den letzten Jahrzehnten so vieles von der Berliner Weihnachtskultur abdrückte, hat sich auch der Charakter der geschäftlichen Erntesonntage von dem Fest stark verändert. Das Paket als markantestes Zeichen großstädtischen Weihnachtsstrebens regiert lange nicht mehr so unumschränkt wie ehemals. Die überwiegende Hälfte derer, die sich in den großen Geschäftshäusern oder vor den reichgeschmückten Schaufenstern drängen, kauft überhaupt nichts oder doch nur so en passant allerlei Kleinigkeiten, die ebensoviel ungekauft bleiben könnten. Man findet es vergnüglich, sich wenigstens das anzusehen, was man nicht für andere erwerben, nicht selbst besitzen kann, und es hat entschieden auch großen Reiz, bei dieser Gelegenheit ohne Kaufzwang zu bestimmen, was für Wunder heutzutage die Industrie durch schaffende Volkshände leistet. Da sieht der Arbeiter so manches Stück wieder, das vielleicht unter seinen eigenen Fingern entstanden ist, und er kann nun verständnisvolle Vergleiche anstellen zwischen dem Arbeitslohn und dem Verkaufspreis. Um Kleinigkeiten streiten der Unterschied, dann wieder schnell er enorm in die Höhe. Nur die rechnende, jobbernde bürgerliche Krämerseele kennt die Geheimnisse, die dahinter stecken, fragt nicht nach den Schicksalen, die daran zugrunde gingen. Wenn sich heute die Feilhabernden und die Resignierten, die „Kaufleute“ und die „Schleute“, in hastendem Strom über die Straße ergießen, reißt der Provinziale, der zu Weihnachts-einkäufen nach Syreebabel gefahren ist, wieder mal weit die Augen auf. Er sieht in dem Dreimillionenmosaik nur das scheinbar so ergiebige Feld, in das Geld rolliert, und hat keine Ahnung von dem Elend mitten zwischen straßenden Glanz. Leergebrannt ist die Stätte, wo das Portemonnaie sitzt. Man kann es umkehren soviel man will — es fällt nichts heraus oder nur das, was dem Volke zum Vegetieren reicht. Da soll man noch Feste feiern und Schenken? Und doch wird geschenkt. Man geht heute nicht bloß auf Fensterpromenade, man kauft auch, am silbernen Sonntag und noch in letzter Stunde am „goldenen“. Aber was man kauft, das sieht anders aus als in guten Zeiten. Fast lauter Sachen und Schickchen, die das Auge blenden, von Morgen bis Mittag halten. Viel billiger Kleinkram und Edund, eigens darauf zugeschnitten, den Weihnachtstisch des Proletariats zu zieren“. Und doch ist man halbwegs zufrieden, wenigstens noch dieses Talmanthenschen und den „begehrlichen“ Seinen gönnen zu dürfen. Ein guter Gradmesser für die allgemeine soziale Lage ist stets die Weihnachtslaune der Geschäftsleute. Diesmal hört man mehr als sonst Stöhnen und Seufzen, doch unter Geld an dem Wasser schwimmt oder in ostelbischen Zunfttönen klammert. Für die Käufer am Völkervohlstand ist nun schon seit Jahren die feistliche Reihe „silberner“ und „goldener“ Tage angebrochen. Bloß Nixel steht noch immer vor dem geplünderten Weihnachtbaum. Er hat so lange geduldig gewartet und wird auch noch die paar Wochen warten, bis sein Weihnachtstisch den Volkverelendern aufgesteckt wird.

Hüdel in der Dunkelkammer!

Einige junge Leute hatten, veranlaßt durch die Kellame des Christlichen Vereins junger Männer Berlin Süd, sich verleiten lassen, dem Jungmännerheim dieses Vereins, Kottbuser Straße 66, mehrere Besuche abzugeben. Die Erfahrungen, die sie dabei machten, sind wert, öffentlich wiedergegeben zu werden. Als wird geschrieben: Als wir unseren ersten Besuch machten, übernahm ein etwa 23-jähriger junger Mann, anscheinend der Vorkamerale des Heims, die Führung durch die Räumlichkeiten. Er fand behaglich und geschmackvoll eingerichtet; bis auf das Jubel an Bildern, unter denen sich schließlich die religiösen bemernten. Es gibt da ein Lesez., Spiel- und Solobalanzzimmer usw. neben zwei Vortragssälen. Bei den reichen Geldmitteln, die dem Verein durch hohe Hönner zufließen, ist das kein Wunder. Besonders Interesse erweckte eine photographische Dunkelkammer, in der Amateure ihre Platten entwickeln können. An der Tür dieser Kammer stand mit großen Lettern angehängen „Alzelle“. Auf

ansere bewundernde Frage, was das zu bedeuten habe, antwortete uns unter Cicero'schen zunächst mit einigen verlegenen Ausflüchten. Erst auf unser Drängen entschloß er sich, die Kammer zu öffnen. Da erblickten wir allerhand alten Kram und Gerümpel und mitten darin an der Innenwand der Tür ein Bild des Professors Ernst Hädel-Jena. „Ja, warum hängen Sie denn Hädel's Bild hier in der Dunkelkammer, wo Sie doch Adolf Stöcker's Porträt so schön in Ihren Zimmern placiert haben?“ fragten wir. Auf diese Frage erhielten wir die Antwort: „Nun, Sie kennen doch unsere christliche Weltanschauung! Wir betrachten die Lehren dieses Mannes und die Bewegung, die durch seine Lehren geführt wird, als eines der dunkelsten Blätter der Weltgeschichte, und vor allem betrachten wir ihn selbst als einen Dunkelmann. Es soll also symbolische Bedeutung haben, wenn wir sein Bild hier hinein hängen. Deshalb haben wir auch spöttisch diese Dunkelkammer, diese Kammer, mit „Arzelle“, dem Namen des kleinsten Lebewesens, aus dem sich nach Hädel's Lehre alles Leben entwickelt haben soll, bezeichnet.“

Ob dieser Antwort, dieser heiligen, überwältigenden Dummheit gegenüber, stand unser Geist vor Ehrfurcht still. Und so etwas geschieht nun unter der Regide des sich christlich-liberal nennenden Herrn Pastors Le Seur, der der Vereins- und Heimleiter sowie einer der Hauptmatadore der ganzen Berliner christlichen Jugendbewegung ist! Was soll man da erst von den orthodoxen „positiven“ Herrschaften erwarten?

Empöri wandten wir uns heimwärts, eine Erfahrung reicher über das Wesen der christlichen, hirnvorbildenden Jugendbewegung.

Eine ganze Familie mit Leuchtgas vergiftet. In der Gubener Straße 86, im Osten Berlins, wurde gestern mittag der 25jährige Mechaniker Paul Müller mit seiner jungen Ehefrau, seinem halbjährigen Kinde und seinem Bruder mit Leuchtgas vergiftet aufgefunden. Alle vier Personen wurden sofort mit Sauerstoff behandelt und es gelang auch, alle wieder ins Leben zurückzurufen. Sie wurden dann mit Krankenwagen ins Krankenhaus geschafft. Die Familie wohnt erst seit einigen Monaten im dritten Stock des Quergebäudes in der Gubener Straße 86. Irrendwelche Pflanzungen wurden bei dem jungen Ehepaar von anderen Hausbewohnern nicht wahrgenommen. Man neigt daher mehr zu der Annahme, daß die Familie das Opfer eines Unfalles geworden ist. Der Gasbehälter am Gasometer stand noch offen. Die Gefahr wurde dadurch bemerkt, daß um 11 Uhr der Frühstücksbeutel noch an der Korridortür hing und sich auf den Treppen ein starker Gasgeruch bemerkbar machte.

Die Pfefferkuchenpoesie, die sich in diesem Jahre weniger als sonst mit der Polizei, und dafür um so mehr mit der Liebe beschäftigt, hat die Polizei erregt. Verse wie „Lieber Mann, puß aus das Licht und vergiß Dein Weibchen nicht“ und andere sind beschlagnahmt worden. Auf Beschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte ist den Händlern der Vertrieb von Pfefferkuchen mit dergleichen entwürdigenden Aufschriften verboten worden, und Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt werden.

Die für den Ostpreußenbezirk Berlin erlassene Droschkenordnung vom 18. Februar 1905 wird wie folgt abgeändert:

Zu § 85. Zwischen Absatz 3 und 4 ist folgender neuer Absatz einzufügen: „Ebenso ist der Führer einer Kraftdroschke verpflichtet, jede Fahrt nach den Ortsteilen Tegel (Gemeinde Tegel, Gutbezirk Schloß Tegel und Kaserne des Luftschiffer-Bataillons), Bittenau, Rosenhof, Nieder-Schönhausen, Hohen-Schönhausen, Zossanischthal und Adlershof, Ober-Schönweide, Nieder-Schönweide, Mariendorf einschließlich Süden, Lankwitz, Groß-Lichterfelde und Dahlem anzunehmen und auszuführen. Er ist indes berechtigt, außer dem Fahrpreis einen Zuschlag von 50 Pf. zu erheben, sofern der Wagen nicht auch zur Rückfahrt benutzt wird.“

Zu § 103. Im Absatz 1 sind die Worte „elektrischen“ und „bei den übrigen Kraftdroschken 2 M.“ zu streichen.

Zu § 105. Der § 105 erhält nachstehenden Zusatz: „5. für Fahrten nach dem im § 85 Abs. 4 (jetzige Fassung) genannten Ortsteilen, sofern die Fahrt dort endet und die Droschke nicht auch zur Rückfahrt benutzt wird . . . 50 Pf.“

Die Bestimmungen dieser Polizeiverordnung treten am 1. Januar 1912 in Kraft.

Zwei Missetaten die zwei jungen Männern das Leben kosteten, wurden in der Nacht zum Sonntag im Osten der Stadt verübt, beide im Bereich des 52. Polizeireviers. Im Streit erstochen wurde der Arbeiter Otto Söldner aus der Finowstr. 27 zu Lichterfeld und der Elektrotechniker Fritz Rasche aus der Kopenickstr. 35, die beide erst 21 Jahre zählten. Söldner, der mit seinem Bruder zusammenwohnte und in einer Gasglühlampenfabrik in der Gubenerstraße arbeitete, machte am Sonnabend nach Feierabend eine Verzeile. Zuletzt sah er mit zwei Schwägern, den Fabrikarbeitern Eriel aus der Kadinerstr. 21 in einer Schankwirtschaft am Comeniusplatz. Dort belästigte gegen 11 Uhr abends der 23 Jahre alte Kutscher Wilhelm Kube aus der Thierstraße 7, der in Mariendorf auf Bauten arbeitet, die drei Gäste. Söldner verbot sich das wiederholt und als er damit keinen Erfolg hatte, gab er dem Kube eine Ohrfeige. Jetzt fehlte der Wirt die vier vor die Tür. Auf der Straße kam es dann zu einer Schlägerei, die damit endete, daß Kube seinen Genicksfänger zog und Söldner ins Herz stieß. Während der Bestochene zusammenbrach und auf dem Wege nach der Hilfswache in der Warschauer Straße starb, entfloh Kube, wurde aber von Schuhmännern und anderen Leuten in der Gubener Straße festgenommen. Der Verletzte behauptet, in der Notwehr gehandelt zu haben. — Rasche, der bei seinen Eltern wohnte, und in der Nachbarschaft beschäftigt war, kniepte am Sonnabend abend mit seinem 20 Jahre alten Bruder. Beide kamen Sonntag früh um 5 Uhr in das Lokal von Liberta am Comeniusplatz 6. Hier sah der Arbeiter Ladislaus Wärschal, ein Pole, mit einem Mädchen. Als sich Fritz Rasche dem Mädchen nähern wollte, gab es „Krach“. Bald kam es auch zu Tätlichkeiten. Jetzt wies der Wirt sowohl den Brüdern Rasche als auch Wärschal und seiner Begleiterin die Tür. Auf der Straße setzte sich zunächst der Wortstreit fort. An der Ecke der Postener- und Nüderdorfer Straße wurden dann die Streitenden wieder tätig. Jetzt mischten sich auch andere ein, die aus verschiedenen Richtungen dazukamen und nun gab es eine allgemeine Schlägerei, bis Fritz Rasche in den Hals getroffen wurde und tödlich verletzt zusammenbrach. Der Verwundete wurde nach der Hilfswache in der Warschauer Straße gebracht und starb dort gleich nach der Aufnahme. Wärschal wurde verhaftet und zunächst nach der Revierwache gebracht. Er bestreitet den Stich geführt zu haben und hat auch Zeugen namhaft gemacht, die bekunden, daß er es nicht gewesen sei. Trotzdem wurde er der Kriminalpolizei vorgeführt. Diese verfolgt augenblicklich noch eine Spur, die Wärschal zu seiner Entlastung und zur Ermittlung des wirklichen Täters selbst angegeben hat. Es läßt sich also noch nicht sagen, ob der Verhaftete der Täter ist oder nicht.

In ihrer Wohnung erschossen hat sich die 26 Jahre alte Frau Helene Holz aus der Gipsstraße 9. Die Frau war seit Jahren von ihrem Manne verlassen und litt an einer Krankheit, so daß sie schwer um den Unterhalt zu kämpfen hatte.

Eine Revolversehenserei verlegte gestern vormittag die Bewohner des Hauses Neue Hocht 39 in lebhafter Erregung. Dort feuerte der frühere Honighändler Lorenz auf seine von ihm getrennt lebende Ehefrau, brachte ihr zwei Streifschüsse bei und schoß dann auf sich selbst. Beide Personen wurden verletzt, die Ehefrau leicht, der Revolverheld schwer. Er wird sich zu verantworten haben.

Ein schrecklicher Unfall ereignete sich in der vergangenen Nacht auf dem Grundstück Königsberger Straße 25. Mit einem Dienstmädchen, das dort bei einem Schankwirt im hohen Erdgeschoß in Stellung ist, unterhielt der 23 Jahre alte Schlosser Ernst Czernanski

aus der Königsberger Straße 11 ein Liebesverhältnis. In der vergangenen Nacht um 1/4 12 Uhr hörten die Bewohner des Hauses ein jämmerliches Hillegeschrei. Drei Schlächtergejellen, die zuerst hinausliefen, fanden Czernanski auf dem eisernen Gitter eines Lichtschloßes hängen. Die Spitze einer Stange war ihm in den Unterleib eingedrungen und hatte eine so große Öffnung gerissen, daß die Eingeweide herausstraten. Schuhmänner, die geholt wurden, hoben den Verunglückten behutsam herab und brachten ihn nach der Rettungswache in der Kopenickstraße. Nachdem er dort die erste Hilfe erhalten hatte, wurde Czernanski nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Hier liegt er hoffnungslos danieder. Er selbst kann keine Auskunft mehr geben, wie das Unglück geschehen ist. Man nimmt an, daß der junge Mann seine Geliebte durch das Gitter besuchen wollte und dabei abgeglitten ist. Jedenfalls ist er so unglücklich gefallen, daß er von dem Gitter aufgespießt wurde.

Von einem Mörderland überfahren. Ein schwerer Unfall hat sich gestern abend in der Behmstraße im Norden Berlins zugetragen. Dort wurde der 35 Jahre alte Gastwirt Kasimir Kasparik aus der Voltstraße 40 von einem Mörderland überfahren. Dem Verunglückten gingen die Räder des schweren Wagens über den rechten Ober- und Unterschenkel hinweg, so daß diese mehrfach gebrochen wurden. Kasparik wurde zunächst nach der Unfallstation in der Gubenerstraße und von dort in bedenklichem Zustand nach dem Bichow-Krankenhaus geschafft.

Die Berliner Brandschonke war am Sonntag sehr reichhaltig. Drei größere Brände brachen in der Köpenickstraße 37a, Ecke der Schönhauser Allee 78, neben dem Ringbahnhof, und in der Eichendorffstraße 20 aus. In der Köpenickstraße standen im zweiten Stock des Vorderhauses in der Blusenfabrik von Gustav Wittstock Blusen, Kleiderständer, Stoffe, Fenster usw. in Flammen, während in der Schönhauser Allee 78 ein größerer Teil der Dachkonstruktion brannte. In der Eichendorffstraße war in einem Fabrikgebäude in einer Maschinenfabrik ein großes Feuer entstanden, das mit zwei Rohren belüftet werden mußte. Ein Straßenzug alarmierte die Feuerwehr Sonntag nachmittag nach der Reinickendorfer Straße 1. Dort hatte ein Automobil einen großen Gasanstalt umgeworfen und das austretende Gas war auf nicht ermittelte Weise in Brand geraten. Außerdem war ein Leitungsdrabt der Straßenbahn gerissen. Die Feuerwehr löschte das Feuer und sperrte die Gasleitung ab. An dem Stroßenbahnmast wurde der Strom einseitig ausgeschaltet, bis ein Turmwagen zur Stelle war, der den Schaden reparierte. Die Störung dauerte etwa eine halbe Stunde. Im Sportpalast fing abends gegen 6 Uhr Bohnermasse in einem Umkleideraum Feuer. Die anwesende Sicherheitswache der Feuerwehr griff sofort ein und beseitigte die Gefahr in wenigen Minuten. Das Publikum bemerkte von dem Vorfalle nichts. Ein böses Ende fand ein Brand, der am Sonntagnachmittag in Charlottenburg, Gerwinstraße 5, in dem Zigarrengeschäft von Hermann Röhre ausbrach. Als der Inhaber die Gefahr bemerkte, standen mehrere Regale mit Röhren schon in Flammen. Anstatt zu flüchten, blieb nun Herr Röhre im Laden und suchte den Brand selbst zu löschen. Hierbei wurde er aber von den Flammen erfaßt und am Kopf und an den Händen schrecklich verbrannt. Als ihn die Samariter der Feuerwehr in Behandlung nahmen, begann er zu phantastieren, und sein Befinden verschlechterte sich derart, daß er auf Anordnung eines Arztes sofort nach dem Krankenhaus Westend geschafft werden mußte. Der Zigarrenladen ist größtenteils ausgebrannt. Das Feuer wurde vermutlich durch einen Ofen verursacht, der zu stark geheizt worden war.

Ein gefährlicher Wohnungsbrand kam in der letzten Nacht in der Ruskauer Straße 8 im Südosten Berlins zum Ausbruch. Als das Feuer gegen 1/4 12 Uhr bemerkte wurde, brannte eine Wohnung im Keller des Quergebäudes schon sicherlich, und der sich entwickelnde Rauch hatte die Treppen des Quergebäudes bereits vollständig verqualmt. Die Mieter gerieten daher in starke Aufregung, und es schien zu einer Katastrophe kommen zu sollen. Zum Glück war die Feuerwehr mit dem 8. Löschzug aus der Reichensberger Straße schnell zur Stelle. Die Wehr rief den beunruhigten Personen zu, keine übereilten Schritte zu tun, es wurden sofort zwei Hakenleitertreppen errichtet, von denen aus dem erschlendenden Qualm Abzug veranlaßt wurde. Der Brand selbst wurde mit einer Schlauchleitung gelöscht. Nach einer guten Viertelstunde war jede Gefahr beseitigt. — Wegen eines großen Lebensbrandes wurde die Feuerwehr Montag früh nach der Ostener Straße 1 im Norden Berlins gerufen. Hier war das Feuer schon so weit vorgeschritten, daß mit zwei Schlauchleitungen Wasser gegeben werden mußte. Der Laden ist ausgebrannt. — Außerdem erfolgte gestern früh noch Feueralarm nach dem Schloß Ronbijou. Es rückten sofort mehrere Hüge aus, doch ergab sich bei ihrer Ankunft, daß im Schloß keinerlei Feuergefahr vorlag. Es wurde vielmehr festgestellt, daß ein Angestellter die Feuerwehr alarmiert hatte. Der Unzufriedene wurde der Polizei übergeben.

Die Konsumgenossenschaft schreibt uns: Bei der in der 3. Beilage der Nr. 291 enthaltenen Uebersicht über den Umsatz der Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend ist zu berücksichtigen, daß der Umsatz der fünf Monate des vorigen Geschäftsjahres um 409 627,90 M. zu niedrig angegeben war. Der Mehrumsatz beträgt demnach 1 245 582,97 M.

Der Kreis I (Brandenburg) des Arbeiter-Schwimmerbundes hielt am Sonntag in der südöstlichen Badeanstalt in der Oberberger Straße sein Winterbadeschwimmen ab. Der gute Besuch bewies, daß man den Bestrebungen der vollstündlichen Schwimmer des Arbeiter-Schwimmerbundes reges Interesse entgegen bringt. Das Programm war sehr abwechslungsreich und zeigte einen gut ausgeführten Eröffnungsreigen der Damenabteilung der „Freien Schwimmer“ Charlottenburg, eine Mädchenstaffette (Siegerin Damen-Schwimmerverein Rigdorf in 2 Min. 45¹/₂ Sek.), einen Damenfreikampf (Siegerin Damen-Schwimmerverein Rigdorf mit 20¹/₂ Punkten), Vereinsstaffette (Sieger „Vorwärts“ Rigdorf 5 Min. 47¹/₂ Sek.), einen Reigen des Berliner Schwimmervereins „Freiheit“, einen Vereins-Reinerkampf (1. „Freie Schwimmer“ Charlottenburg mit 98 Punkten, 2. „Freiheit“ 89 Punkte) und ein Kreiswasserballspiel, in dem „Freiheit“ gegen „Vorwärts“ Rigdorf mit 3:2 Toren Sieger wurde. Den Schluß bildete ein Paddelreigen von „Neptun“ Westensee. — Alles in allem war es ein Fest, das zeigte, daß auch der Arbeiter in diesem gesunden Sport vorzügliches leisten kann, und sollte deshalb die Eltern darauf sehen, daß ihre Kinder nur den Vereinen des Arbeiter-Schwimmerbundes zugeführt werden, wie es auch für den erwachsenen Arbeiter beschämend sein müßte, bürgerlichen Schwimmvereinen anzugehören, die durch ihre Zentralfaktion dem Deutschen Schwimmerbunde, dem hurrapatriotischen Jungdeutschland-Bunde angeschlossen sind und somit beitragen zu der geplanten Verblödung unserer Jugend.

Vorort-Nachrichten.

Groß-Lichterfelde.

Eine Vorlage von weittragender Bedeutung für die Entwicklung des örtlichen Ortsteiles kam in der letzten Gemeindevorstandssitzung zur Verabschiedung. Es handelt sich um Uebernahme der Kreisbaukasse zwischen Lankwitz und Teltow, die innerhalb der Lichterfelder Gemeinde als Lankwitz-, Bismard- und Berliner Straße benannt ist. Dieser Straßenzug bildet heute noch den Schreden der Kutscher und Automobilfahrer.

Nach dem Bescheid des Schöffen Dr. Lengner beträgt die Abfindungssumme, die der Kreis an die Gemeinde für Uebernahme der Unterhaltungskosten als einmalige Summe zu zahlen hat, 1 29 000 M. Die Regulierung dieser drei Straßenteile erfordert einen Aufwand von 710 000 M. Eine Verbreiterung der 17 Meter breiten Straße ist nicht geplant, da nach der Auffassung des Gemeindevorstandes diese Breite auch für den zu erwartenden stärkeren Straßenbahnverkehr nach Teltow vollst. genügen würde. Dazu kommt, daß nach dem Gemeindevorstand vorgelegenen Plänen der Eisenbahnbehörde der Vorortverkehr über Lichterfelde-Süd bis Teltow ausgedehnt werden solle und dieser

Umstand dazu beizuge, den Straßenbahnverkehr Lichterfelde-Teltow-Stahnsdorf künftig zu entlasten. Die Straßenbahn soll vom Strahndamm getrennt werden und einen eigenen Bahnläuf erhalten. Der Kreis hat sich jedoch die Benutzung der Straße für seine eigene Bahn vorbehalten und ausgedehnt, daß ihm hier keine Konkurrenz durch die Gemeinde erwachsen dürfe. In der Diskussion wurden wesentliche Ausstellungen an dem Vertrag mit dem Kreis nicht gemacht; seine Annahme erfolgte einhellig.

Auf Veranlassung des Regierungspräsidenten soll eine Normalstundenordnung bei den Gemeindefchulen eingeführt werden; die wöchentlichen Dienststunden betragen danach bei Lehrern bis zum 50. Lebensjahre 12, nach dem 50. Lebensjahre 10; bei Lehrern bis zum 30. Jahre 30, vom 30. bis 40. Jahre 28, bis 50. Jahre 27 und über 50 Jahre 24. Die Annahme dieser Neuordnung erfolgte mit der Aenderung, daß man bei Lehrern über 50 Jahre nicht 24, sondern — 25 Stunden festsetze.

Infolge der Ueberfüllung einer großen Anzahl von Schulklassen in den Gemeindefchulen — zum Teil über 60 Schüler! — ist die Errichtung von neuen Lehrstellen notwendig geworden. Die Klasse für schwachbegabte Kinder in der 3. Gemeindefchule zählt gegenwärtig 33 Schüler bzw. Schülerinnen; die Normalzahl ist 20! Es müssen daher drei Lehrerinnen, ein Lehrer und ein Hilfslehrer angestellt werden. Dem in der Klasse der schwachbegabten Kinder unterrichtenden Lehrer wurde ein besonderer Zuschuß von 250 M. bewilligt.

Die Errichtung eines Versicherungsamtes auf Grund der Reichsversicherungsordnung für den Bezirk Groß-Lichterfelde wurde trotz der Anregung durch das Landratsamt wegen der Höhe der Kosten einstimmig abgelehnt. Die Versicherten haben nun das Vergnügen — vorausgesetzt, daß sie Zeit und Geld genug haben —, in allen wichtigen Angelegenheiten bezüglich des Versicherungswesens sich nach Berlin auf das Landratsamt zu begeben. Steglitz wird im Interesse seiner der Versicherungsspflicht unterliegenden Einwohner ein Versicherungsamt einrichten; Groß-Lichterfelde als „vornehmer Villenort“ hat dazu keine Lust und kein Geld.

Den verheirateten Gemeindeangestellten — nicht Gemeindefarbeitern —, die Kinder und ein Einkommen von weniger als 2000 M. besitzen, erhalten eine einmalige Teuerungszulage von 30 M. Zu diesem Zwecke wurden insgesamt 3000 M. bewilligt.

Rigdorf.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich am Montag mittag gegen 2 Uhr vor dem Hause Kaiser-Friedrichstraße 53. Dort stürzte der Arbeiter Ernst Hinkel, Richardstraße 101 wohnhaft, während der Fahrt vom Bordperron des Anhängewagens 103 der Linie 5. H. blieb neben dem Straßenbahnzug betäubt liegen und wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzt geschafft, der schwere Verletzungen am Hinterkopf feststellte. Nach Anlegung von Rotverwänden konnte der Verunglückte in seine Wohnung geschafft werden.

Schöneberg.

Ein heftiger Brand hat sich am vorgestrigen Nachmittag in dem Hause Neue Winterfeldstr. 9 abgepielt. Nach Meldung einer Korrespondenz hatte der Schlossermeister Schilling mit seiner Frau einige Befolgungen für das kommende Weihnachtsfest gemacht und sein dreijähriges Töchterchen Elisabeth in der Wohnung zurückgelassen. Als das Ehepaar gegen 6 Uhr in die Wohnung zurückkehrte, drang ihnen schon an der Tür scharf, belösender Rauch entgegen. Voll banger Ahnung lief Frau W. in das Wohnzimmer, um nach ihrem Kinde zu sehen. Das Zimmer war völlig mit Rauch erfüllt und die Kleine lag regungslos auf dem Sofa. Ein sofort hinzugerufener Arzt alarmierte die Feuerwehr, die mit dem Sauerstoffapparat heranzückte. Alle Bemühungen waren jedoch vergebens; schon nach kurzer Zeit verstarb das Mädchen. Die Ursache der Rauchvergiftung ist darauf zurückzuführen, daß das Ofenrohr defekt geworden war und die giftigen Gase in das Zimmer eindrangen.

Friedenan.

Ämtliche Wahllegitimationskarten. Zu den Reichstagswahlen wird von der Gemeindeverwaltung jeder Wähler durch eine Postkarte eingeladen, welche am Wahltag als Legitimation dient. Der bis zum 18. Dezember eine solche Karte nicht erhalten hat, steht nicht in der Wählerliste und muß sofort seine Eintragung veranlassen. Die Wählerliste liegt aus bis zum 24. Dezember, Werktag von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends. Der selbst keine Zeit hat die Eintragung zu veranlassen, kann dies durch die Inhaber der durch dazu bestimmte Plakate kenntlich gemachten Lokale besorgen lassen.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Eine verhängnisvolle Schlägerei, bei der der Köpfergehele Hermann Tieg aus der Hauptstr. 9 durch mehrere Messerstiche getötet und acht Personen verletzt wurden, spielte sich gestern nacht in der Kaiserstraße ab. Jeder die Ursache des Vorganges wird unter anderem folgendes berichtet: Während des öffentlichen Tanzes in dem Etablissement Kaiserhof in der Kaiserstraße war es zwischen Zehlendorfer und Teltower jungen Burken mehrerer Mädchen wegen wiederholt zu erregten Auftritten gekommen. Als um 1 Uhr das Lokal geschlossen wurde, entfernten sich sämtliche Besucher in vollster Ruhe. Bald darauf kam es auf der Straße zwischen einigen angetrunkenen jungen Leuten zu einem Wortwechsel. Als dieser in ein Handgemenge auszuarten drohte, versuchten einige andere Personen Frieden zu stiften, und nun entspann sich ein heftiger Kampf, an dem sich schließlich etwa 30 junge Leute beteiligten und bei dem das Messer als Waffe diente. Schon nach wenigen Minuten brach plötzlich einer der Beteiligten, der Köpfergehele Hermann Tieg, blutüberströmt zusammen und verstarb nach wenigen Augenblicken. Der 17jährige Maurergehele Ludwig Rabolla blieb bald darauf schwer verletzt liegen, während eine ganze Anzahl der Streitenden Verletzungen erlitten hatten. Als die Kämpfenden die Entdeckung machten, daß Tieg tot war, ergreifen sie die Flucht. Der bald herbeigerufene Arzt stellte bei Rabolla zwei tiefe Stiche in den Rücken und einen Stich in den rechten Oberschenkel fest und veranlaßte die Ueberführung des M. nach dem Kreiskrankenhaus in Groß-Lichterfelde. Bei Tieg war jede ärztliche Hilfe zu spät, der Arzt konnte nur noch den durch drei Messerstiche in das Herz verursachten Tod feststellen. Die polizeilichen Recherchen nach den Teilnehmern an der Messerschlacht sind bisher erfolglos geblieben. Das Befinden des in das Kreiskrankenhaus in Groß-Lichterfelde eingelieferten Maureres Rabolla hat sich soweit gebessert, daß M. am vorgestrigen Vormittag einem Verhör unterzogen werden konnte. Der Maurer konnte allerdings über die Personen, die ihm die schweren Verletzungen beigebracht oder den Tod des Tieg verschuldet haben, nur ungenaue Angaben machen; er behauptet, daß die Hauptschläger Berliner gewesen seien. Die Leiche des Tieg ist polizeilich beschlagnahmt und nach der Zehlendorfer Leichenhalle überführt worden.

Lankwitz.

Baunfall. Eigenartige Zustände scheinen auf einem Neubau in der Charlotten- Ecke Seydlitzstraße zu herrschen. Nachdem am Dienstag der vergangenen Woche ein Zimmermann abgestürzt war, stürzte am Freitag ein Maurer Raatzsch beim Treppenaufbau herunter. R. fiel auf einen eisernen Träger und verstarb am Sonnabend an den erlittenen Verletzungen. Wie man uns mitteilt, soll am Bau das Abstützen zu wünschen übrig lassen. Der Zimmermann hatte in Ermangelung eines besseren Hilfsmittels Schalbretter genommen und war damit in der dritten Etage durchgebrochen. Sogar der Behörden müßte es sein, den Bau eingehender auf seine Sauborrichtungen zu prüfen.

Zempelhof.

Die Straßenanlagen auf dem Zempelhofer Fesde bildeten den Hauptgegenstand der letzten Gemeindevertretersitzung. Da bei der Bebauung des Zempelhofer Feldes die Bestimmung geltend gemacht ist, den Bau von Hinterhäusern zu vermeiden, wurde die Baufluchtlinie einer Nord-Teilungstraße mit einer Dammbreite von nur 6 Metern festgesetzt. — Auch die Straße 3a, von der Lichterfelder Straße kommend, die als reine Wohnstraße mit Vorgärten gedacht ist, soll nur 7 1/2 Meter Dammbreite erhalten. Selbst die Straße 14, in der auf der östlichen Seite Läden zugelassen werden, auf der westlichen Seite aber die Verwertungsgesellschaft von ihrem Rechte der Ladenbeschränkung Gebrauch macht, soll ebenfalls einen nur 7 1/2 Meter breiten Damm erhalten. Offenbar verfährt die Verwaltung nach dem Grundsatz, möglichst keine breiten Straßen festzusetzen, dort, wo Läden in Betracht kommen, Rosenstreifen anzulegen und die Wohnstraßen mit Vorgärten zu versehen, die aber Eigentum der Gemeinde bleiben. Hierdurch wird die Straßenunterhaltungspflicht wesentlich eingeschränkt. Obendrein hofft die Verwaltung, daß sich die Wohnungen mit Vorgärten leichter vermieten lassen und zur Erhöhung des Mietswerts beitragen. Genosse Schmidt wies darauf hin, daß das finanzielle Moment nicht allzusehr in die Waagschale geworfen werden dürfe. Hier dürften nicht Rücksichten auf Ersparnisse walten, sondern hier müßte für flotten Verkehr Sorge getragen und die Straßen in ihrer vollen Breite ausgenutzt werden. Nebenbei wurde noch auf die unerquicklichen Verhältnisse hingewiesen, die aus diesen Vorgärtenstreifen sich entwickeln werden. Alle Einwendungen waren nicht imstande, den Wunsch der Verwaltung zu Fall zu bringen. Die Stimme des Vorsitzenden gab den Ausschlag. — Von den bereits jetzt in Höhe von etwa 3 Millionen veräußerten Grundstücken sind Gebäudeteile mit 2250 R., Frontbauflächen mit 1800 R. die Aute verkauft worden. — Bei Beratung der Teuerungszulage für die Gemeindeglieder regte Genosse Schmidt an, auch den Unterbeamten mit Rücksicht auf die Teuerung eine einmalige Teuerungszulage von 50 R. zu gewähren. Er glaube, daß sich dann keiner zurücksetzen würde, zumal dann die geringere entlohnten Personen das gleiche bekommen. Das wurde abgelehnt. Folgender Vorschlag: Bureau- und Unterbeamten einschließlich der Techniker 50 R., die auf Privatdienstverträge Angestellten 25—30 R., Frauen und jüngere Arbeiter 25 R. einmalige Teuerungszulage zu gewähren, wurde sodann angenommen. — Am Schluß der Sitzung wurde auf das Zuschütten des Grundstücks aufmerksam gemacht und daran erinnert, die günstige Gelegenheit zur Errichtung eines Schmutzplatzes wahrzunehmen.

Weißensee.

Eine alterne Denunziation leistet sich das „G. m. b. H.-Organ“. In Nr. 189 wurde berichtet, daß die Gewerbetreibenden drauf und dran sind, die Verkaufszeit am Weihnachtsabend bis um 7 Uhr zu verlängern, während dieselbe von der Behörde auf 4 Uhr festgesetzt war. Inzwischen ist es den Gewerbetreibenden gelungen, die Geschäftszeit bis 6 Uhr auszudehnen. Wir ersuchen die Arbeiterschaft, ihre Einkäufe so einzurichten, daß diese um 4 Uhr erledigt sind, damit die vor dem Fest schon genügend geplagten Angestellten am Heiligabend ihre wohlverdiente Ruhe erhalten. Hierin erblickte das „G. m. b. H.-Organ“ eine geschäftliche Schädigung und schreibt: „Die vorstehend gegebene Abmachung an die Arbeiter kommt fast einem Vorkott gleich und hat die Wirkung einer schweren Vereinnächtigung des Geschäfts.“ Das Blatt überfließt mit Absicht, daß eine Aufforderung nicht zu kaufen von uns gar nicht ergangen ist, sondern die Einkäufe sollen im Gegenteil um 4 Uhr erledigt sein und zwar im Interesse der Angestellten, die allerdings von dem Platte mit keiner Silbe erwähnt werden. Dafür verleiht es sich zu folgendem demagogischen Satz: „Die hiesige Arbeiterbevölkerung dürfte doch wohl zu verständlich und intelligent sein, um wissen zu können, daß sie in ihren privaten Angelegenheiten keiner Parteidiktatur unterworfen ist.“ Die hiesige Arbeiterschaft wird jetzt erst recht ihren Klassenossen hinterm Ladentisch die nötige Solidarität erweisen und ihre Einkäufe bis um 4 Uhr erledigen.

Potsdam.

Die Geschäftszeit am Heiligabend. Den Vorstellungen der Kaufmannschaft hat nun zum Nachteil der Angestellten auch der Polizeipräsident von Potsdam Folge gegeben und das Offenhalten der Ladengeschäfte am Heiligabend bis 6 Uhr gestattet. Die ursprüngliche Verordnung, nur bis 4 Uhr Geschäfte offen zu halten, wurde zurückgezogen.

Kowalew.

Feuer brach am Sonnabend früh gegen 8 Uhr im Geschäftslokal des Konsumvereins, Brieserstr. 20, aus und griff mit großer Schnelligkeit um sich. Nur durch rasches Zugreifen einiger Angestellten wurde ein Uebergreifen des Feuers auf das obere Stockwerk verhindert. Als die alarmierte Feuerwehr erschien, war der Brand, der wahrscheinlich durch Funken aus dem angeheizten Kachelofen entstanden war, bereits gelöscht. Die entwidelte Glut war so stark, daß die Rohre der elektrischen Lampen an der Decke schmolzen und die Fensterscheiben zerplatzten. Ausgebrannt ist ein Regal mit alten entbehrlichen Akten und Belegen; ferner wurden einige Tausend

Zigaretten durch Feuer und Rauch unbrauchbar gemacht. Die Geschäftsbücher waren im Gelbschrank verwahrt und blieben daher unverletzt. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. — Das Geschäftslokal liegt infolge des Brandes sofort verlegt werden und befindet sich jetzt Blücherstr. 8, 2 Tr. links.

Spandau.

Ein braver Parteigenosse, Wilhelm Schäfer, ist am Sonnabend an der Proletariertuberkulose verstorben. Der Verstorbene gehörte mit zu den Genossen, die stets wenn der Ruf an sie ertönt, ihre Pflicht erfüllen. Die Parteigenossen werden erucht, dem Toten durch rege Beteiligung an der heute Dienstag, nachmittags 8 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in den Rissen stattfindenden Beerdigung die letzte Ehre zu erweisen.

Feie- und Diskutierklub „Paul Singer“. Nächste Sitzung Mittwoch, den 20. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Karl Best, Comarierstraße 17. Gäste willkommen.

Spandau. Mittwoch, den 20. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant von Kessels, Nibelendorfer Str. 5, ein Liebessabend der Comarier statt. Vortrag eines Arztes über „Vergiftungen“. Hierauf Vortrag über „Die Jenaer Bergbauausstellung“. Gäste haben freien Zutritt.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 17. 12.		am 16. 12.	
	am	16. 12.	am	16. 12.
Remel, Mühl	194 ¹⁾	+7	194 ¹⁾	+7
Regel, Jüterberg	148 ¹⁾	-3	148 ¹⁾	-3
Reichel, Born	—	—	—	—
Der, Ratibor	118	-3	118	-3
Krausen	50	0	50	0
Krausen	72	-2	72	-2
Barthe, Sächsim	16	+4	16	+4
Landesberg	-12	0	-12	0
Rege, Potsdam	-6	0	-6	0
Elbe, Veltmerg	-74	0	-74	0
Preben	-197	-1	-197	-1
Barde	14	-3	14	-3
Raddeburg	20	-1	20	-1
Soale, Großh	42	-8	42	-8
Capel, Spandau ²⁾	40	0	40	0
Nathenow ³⁾	-9	-13	-9	-13
Spree, Spremberg ⁴⁾	82	0	82	0
Bredlow	80	+1	80	+1
Beier, Münden	105	-15	105	-15
Münden	170	0	170	0
Rein, Magdeburg	315	+3	315	+3
Rau	115	+1	115	+1
Rdn	139	-8	139	-8
Redar, Zellbrunn	87	-5	87	-5
Rain, Berthelm	—	—	—	—
Kolof, Trier	—	—	—	—

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall, — ²⁾ Unterpegel, — ³⁾ Eisstand
⁴⁾ Oberhalb der Brücke Eisstand.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 19. Dezember 1911.
Anfang 7 1/2 Uhr.

K. Cyrenhaus, Landhäuser.
K. Schauspielhaus, Der Bettler von Squas.
Deutsches, Offiziere.
Haberland, Spezialitäten.
Zirkus Busch, Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann, Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania, Zaubertrapez 48/49.
Von Meran zum Orler.
Sammerviele, Samurän.
Kurfürstentor, Die lustigen Weiber von Windsor.
Berliner, Die Ahnengalerie.
Vening, Gudrun.
Kamische Cyer, Der Barbier von Sevilla.
Neues Schauspielhaus, Alt-Heidelberg.
Neues, Das Rädel von Montmartre.
Westen, Fatinitza.
Residenz, Ein Walzer von Chopin.
Neues Cyeretten, Die moderne Eva.
Kleines, Lotzchens Geburtstag.
Gent und Janny Elber, Dodekajon.

Schiller O., Die Wildente.
Sa., Charlottenburg, Madame Sans-Gêne.
Friedr., Wildh. Schauspielhaus, Die schöne Kolotte.
Königsgräber Straße, Spielerereien einer Kaiserin.
Rose, Kaufh., Die Nacht von Berlin.
Lustspielhaus, Die Vergnügungsreise.
Trianon, Mein Baby.
Talia, Polnische Witzschott.
Luisen, In Dunkel gehüllt.
Cassio, Der Kampf ums Dasein.
Apollon, Spezialitäten.
Vabagr, Spezialitäten.
Herrnfeld, Schmerzlose Behandlung.
Das Kind der Anna.
Wintergarten, Spezialitäten.
Königsgräber Straße, Stettiner Sänger.
Königsgräber Straße, Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Kolles Caprice, Wandelblüths Polterabend.
Wahalla, Teufel, das hat eingeschlagen!
Noch, Eine Judenfamilie.
Neues Volkstheater, Geographie und Liebe.
Belle-Alliance, Sapsenstreich.
Julius, Der Brandstifter.
Sierawarie, Invalidenstr. 57-62.
Kaiser-Panorama, II. Reise in Polen und Herzoginowa. Die sonstige Platz a. H.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Theater, abends 8 Uhr.
Die Ahnengalerie.
Theater in der Königsgräber Straße, abends 8 Uhr.
Spielerereien einer Kaiserin.
Neues Theater, abends 8 Uhr.
Das Rädel von Montmartre.
Grenette: Fritzl Massary.

Theater des Westens, 8 Uhr: Fatinitza.
Mittwoch und Sonnabend nachm. 4 Uhr: Mag und Moritz.

Schiller-Theater O.

Dienstag, abends 8 Uhr: Die Wildente.
Mittwoch, abends 8 Uhr: König Heinrich.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Zopf und Schwert.

Schiller-Theater

Dienstag, abends 8 Uhr: Madame Sans-Gêne.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Maskerade.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Wildente.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute 8 Uhr: Ein Walzer von Chopin.
Montag u. Dienstag (1. u. 2. Weihnachtsfeiertag) nachm. 3 Uhr: Die Dame von Maxim.
Abends 8 Uhr: Ein Walzer von Chopin.

Belle-Alliance-Theater

Abends 8 1/2 Uhr: Sapsenstreich.
Mittw. 3 Uhr: Dornroschen.
Freitag, 22. Dez. zum erstenmal: Die schöne Kolotte.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: In Dunkel gehüllt.
Mittwoch: Wir tanzen durchs Leben.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr: Faust.

Tragödie v. Volk. v. Goethe. 1. Teil.
Mittwoch nachm. 4 Uhr: Goldhähnchens Himmelfahrt. 8 Uhr: Faust.
Donnerstag: Die größte Liebe.

Metropol-Theater.

Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von W. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. A. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater.

Abends ab 8 Uhr.
Die großen Spezialitäten.
9 Uhr: Harry Walden im Brettsitzig.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Gastspiel Robert Steidl.
Weihnachtsprogramm.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Midgets Town

Hauptstadt von Lilliput
mit ihren 70 Bewohnern
Friedrichstraße 165, in den Räumen von Castans Panoptikum.
Geöffn. von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.
Entree inbegriffen Varieté- und heitere Unterhaltungs-Vorstellungen.
1 Mark.
Zirkus Extra-Entree.

A Mords-Gaudi!
Ober-Bayern Sport-Palast
Potsdamerstr. 72.
Heute Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr abends.
Das neueste: Wenn Du triffst für M. 1.— 3 Flaschen echten Keßler Sekt.



Roads Theater.

Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnentstraße 16.
Gastspiel in Eubers' Nesthäkchen.
Weißensee, Berliner Allee 211:
Eine Judenfamilie
oder: Christ u. Jude unter dem Weihnachtsbaum.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Fracillon.

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Von 10 Uhr an geöffnet.
Nachmittags: Militär-Konzert.
Um 5 1/2 Uhr:
Das Weihnachtsmärchen Schneewittchen
Abends: Das prächtige Eisballett: Alpenzauber
Die kleine Charlotte
Apachentänze — Pushballspiel.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr an halbe Preise.
Restaurant ersten Ranges.

Passage-Theater.

Das große Festprogramm.
Der Triumph der Schönheit!
Lebende Kunstwerke
Claire Waldoff
Der tapfere Herr Ängstlich
Burlak-Sketch mit Georg Kaiser u. W. Goldmann
in den Hauptrollen und 12 Varieté-Sensationen.

Passage-Panoptikum.

Während der Weihnachtsferien vom 17. Dez. bis inkl. 7. Januar:
Volkstage.
Jedermann ein Kind frei.
Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Bei den Feuerfressern.
Lebend! Lebend!
Die wilden Essaus
Karawane sudanesischer Heul- und Faos-Fakire in ihrem Originaldort.
Ohne Extra-Entree.

Boigt-Theater.

Gesundbrunnen Badstraße 68.
Dienstag, den 19. Dezember 1911:
Gastspiel im Wobitzer Wintergarten, früher Artushof, Brieserberger Str. 26
Eine Judenfamilie.
Deig. Charakterbild i. 4 Akte v. Mikani.
Aufführung 7 Uhr. Anf. 6 1/2 Uhr.

Zirkus Busch

Heute, abends 7 1/2 Uhr:
Die Menschen-Affen
Rax und Moritz.
Norman Telma.
Hektor und Lolette, Equilibristen.
Herr Ernst Schumann, Meisterrössuren. Frä. Anna Stennis, Schulleiterin.
Um 9 1/2 Uhr zum 70. Male: Origin.-Ausstattungsstück des Zirkus Busch in 5 Bildern.

U20

Direktion: Willy Cremer.
Alexanderplatz, Unt. d. Linden.
Wedding, Moritzpl. Hasenheide.
Die 5 neuen Elite-Programme.
Unter anderen:
Alexanderplatz
Unter d. Linden
Leo Sapperloter

Union-Theater

Eine lustige Ehescheidung in zwei Akten, dargestellt durch bekannte Berliner Bühnenkünstler, verfaßt u. inszeniert von Sollen-Baeckers.
Moritzplatz
Hasenheide
Der Trust
Ein Ereignis a. d. Börsenleben
Union-Theater
Moritzplatz
Heute, Dienstag, nachm. 3 Uhr:
Letzte große Weihnachts-Kinder-Vorstellung
In den nächsten Tagen:
Boxkampf Johnson-Jeffries.
Durch Beschluß des Oberverwaltungsgerichts freigegeben.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Von Meran zum Orler.

Zirkus A. Schumann

Dienstag, 19. Dezbr., 7 1/2 Uhr:
Reichhaltiges Programm und
Marino.
Die größte Attraktion der Gegenwart!
Ein Auto kommt in schnellstem Tempo in die Manege gefahren.
Marino
stammt selbiges mit 2 Händen hoch. Die Motoren arbeiten mit voller Kraft. Gewicht 1500 Pfund. Marino läßt sich von einem Auto mit 5 Personen überfahren. Ohne Beihilfe. Jeder kann selbst sein Auto bringen.
9 1/2 Uhr:
1000 Jahre
auf dem Meeresgrund
Große Feerie in 5 Bildern nach Motiven aus 1001 Nacht.

Herrnfeld Theater

Noch nie dagewesener Lacherfolg!
Das Kind der Firma
und
Schmerzlose Behandlung.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—8 Uhr.
Vorverkauf! Billets für die Weihnachtsfeierstage sowie für die Silvesterfeierstellung sind schon jetzt zu haben an der Theaterkasse, bei H. Wertheim und im Zuschauerkontor.

Königsstadt-Kasino.

Edelholzmarkt u. Alexanderstraße
vom 16. Dez. bis 1. Januar.
Tägl. 4, 8 Uhr: Das erstklassige Spezialitäten-Programm u. das gr. Goldstück in 2 Bildern
Goldene Träume.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:
Mandelblüths Polterabend.
Vogelassen.
Waffenübung.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 1/2 Uhr
Novität! Novität!
Das Sensations-Cuipiel
Der Kampf ums Dasein!
An beiden Feiertagen 8 1/2 Uhr:
Die Tochter des Sträflings.

Dritter Wahlkreis.

Dienstag, den 19. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludauer Str. 15:

Große Wähler-Versammlung.

„Die bevorstehende Reichstagswahl“.

Referent: Stadtverordneter G. Wolfenbühl.

Sachliches Erörtern, ernstlich

(21/11*)

Der Einberufer.

Fünfter Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 19. Dezember 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Wählerversammlung

in den Musikerkälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.

Tagesordnung:

Die Parteien im Wahlkampf.

Referent: Geschäftsführer Genosse Richard Fischer.

Freie Diskussion.

Das Wahlkomitee. J. A. H. Weise.



**Juwelenhaus
Zimmermann & Co.**
Juweliere
Gold- u. Silberwaren-Fabrik
Uhren-Großhandlung
Berlin SO. Oranienstr. 204, 206, 207
Telephon: Amt 4, Nr. 3549
Empfehlen zum bevorstehenden Weihnachtsfest ihr großes
Lager in Juwelen, Uhren, Gold- und Silber-Waren.
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Neuarbeit im Hause.

△
Geschäfts-
Gründung
1896

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Achtung! Arbeitslosel! Achtung!

Wegen der Weihnachtsfeiertage findet die Auszahlung der Unterstützung wie folgt statt:

Arbeitslose, die am Sonnabend, den 23. Dezember, am Montag, den 25. Dezember, und am Dienstag, den 26. Dezember, Unterstützung zu bekommen haben, erhalten dieselbe am **Sonnabend, den 23. Dezember,**

ausgezahlt und müssen zu diesem Zweck am Freitag, den 22. Dezember ihr Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte im Arbeitsnachweis abgeben. Die Auszahlung erfolgt in der durch Aushang bekanntgegebenen Reihenfolge.

Am Montag, den 25., Dienstag, den 26., und Mittwoch, den 27. Dezember, sowie am Montag, den 1. Januar, bleiben sämtliche Büreaus und Arbeitsnachweise geschlossen.

95/10

Die Ortsverwaltung.

Verein ehemaliger Zöglinge

der Pieschelschen Erziehungsanstalt zu Burg b. Magdeburg, Gruppe Berlin.

Nächste Zusammenkunft: Sonntag, den 7. Januar 1912, von nachmittags 4 Uhr ab, beim Wäldchen, Restaurant Schweitzer, Berlin, N. 17. — Jeder ehemalige Zögling wird in seinem eigenen Interesse herzlich gebeten, sich hierzu einzufinden.

Otto König, Vorsitzender, Bismarckwerder bei Berlin.

Groß-Lichterfelde-Ost — Kranoldplatz. Etablissement Kaiserhof.

Ich empfehle meine neu renovierten Säle zu allen Vergnügen, Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen.

Gr. Vereinszimmer. × Vorzügliche Speisen.
H. Schultheiß-Bier. × Reelle Bedienung.

Hochachtungsvoll

Gustav Kaufholtz.

Großer Pelz-Stola-Verkauf

Eile zu Weile

119 Dresdener Str. 119
(Hochbahnstation Kottbuser Tor)

Eigene Kürschnerei

Nur prima Felle!

Riesenhafte Auswahl!

Sehr billige Preise.

Echt Skunks-Stola

von 25 M. an.

Echt Nerzmurmel-Stola

mit Köpfen u. Schweifen v. 18 M. an.

Alaska Fuchs-Imitation

von 7,50 M. an.

genau auf Spezial-Pelzhaus

Bitte Eile zu Weile

an achten!

119 Dresdener Str. 119.

Jedermann erhält die im Fenster

ausgestellten Gegenstände sofort

für den bezeichneten Preis.

Sonntags geöffnet.

Feine Schneiderei

für elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass

Garantie für tadelloser Sitz

und beste Verarbeitung. Auf

Teilzahlung

Wochenrate von 1 M. an

J. Kurzberg

Rosenthaler Strasse 40

direkt am Hackeschen Markt

Frankfurter Allee 104

Ecke Friedenstrasse.

Kein Waren-Kredit



Réunion-Cigaretten

Für die Qualität der Fabrikate bürgt der Name „Réunion“



Spezialmarken:
Vivato 8b 2 Pfg.
Lookout 3 -
Flagship 4 -
Vivato-Crème 5 -

Moebel-Boebel

Berlin S. Oranienstr. 58

Kauf-Laden! Verkauf nur 1. Fabrikgeb.

Nebsteh. Schlafzimmer 304.-

1 Appretierbank m. Spiegel M. 107.-

1 Bettstellen 2 2 M. M. 104.-

1 Waschtisch mit Marmor M. 25.-

1 Kuchentisch M. 20.-

1 Nachtschub M. 20.-

1 Stühle 2 0 M. M. 12.-

Umbau 2222 M. 55.-



Eigene Werkstätten 5 Jahre Garantie Beachtung erhalten

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wacht, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Gelegenheitsverkauf! SoLene

Schlafdecken

St. 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁰⁰ M.

Pferdedecken!

St. 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁵⁰ M.

Qualitätliche Reisedecken

schwere

St. 4⁷⁵, 6⁷⁵, 9⁷⁵ bis 86 M.

für diese

Fries Portieren

alle Farben.

Meter 1.75, 2.50 bis 4.50.

Abges. Preisermäßigung 2.25-3 M.

Verkauft unter Nachnahme.

Emil Lefèvre

Berlin S., Oranienstr. 158.

Extraliste u. Katalog

enorm billiger Geschenkartikel.

1600 Abbild. gratis und franko.

Von den unbestritten größten Lagerbeständen gelangend. Besten u. ca.

1000 Teppichen

in allen Größen und Qualitäten, bestehend aus einzelnen Muster-Teppichen, 5 zur Hälfte des sonstigen regulären Preises, welches herabgesetzt, in einem besonderen Lagerraum der Engros-Abteilung des Teppichfabrikators Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 5, Hof links 1 Treppe, nachmittags u. 2-7 Uhr zum Verkauf. An den Sonntagen vor Weihnachten geöffnet.

Gegründet 1864



Pelz-waren.
Engros-Export.
S. Schlesinger,
Neue Königstr. 21.
Ordnungsbüro
Kein Laden!
II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu
billigsten Preisen
Pelz-Stolas
Muffen
Chick garnierte
Damenpelzhüte
federleicht
Reparaturen sauber und billig.
Sonntag geöffnet.
Bitte genau auf Hausnummer
21 zu achten.

Auf Teilzahlung

wöchentlich nur 1 Mark



Grammophone, Pathephone,

achte Menzenhauer Zithern, Geigen,

Mandolinen, Gitarren, Handharmonikas

M. Jahres Musik-Spezialgeschäfte:

1. Geschäft: Brunnenstr. 117

2. " Reinickendorfer Str. 107

3. " Moabit, Gotzkowskystr. 21

4. " Woldenberger Str. 2

Wenn nicht im geteilt, auf

meine Rollen geg. Nachr. retour

Weltplatz für Raucherware, frische

Welpplatz Heringe, nicht Swinemünde.

Preis vom 3 fette Aale

ger. Kiste 45 kl. Fettbücklinge, Stk.

11 Rauchlachs, ger Schellfisch,

St. Rottmops, Quas 40 Heringe,

Milchsauc, Lachsbrüchl., Gelbe-

her, u. Brathering, Alle 5 Packere

Sorlen zusammen 2,95 M.

L. Napp, Hiltens-Clenten 62.

Zigarren- W. Herbst

Fabriken

gegr. 1862 - Tel.: IV, 8873.

Berlin SW., Ritterstr. 83

Erstklassige Ware. Zigarren-

händlerern bestens empfohlen.

Tariffreie.

H. Pfau, Bandagist

Berlin Direksenstraße 20

am alten Bahnhof Alexanderplatz und

Goltschtrichweg - Kant VII, 8908.

Für Damen Frauen-Bedienung.

* Referent für alle Krankentafeln

Karl May und Lebius.

Ein tragikomisches Schauspiel bot die Verhandlung, die sich am Montag vor dem Landgericht III abspielte. Der fassbar bekannte Führer der Gelben, Herr Lebius, war von Herrn Karl May, dem bekannten Verfasser vielgelesener Reiseromane, wegen Verleumdung verklagt worden, weil Lebius ihn einen „geborenen Verbrecher“ genannt und ihm literarische Hochstaperei vorgeworfen hatte. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß Karl May, jetzt ein hoher Sechziger, in den Jahren 1864 bis 1868 wegen Diebstahls, Betruges usw. zu schweren Strafen verurteilt worden ist. Der ehemalige Buchhändler hat sich dann auf die literarische Tätigkeit geworfen. Nachdem er erst didaktische Schmäler im reinsten Kolportagestil geschrieben hatte, die freilich auch schon von einer geradezu hypertrophischen Phantasie zeugten, fand er später seine eigene literarische Domäne: den Reize- und Abenteuer-Roman. Karl May hat während dieser produktivsten Zeit seiner schriftstellerischen Tätigkeit einige dreißig starke Bände geschrieben, die, was immer vom ästhetischen und pädagogischen Standpunkt gegen sie eingewendet werden mag, jedenfalls von einer ganz ungewöhnlichen Phantasie und verblüffenden Erfindungs-gabe Zeugnis ablegen. Nicht nur in der Jugend fand Karl May begeisterte und fanatische Verehrer, sondern auch viele Erwachsene, selbst Gymnasiallehrer und -Direktoren sollten dem phantastischen Erzähler enthusiastische Bewunderung.

May schuf sich eine eigene Technik für seine Reiseromane, die Jch-Erzählung. Die unglaublichen Erlebnisse und die fabelhaftesten Heldentaten schrieb er sich selbst zu. Was er auf seinen Reisen in allen Erdteilen, auf der amerikanischen Prärie, in den Steppen Transbaals, im Lande des Rabbi, in China usw. erlebt haben wollte, zeugte von so un menschlicher Pravaot und trug den Stempel phantastischer Erfindung so deutlich an der Stirn, daß es geradezu rätselhaft ist, wie erwachsene Menschen diese Jch-Erzählungen als wirkliche Erlebnisse betrachten konnten. Ueberdies doch ein Zehntel dessen, was Karl May an Pravaotaten geleistet haben wollte, die Heldentaten aller Helden des Naffischen und nachklassischen Altertums zusammengenommen. Und doch wurde das Unbegreifliche zur Wahrheit: Es gab erwachsene Menschen, die faktisch die phantastischen Erfindungen dieses modernen Münchshausen für persönliche Erlebnisse Karl Mays hielten, und zwar Leute, die hohe akademische Grade besaßen und sich in angesehenen Stellungen befanden. Karl May nutzte diese groteske Leichtgläubigkeit nach Kräften aus. Er stattete sein Heim mit allerlei Trophäen aus, die er als Erinnerungsstücke von seinen abenteuerlichen Fahrten mitgebracht haben wollte. Er ließ sich als Trapper photographieren, sandte von allen möglichen Punkten der Welt aus — durch Reisebureau's läßt sich das ja leicht machen — Postkarten an gefällige Redaktionen, und was dergleichen Eulenspiegelereien mehr waren. Und da Karl May, der Protestant war, in seinen Reiseromanen eine katholischere religiöse Tendenz mehr oder minder aufdringlich hervorkehrte, fand er namentlich in der ultramontanen Presse alle erdenkliche Unterstützung und Reflamme.

Das ging so lange gut, bis schließlich ein ultramontaner Schriftsteller, der ehemalige Chefredakteur der Naffischen Volkszeitung, Carbauns, die Münchshausen Karl Mays unter die Lupe nahm und diesen ehemals so gefeierten Jugendschriftsteller als Aufschneider, Plagiator und Vergifter der reißbaren jugendlichen Phantasie belämpfte. Nichts als dieser Kampf um gegen das literarische Renommee und die Popularität Karl Mays, so packte Lebius, der nunmehr als Schürmer der Jugend auf die Bühne trat, die Geschichte in seiner Weise ganz anders an. Als in einem Prozeß des Lebius gegen den „Vorwärts“ der angeklagte Vorwärtsredakteur zur Beleuchtung des Charakters des Klägers sich auch darauf berief, daß Lebius sich eine Zeitlang mit den glühendsten Elogen an Karl May herangedrängt und sich ihm als literarischen Anreißer angeboten, dann jedoch, als May ihm die gewünschten materiellen Gegenleistungen abgeschlagen, sich in einer unerbittlichen Gegner des ehemals umschmeichelten verwandelt habe, nahm Lebius nun erst recht den Vernichtungskampf gegen Karl May auf. Er durchforschte sein Vorleben, erwiderte die Vorstrafen und warf nunmehr dem ehemaligen Gegenstand seiner Bewunderung vor, daß er nicht nur als „geborener Verbrecher“ in seiner Jugend Räuberhauptmann und Buchhändler, sondern auch während seiner ganzen literarischen Tätigkeit Verräter und Hochstapler gewesen sei. Aus dem Prozeßbericht erfahren ja die Leser das Nähere über diese Angriffe des Lebius.

Es ist ein tragisches Geschick, daß den so „berühmten“ und durch seine überaus verbreiteten Erzählungen zum begüterten Manne gewordenen Autor an seinem Lebensabend ereilt hat. May hat ja seine Jugendstrafen zugeben müssen, wenn er auch bestritt, die ihm von Lebius zugeschriebene romantische Verbrechergeschichte hinter sich zu haben. Trotzdem wird man dem Manne ein gewisses Mitleid nicht versagen können. Sicher muß bei der Beurteilung Mays ein gewisses pathologisches Moment in Rücksicht gezogen werden. Die krankhaft wuchernde Phantasie Mays mag neben äußeren Einflüssen die Ursache seiner Jugendvergeßense gewesen sein. Und dieselbe wuchernde Phantasie findet sich auch in all seinen Schriften. Karl May dürfte ein dankbares Objekt für den Psychologen und Psychopathen sein, denn seine ganze, und zwar auch literarische Persönlichkeit bildet einen eigenartigen Beitrag zu dem Kapitel Genie und Verstand. Mit Recht nannte der Vorstehende den Schriftsteller einen Dichter. Ein Stück Dichtung steht unbedingt in seinen Werken, trotz aller Plagiate, trotz aller kranken Räuberromanen, trotz der primitiven Psychologie seiner Gestalten, trotz der Spekulation auf die Instinkte jugendlich unreifer Gemüter, trotz der raffiniert hervorgeführten frömmelnden Tendenz. Gätte der Mann nicht unter dem bösen Stern seiner Jugendverirrungen gestanden, hätte er seine Phantasie jügelnd und seine erstaunliche Erfindungs-gabe künstlerischen Zwecken dienstbar machen gelernt, so würde ihn die Literaturgeschichte, für die er jetzt nur ein Kuriosum bildet, vielleicht mit Respekt genannt haben.

Auch scheint es uns ungerecht, den Mann einfach als gerissenen Hochstapler zu behandeln. Karl May hat sich offenbar derart in seine Rolle hineingelebt, daß sich für ihn die Grenzen zwischen Wahrheit und Phantasie völlig verwischt haben. Dazu kommt, daß er gerade in den letzten Jahren bemüht gewesen ist, ernsthaft zu nehmende religions-philosophische Bücher zu schreiben — ein Vermögen, dem freilich kein Vollbringen beschieden gewesen ist. Durch die grauen mistschen Nebel zuckt immerhin das Ethos des drangvoll Ringenden. Besonders tragikomisch aber ist es, daß Karl May zur Strafe gebracht werden sollte von einem Manne wie Lebius, über dessen Persönlichkeit, die keineswegs ein psychologisches Rätsel bildet, wie die Karl Mays, längst die Akten geschlossen sind.

Nach den Prozeß-Verichten soll Lebius behauptet haben, daß Karl Mays geschiedene Frau, eine Frau Pollmer, trotzdem sie

Spiritistin sei, Mitarbeiterin am „Vorwärts“ gewesen wäre. Selbstverständlich ist davon kein Wort wahr.

Der Prozeßbericht.

Die schon so lange schwebende Privatklage des Schriftstellers Karl May gegen den Führer der „gelben“ Gewerkschaften, den bekannten Rudolf Lebius, beschäftigte gestern in zweiter Instanz die 4. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ehre. Dem Privatkläger Karl May, der persönlich erschienen ist, stehen Justizrat Dr. Sells-Berlin und Rechtsanwalt Kettke-Dresden zur Seite, der Angeklagte wird von Rechtsanwält Brederes verteidigt. Lebius hatte in dem von ihm redigierten gelben „Bund“ außerordentlich schwere Vorwürfe gegen Karl May erhoben und ihm u. a. vorgeworfen, daß er vor langen Jahren eine langjährige Buchhändlerstrafe erlitten und seinerzeit eine Art Räuberleben geführt habe. Bei der letzten Privatklage handelt es sich um einen Brief, den Lebius an die Kammerfängerin Fräulein v. Scheidt in Weimar geschrieben hat. Darin wird u. a. gesagt, Karl May sei „ein geborener Verbrecher“. Durch diese Bemerkung fühlt sich Karl May beleidigt und hat die Privatklage angestrengt. Diese hatte bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht ein eigentümliches Schicksal: Nach längerer Verhandlung zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Der Vorsitzende verkündete sodann: Der Angeklagte wird zu 15 Mk. Geldstrafe . . . Hier unterbrach damals der Verteidiger den Vorsitzenden und wies darauf hin, daß er ja noch gar nicht zur Sache plädiert habe. Es folgten dann längere Ausführungen des Verteidigers, worauf sich der Gerichtshof noch einmal zur Beratung zurückzog und dann der Vorsitzende ein auf Freisprechung lautendes Urteil verkündete. Hiergegen hat der Privatkläger Berufung eingelegt.

Vor Eintritt in die Verhandlung regte Landgerichtsdirektor Ehre an, ob es nicht möglich sei, die Streitart zu begraben. — Lebius erklärte, daß ein Vergleich ihm unmöglich sei. Seine Organisation verlange, daß er keinen Vergleich schließe. — Der Vorsitzende weist den Privatkläger auch noch darauf hin, daß er bei verschiedenen Gelegenheiten betont habe, daß er ein gläubiger Christ und Gott ergebener Mann sei und ein christliches Gebot laute: „Liebet eure Feinde, tut wohl denen, die euch verfolgen.“ — Karl May: Damit kann aber nicht gesagt sein, daß nun alle Welt nach Belieben auf mich los schlagen dürfe. Ich muß mich dagegen verteidigen, sonst wäre ich nicht ein Christ, sondern ein Lump! — Die Vergleichsverhandlungen scheiterten hiernach und der Vorsitzende eröffnete nunmehr die Verhandlung.

Ueber die Art, wie das schöffengerichtliche Urteil zustande gekommen, wurden zunächst der damals in Charlottenburg als Vorsitzender fungierende Landgerichtsrat Wessel und Assistent Moldenbauer vernommen. Nach ihrer Meinung ist das Urteil damals noch nicht vollständig verkündet gewesen, als Rechtsanwalt Brederes den Vorsitzenden unterbrach und dann sein Plädoyer hielt und die Widerklage begründete. — Rechtsanwält Kettke und Justizrat Dr. Sells halten dagegen durch das Gerichtsprotokoll für nachgewiesen, daß das auf 15 Mk. lautende Urteil schon rechtskräftig verkündet worden sei. — Angell. Lebius hat sich zum Wahrheitsbeweise bereit erklärt, der sich in folgenden Richtungen bewegt: Er beruft sich auf die Vorstrafen, die May wirklich erlitten, ferner auf Strafzinsen, die er begangen hat, ohne gerichtlich bestraft worden zu sein. Weitere Anträge beziehen sich auf den Beweis einer pathologischen Lügenhaftigkeit des May, auf die Tatsache, daß er sich für katholisch ausgegeben, während er evangelisch sei, daß er zu gleicher Zeit auf der einen Seite unzüchtige Schriften, auf der andern Seite fromme Schriften verfaßt habe, daß er in seinen Schriften erdichtete Sachen als eigene Erlebnisse hinstelle, daß er die Länder, die er ausführlich beschrieb, niemals mit Augen gesehen habe, daß er ein schriftstellerischer Plagiator sei, daß er sich in seiner Ehecheidung verbrochenisch benommen und durch spiritistische Tricks seine Frau beschwändelt, daß er noch vor etwa zehn Jahren, neuerdings noch diebstahlische Gelüste befehle usw. May habe eine sehr gefährliche Waffe in der Hand: er verfügt über eine Anzahl von Zeugen, die alles bezeugen, was er wünsche, um ihn (Lebius) zu blamieren in der Öffentlichkeit und sich an ihm zu rächen. May sei ein Pferdedieb, er führt den Dokortitel von einer freien amerikanischen Akademie, die aus einem Barbier und einer Hebamme bestehe. In einem Brief an den Verlagsbuchhändler Langenscheid erklärt er selbst: was er geschrieben, seien nicht Phantasiegebilde, sondern eigene Erlebnisse. —

Präs.: Da wird dann wohl der Einwand der „inneren Erlebnisse“ gemacht werden können.

Lebius behauptet weiter: May sei wegen Einbruchdiebstahls in einen Uhrenladen zu Buchhaus verurteilt worden. May habe seinerzeit unzüchtige Kolportageschriften für Münchshausen in Dresden geschrieben. Er habe sich als Vielspracher hingestellt und gesagt, daß er sogar chinesisch und arabisch verstehet, er habe sogar behauptet, daß er Schriften im Indianerdialekt überseht habe, während es doch gar kein Schriftwort im Indianerdialekt gebe. —

Karl May überreicht demgegenüber einen Katalog, aus dem sich sofort ergebe, daß die letztere Behauptung falsch sei. Er selbst habe nur gesagt, daß er die Sprachen, soweit er sie für seine Bücher brauche, beherrsche. — R. A. Kettke verwahrt sich dagegen, daß der Angeklagte hier allerlei Nichtigkeiten vorbringe. Er frage den Angeklagten, ob er alle diese Dinge geprüft oder die Behauptungen nur auf Grund der Angaben einer Frau aufstelle, die ihm gesagt habe, sie glaube alles, was ihre Karten verkünden. Was der Angeklagte hier vorbringe, sei ein Gemisch von Dichtung und Wahrheit und erst der hundertste Teil sei wahr. —

R. A. Brederes: Wir berufen uns auf die uns vorliegenden Urteile der Gerichte und auf eine große Zahl von Zeugen. Pastor Laube in Hohenstein habe alles bestätigt, was über die verbrecherische Tätigkeit des Herrn May behauptet worden sei. Wir behaupten: Herr May sei etwa so zu beurteilen, wie sich Lamproso über den Tappus eines angeborenen Verbrechers ausdrückt habe.

Auf weiteren Vorhalt des R. A. Kettke erklärt Lebius weiter, daß er nicht Nichtig vorbringe und gibt eine Reihe von Zeugen an, bei denen er sich über das Vorleben Mays eingehend informiert habe. Auf Grund dieser Informationen bringt er noch eine ganze Reihe spezifizierter Anschuldigungen gegen den Privatkläger vor. Unter anderem behauptet er, daß May seine Villa mit blutgesiedeten Schlops angeblich von ihm geleiteter Indianer ausstaffiert sei, daß er dort eine silberne Platte bewahre, mit der er Hunderte von Indianern niedergeschossen haben will, während er nach Auskunft seiner geschiedenen Frau bis zum Jahre 1900 überhaupt nicht aus Sachsen herausgekommen sei. Er zeige den May-Freunden in seiner Villa die Stalpe und die silberne Platte und ganze Stöße von Fürstentiteln, die angeblich eigenhändige Widmungen der fürstlichen Persönlichkeiten enthalten sollen, während die Unterschriften, wie er behauptet, von May selbst herrühren.

Die Rechtsanwält Justizrat Dr. Sells und Kettke verwahren sich wiederholt nachdrücklich dagegen, daß der Angeklagte, anstatt sich auf die Beantwortung der Frage, wie er zu seinen Beschuldigungen gekommen, zu beschränken, die Gelegenheit benutze, um aufs neue eine ganze Flut neuer Anschuldigungen gegen den Privatkläger loszulassen.

Vorl.: Der Privatkläger gibt, was sein Vorleben betrifft, ja wohl zu, decimale Vorbestrafung zu sein? Karl May: Doch ich bestrafe bin, habe ich nie gelungenet. Das liegt alles weit, weit zurück, es hat sich alles ganz anders zugezogen, wie behauptet wird. Vorl.: Sie geben folgende drei Strafen zu: In Chemnitz 1862 wegen Diebstahls zu 8 Wochen Gefängnis, 1865 in Leipzig wegen qualifizierten Betruges zu 4 Jahren 1 Monat Arbeitshaus, wo sie 1868 begnadigt wurden, endlich zu Wittweida wegen Diebstahls und Betruges zu 4 Jahren Zuchthaus?

May: Das ist richtig; alles andere ist erfunden. Ich sei nie eingekerkert, ein Räuberleben zu führen. Was die Hausen von Wriesen betrifft, die er in seiner Behausung bewahre, so seien diese durchaus echt und es seien allerdings Briefe von Fürstlichkeiten darunter.

Der Vorsitzende beschränkt die Beweisaufnahme zunächst auf die Frage, ob dem Angeklagten der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zuzubilligen sei.

Die Zeugin Fräulein v. Scheidt läßt sich des längeren über die Umstände aus, unter den Lebius an sie den Brief mit dem inkriminierten Ausdruck „geborener Verbrecher“ geschrieben hat. Sie hat den Brief an May ausgeliefert.

Die geschiedene Frau des Privatklägers May, die sich jetzt nach ihrem Mädchennamen Frau Pollmer nennt und in Weimar wohnt, läßt sich auf Vorhalt des längeren über ihre Ehecheidung aus. Sie bestätigt, daß sie Herrn Lebius, als er zu ihr gekommen sei, um sich über die Verhältnisse zu orientieren, gesagt habe: in dem Ehecheidungprozeß sei es nicht mit richtigen Dingen zugegangen. Es sei ihr gedroht worden, daß sie eine Verbrecherin sei und ins Zuchthaus komme, sie werde dem Staatsanwalt überwiesen werden. So sei sie durch Drohungen eingeschüchtert und dadurch verhindert worden, in der Ehecheidung ihre Rechte in der gehörigen Weise wahrzunehmen. Das habe sie alles dem Lebius erzählt. Es seien auch spiritistische Dinge vorgekommen. An einem Abend sei sie mit ihrem Manne allein gewesen und als sie ihn fragte, was denn nun eigentlich geschehen solle, habe May ihr geantwortet: er mache die Trennung von dem Ergebnis einer spiritistischen Sitzung abhängig. Herr Lebius habe ihr zugeredet, etwas über ihre Erlebnisse mit ihrem Ehemanne zu veröffentlichen, sie habe es aber abgelehnt und ihm gesagt, daß er dies nicht dürfe, sonst würde sie die ihr von May bewilligte Rente von jährlich 3000 Mk. verlieren. Wichtig sei es, daß, als Lebius in Weimar zu ihr kam, sie ihm gesagt habe: „Sie kommen mir wie ein Vögel des Himmels; ich habe mir eben die Karten gelegt und diese haben mir gesagt, daß ein blonder Mann zu mir kommen und mit meiner Not hilfreich zur Seite stehen werde.“ Sie habe dann, als die Veröffentlichungen des Lebius erschienen, ihre Rente verloren. Sie sei im Jahre 1908 geschieden und als schuldiger Teil erklärt worden, doch sei damals ein Vertrag mit der jetzigen Frau des Karl May, die früher seine Sekretärin gewesen, zustande gekommen, wonach ihr die Rente gezahlt wurde. Als ihr letztere entzogen wurde, sei sie nach Berlin gefahren und habe Lebius nun ihre Not geklagt. Dieser habe sie unterjocht und ihr seit dem Januar eine regelmäßige monatliche Unterstüßung zuteil werden lassen. Lebius habe auch ihre Prozesse gegen May geführt. Auf Befragen bekundet die Zeugin, daß es nicht wahr sei, wie behauptet werde, ihr sei zugemutet worden, zugunsten des May auszusagen, um dadurch ihre Rente wiederzuerhalten.

Ueber die ehelichen und die damit im Zusammenhange stehenden Verhältnisse, die für diese Strafsache Interesse haben, läßt sich in sehr temperamentvoller Weise die Zeugin verwitwete Baumeister Wittke aus, die die geschiedene Frau May und den Privatkläger seit langen Jahren kennt und sich der Frau in ihrer Notlage angenommen hat. Es kommt bei dieser Zeugenbefragung wiederholt zu äußerst lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dieser Zeugin und Karl May.

Hierauf wird Rechtsanwält Brederes ersucht, seine etwaigen Beweisanträge zu präzisieren.

Der Verteidiger beantragt, den Beweis zu erheben, daß dieselbe Meinung wie der Angeklagte über den Privatkläger May auch der Staatsanwalt Wulffen gehabt hat, der in seinem bekanntem Werk „Psychologie des Verbrechens“ gerade Herrn May als „geborenen Verbrecher“ behandelt habe. Staatsanwalt Wulffen habe Herrn May als Typus des geborenen Verbrechers hingestellt, Staatsanwalt Wulffen habe diese Uebersetzung auf Grund der Akten, die ihm bekannt geworden, gewonnen.

Rechtsanwalt Kettke bestreitet, daß alles, was Herr Wulffen in seinem Werke über May behauptet, in den Akten liege.

Karl May: Was Herr Wulffen über mich schreibt, ist mir egal. Ich habe ihm geantwortet, daß ich ihn nicht für einen Kriminalpsychologen halte. Staatsanwalt Wulffen hat mir sehr höflich geantwortet.

Rechtsanwalt Brederes: Schon das Urteil, durch welches May zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ergebe, daß May ein geborener Verbrecher sei. Daraus werde sich ergeben, daß May es sehr gut verstanden habe, allerlei Waren nach Häusern mit zwei Ausgängen kommen zu lassen und nach Entgegennahme der Waren zu verschwinden, daß er ein Bauer, zu dem er in der Wüste eines Polizisten gekommen, angeblich um nach solchem Gelde zu sohnben, sein Geld abgenommen habe, daß er einen Einbruch in einen Uhrenladen ausgeführt habe.

May: Es ist doch unerhört! Ich habe nie einen Einbruch ausgeführt, niemals in einen Uhrenladen!

Rechtsanwalt Kettke: Es handelt sich doch überhaupt um lange zurückliegende Jugendünden, ich bitte doch, dem alten Manne solche Duldereien zu ersparen!

Weitere Beweisanträge des Verteidigers gehen dahin: die Eltern des Privatklägers seien Kleptomane gewesen; wenn die Mutter, die Hebamme war, zu den Reuten geholt worden, dann hätten die betreffenden Leute silberne Büffel und andere Wertgegenstände mitgenommen. Pastor Laube werde bekunden, daß May selbst schon als Schüler lange Finger gemacht.

May: Wenn das wahr wäre, würde ich wohl niemals in ein Seminar aufgenommen worden sein. Pastor Laube ist ein 80 Jahre alter Mann, der schon etwas schwach sei.

In bezug auf die behaupteten, durch May begangenen Diebstahlsfälle wird auf Leipziger Polizeialten, in bezug auf begangene Pferdediebstahle auf Gerichtsakten von Wittweida, in Sachen der Räubertätigkeit auf das Zeugnis des Pastors Laube zu Hohenstein-Rüschthal Bezug genommen. Er werde bekunden, daß sich May mit dem Verbrecher Kriegel in einem ergebirgischen Walde herumgetrieben und Frauen, die vom Markt heimkehrten, wo sie Eier und andre Produkte verkauft hatten, beraubten. Diese Räubereien hätten einen solchen Umfang angenommen, daß man Feuerwehre und Turnverein aufgeboden und eine lebendige Schutzmauer um den Wald gezogen habe, um die Räuber zu fangen. May habe sich seiner Festnahme sehr sinnig entzogen, er habe aus seinen Kleiderverordnen, die in einer Höhle aufbewahrt worden, die Uniform eines Gefangenen-auffehers entnommen und angezogen, dem Kriegel die Hände auf dem Rücken gebunden und sei mit ihm auf diese Weise unbefellig durch den Wald gekommen.

Rechtsanwalt Kettke: Der Pferdediebstahl wird zugegeben, das Räuberleben wird bestritten.

May: Die Sache erledigt sich schon dadurch, daß ich zu der Zeit, wo ich die Räubereien mit Kriegel begangen haben soll, gefesselt habe. Auch die ganze örtliche Situation zeige, daß die Behauptung geradezu lächerlich sei. Der ganze Wald, um den es sich handle, sei in zwei bis drei Minuten zu durchqueren und in diesem Walde sollen zwei Räuber in einer Höhle ein ganzes Lager von Kleidern und dergleichen aufbewahrt haben und doch recht „hellen“ Sachen, die mit Feuerwehrmännern, Turnern und Schützen den Wald umstellt hätten, sollte es nicht gelungen sein, die Räuber zu erwischen! Wenn die Sachen zur Zeit eines Schinderhannes sich abgepielt haben würden, könnte man es vielleicht glauben.

Rechtsanwalt Brederes: Wir bitten, statt dieser allgemeinen Bemerkungen doch endlich mal um eine Aufklärung des Privatklägers, warum er denn zu 4 Jahren Arbeitshaus verurteilt worden ist? Darüber schweigt er sich vollständig aus und die Akten sind nicht mehr vorhanden.

Weitere Beweisanträge beziehen sich darauf, daß May katholische fromme und zugleich unzüchtige Schriften verfaßt habe, daß er den Dokortitel zu Unrecht geführt und sich selbst in Kürschners Literaturkalender als „Doktor“ bezeichnet, daß er seine erste Frau

durch Drohungen und spiritistische Tricks gewissermaßen hinterhältig zur Ehescheidung bestimmt habe, daß in einem erschienenen Buche „Was als Erzähler“ der größte Teil der darin abgedruckten Briefe „dankbarer Mann-Leser“ von May selbst verfaßt und geschildert worden seien. In diesem Buche werde May als eine Art Heiland, Messias, Göttermenschen, geistiger Führer usw. geschildert. — In allen diesen Entwürfen werden vom Privatkläger und seinen Anwälten in jedem einzelnen Fall Gegenanträge gestellt, die die Unwahrheit der aufgestellten Behauptungen darzutun sollen.

Der Gerichtshof beschloß, alle Verweisanträge und Gegenanträge abzulehnen und nur das Erkenntnis in der May'schen Ehescheidung zur Verlesung zu bringen und die geschiedene Frau und die Frau Weidlich darüber zu vernahmen, was über die Ehescheidungsaffäre dem Angeklagten Lebins mitgeteilt worden ist.

Aus den Ehescheidungsakten ergibt sich, daß die Ehescheidung erfolgt ist, weil die Frau ihrem Ehemann nach und nach große Geldsummen heimlich entwendet habe — die Frau bestreitet jetzt solche Diebstähle ganz entschieden — und weil sie ihren Ehemann mit entehrenden Schimpfwörtern vermisst habe. — Die sodann nochmals vernommene Frau Weidlich erzählt noch einmal alle Vorgänge, die ihrer Ehescheidung vorausgegangen und sich während der ganzen Affäre abgespielt haben. Sie will durch allerlei schlaue Manipulationen ihres Mannes und seiner jetzigen Ehefrau bedrängt und bedroht und schließlich durch die Ehescheidung selbst überumpelt worden sein. Nach der Darstellung dieser Zeugnis hat sie dem Angeklagten nur die nach ihrer Ansicht wahren Tatsachen über ihre Ehescheidungsaffäre mitgeteilt und dieser habe im ganzen nur das in seinen Artikeln wiedergegeben, was sie ihm erzählt habe.

Justizrat Dr. Sells verweist demgegenüber auf eine damit ganz im Widerspruch stehende Erklärung, die die Zeugin in einer Verhandlung mit dem Rechtsanwalt Kette zu Protokoll gegeben habe. Darin habe sie erklärt, daß die vom Angeklagten im „Vorbild“ veröffentlichten Enthüllungen Unwahrheiten und Lügen seien. — Nach längeren Auseinandersetzungen zwischen den Parteien untereinander und mit der Zeugin, erklärt die letztere, daß sie diese Erklärung nur abgegeben habe, da sie Rat und Hunger litt und auf diese Weise gern wieder in den Besitz der Rente kommen wollte.

Rechtsanwalt Kette erklärt noch, daß Lebins gegen May nur deshalb so scharf vorgehe, weil letzterer dem „Vorbild“ in einem gegen diesen angelegten Prozesse als Zeuge genannt worden sei. — Die Verweisanträge sind hierauf geschlossen.

Justizrat Dr. Sells vertritt den Standpunkt, daß die Strafammer noch nicht zuständig sei, da zwei sich völlig widersprechende Urteile des Schöffengerichts, d. h. also kein Urteil vorliege, welches verwertbar sei. Nach Hinweis des Protokolls des Charlottenburger Schöffengerichts sei das auf 15 M. Geldstrafe lautende Urteil schon eine verurteilende gewesen. Bei dieser Sachlage müsse das Schöffengericht zunächst noch einmal mit der Sache befaßt werden. Zur Sache selbst bestreitet Justizrat Dr. Sells, daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zugeworfen sei. Er sei unredlich, unbillig, grausam und leichtfertig vorgegangen, es sei ihm nicht um die objektive Feststellung der Wahrheit zu tun gewesen, sondern um die Ausnutzung wertlosen Materials zur Bekämpfung eines verhassten Gegners. Lebins habe die Vertrauensseligkeit einer verlassenen Frau, die er aufgesucht und ausgebeutet habe, arg mißbraucht. Betont müsse noch werden: dadurch, daß Herr Lebins gewisse Behauptungen gegen den Privatkläger aufgestellt hat, sind diese Behauptungen noch nicht als wahr erwiesen; sie sind bisher beweislos geblieben und können nach keiner Richtung hin gegen den Privatkläger in das Feld geführt werden. Wichtig ist lediglich, daß der Privatkläger, der sich nach schweren Schicksalsschlägen zu einer hochachtbaren Position emporgearbeitet, vor 40 Jahren sich schwerer Verletzungen schuldig gemacht hat. Das gibt Herrn Lebins in keiner Weise das Recht, durch einen solchen tödlichen Streich verfallener Hände seinen Gegner in den Abgrund zu zurückzuführen.

Rechtsanwalt Brederer tritt den Ausführungen des Vordredners entschieden entgegen und verlangt für den Angeklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs.

Rechtsanwalt Kette hält eine Zurückweisung in die erste Instanz nicht für gegeben und beantragt unter Anschlag auf die Ausführungen des Justizrats Sells nach eingehenden juristischen und tatsächlichen Darlegungen die Verurteilung des Angeklagten.

Privatkläger May erklärt in seinem Schlusswort u. a.: Er habe heute so oft und mit bitterer Empfindung hören müssen, daß er ein Verbrecher sei. Es sei richtig, er habe als Mensch gefehlt und sei in jungen Jahren in den tiefsten Abgrund gesunken. Aber er sei durch ungewohnte Strafanstrennung wieder gestiegen und es sei traurig, daß nun Zurechtweisung und Ehrerziehung kommen und sich nur wieder bemühen, ihn abermals von der mühsam erreichten Höhe hinunter zu führen.

Das Gericht ist der Meinung, daß nur ein schöffengerichtliches Urteil vorliege, und zwar das freisprechende. Im übrigen stellt das Gericht den Ausdruck „geborener Verbrecher“ als eine Beleidigung im Sinne des § 186 des Strafgesetzbuchs an, billigt dem Angeklagten an sich den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zu, hält diese Schutzgrenzen aber für überschritten, da die Absicht der Beleidigung dem Gericht nicht zweifelhaft sei. Mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung verurteilt das Gericht den Angeklagten zu 100 M. Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis und legt ihm die Kosten des Verfahrens auf.

Gerichts-Zeitung.

Landmesser und Oberbürgermeister. Die Wilmersdorfer Stadtverordneten erhielten dieser Tage privatim die Abschrift eines Reichsgerichts-Urteils zugunsten, das namentlich im Hinblick auf den fernbedingten Brauch, ehrenhafte Arbeiter wegen Expressions im Gefängnis zu senden, einige Beachtung verdient. Ein Landmesser namens Georg Siegel in Wilmersdorf hatte sich am 27. Mai 1911 vor der 3. Strafammer am Landgericht III wegen Vergehens gegen den § 114 des Strafgesetzbuchs zu verantworten. Siegel war seiner Meinung nach durch die amtliche Absteckung einer Baufluchtlinie geschädigt worden. Als seine Beschwerden ohne Erfolg geblieben waren, sandte er dem Oberbürgermeister Gahrmann ein Schreiben, worin es heißt: „Sollten Sie nicht binnen acht Tagen die Sache in meinem Sinne erledigen, so mühe ich Schritte tun, die meiner „fortschrittlichen“ Stadtverwaltung nicht zur Ehre gereichen würden, denn ich würde beleuchten, wie diese mit gerechten Forderungen des Publikums wipfringt“. Der Oberbürgermeister überreichte diesen Brief der Staatsanwaltschaft, die daraufhin Klage erhob und zwar wegen Vergehens gegen den vorher genannten Paragraphen, der dieselben mit Strafe bedroht, die durch Gewalt oder Drohung eine Behörde oder einen Beamten zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung nötigen. Dies Vergehen hielt die Strafammer jedoch nicht für vorliegend; vielmehr verurteilte sie den Angeklagten wegen Beleidigung zu 100 M. Geldstrafe.

Das Reichsgericht, an das der Angeklagte sich nunmehr wandte, hob aber am 7. November das Urteil auf und erkannte auf Einstellung des Verfahrens. In der Begründung des Urteils, das das Urteilszeichen DV 679/1911, LX 2917 trägt, heißt es: „War der Angeklagte überzeugt, er verfehle mit dem Briefe, den das Urteil als Verleumdung über den Oberbürgermeister Schumann ausspricht, einen solchen richtigen Standpunkt, hielt er die Abklärung der Baufluchtlinien für mangelhaft und die ihm berechneten Schwierigkeiten für ungerechtigt — und alles dies sieht das Urteil als erwiesen an —, so handelte er in Wahrnehmung berechtigter Interessen, wenn er seine Beschwerde der dem Vermessungsamt vorgesetzten Dienststelle vorbringt, auch wenn seine Annahme, daß er ungerecht behandelt worden sei, auf einen Irrtum (§ 59 des Strafgesetzbuchs) beruht haben sollte.“ Anherdem hielt das Reichsgericht die Einstellung des Ver-

fahrens für geboten, weil der Oberbürgermeister den für die Verleumdung erforderlichen Strafanspruch nicht gestellt hatte.

„Schwerste Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit hindert!“

Nach drohnische Strafen wurden vergangene Woche vom Schöffengericht Berlin-Mitte gegen eine Anzahl Angeklagte verhängt, die sich wegen der Beschäftigung, Streikvergehen verübt zu haben, zu verantworten hatten. Von dem Stattfinden der Verhandlung war und leider keine Mitteilung zugegangen, und können wir deshalb erst heute kurz darüber berichten. Die Streikbewegung der Kaufleute bei der Firma Gebrüder Richter im November d. J., über die der „Vorwärts“ so ausführlich berichtet hat, war die Veranlassung zu der Justifikation. Bekanntlich hatte die Firma Richter, damit die Streikenden mit den Arbeitswilligen nicht in Berührung kommen sollten, den Schutz der Polizei erbeten, der ihr auch in weitgehendem Maße gewährt wurde. Die Führer der betroffenen Firma wurden ständig von Polizeimannschaften begleitet. Mit den Arbeitswilligen zu reden, war der Streikenden also unmöglich gemacht. Deshalb hatten letztere verschiedentlich den Versuch unternommen, die arbeitswilligen Kaufleute außerhalb Berlins zu sprechen und ihnen die Gründe, die zum Streik führten, klar zu machen. Weil nun hierbei einige scharfe Worte fielen, drei der Arbeitswilligen auch verprügelt wurden, mußten sechs der Streikenden, die Kaufleute Adolph, Mann, Schwan, Segert, Braun und Durau auf der Anklagebank Platz nehmen.

Den Angeklagten Adolph, Mann, Schwan und Segert wird durch die Anklage zur Last gelegt, auf der Dauer von Spandau nach Kuchleben einen Viehtransport der Firma Richter angehalten und drei der Kaufleute mittels „gefährlichen Werkzeugen“ mißhandelt zu haben, um sie dadurch zur Teilnahme an dem Streik zu veranlassen. Der Angeklagte Adolph soll ferner eine der Firma Richter gehörige Faustkloppel zerbrochen, den Arbeitswilligen Nadele gestohlen, bedroht und lässlich beleidigt haben, und ist mit Schwan zusammen der gemeinschaftlichen Körperverletzung des Arbeitswilligen Albert angeklagt. Angeklagter Mann wird beschuldigt, den Buchhalter Hedrich und den Arbeitswilligen Müller durch den Ruf „Streikbrecher“ beleidigt zu haben. Wegen Beleidigung und gemeinschaftlicher Nötigung des Kaufmanns Gedobach sind die Kaufleute Braun und Durau angeklagt.

Die umfangreiche Verweisanahme ergab, daß die unter Anklage gestellten Vorgänge seitens des öffentlichen Anklägers richtig aufgedeckt wurden. Die Verweisanahmen waren so ungenau und widersprechend, daß man sich wundern mußte, wie der Staatsanwalt es fertig brachte, so drohnische Strafen zu fordern. Er beantragt gegen den Angeklagten Adolph wegen Nötigung, Körperverletzung, Beleidigung und Sachbeschädigung eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis; gegen Mann insgesamt 10 Monate; gegen Schwan wegen Nötigung und zweimal wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung 1 Jahr Gefängnis; gegen Segert wegen Nötigung und gemeinschaftlicher Körperverletzung 6 Monate Gefängnis; gegen Braun wegen Nötigung 6 Wochen Gefängnis und gegen Durau, der um die Freude des Arbeitswilligen Gedobach herumgegangen ist, 2 Wochen Gefängnis.

Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. A. Rosenfeld, ging den Strafparagrafen des Staatsanwalts scharf zu Leibe und schilderte das soziale Milieu, in dem sich die Vorgänge abgespielt haben. Falls das Gericht wirklich eine Bestrafung für notwendig erachtet, beantragte er, auf eine geringe Geldstrafe zu erkennen.

Das Gericht verurteilte nach längerer Beratung den Angeklagten Mann wegen Nötigung und Körperverletzung zu 5 Monaten Gefängnis; Adolph und Schwan zu je 7 Monaten Gefängnis und Braun wegen verurteilter Nötigung zu 1 Woche Gefängnis. Die Angeklagten Segert und Durau wurden freigesprochen. Das Gericht hielt es für angebracht, auf diese enorm hohen Strafen zu erkennen, trotzdem durch die Verweisanahme festgestellt wurde, daß niemand einen Schaden oder sonstigen Nachteil durch die „Streikbrecher“ erlitten hat. Selbst die angeblich so schwer Mißhandelten haben nicht einmal einen Arzt aufsuchen, geschweige denn ihre Arbeit aufgeben müssen. — Zu Preußen gibt es keine Klassenjustiz!

Die umfangreichen Unterschlagungen

des Magistratsbureauassistenten Otto Lähde bilden heute den Gegenstand eines Prozesses vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Die Anklage gegen L. lautet auf Unterschlagung im Amt, Betrug, Registereinführung und schwere Urkundenfälschung. Den Vorsitz im Gerichtssaal führt Landgerichtsdirektor Neuenfeld, die Anklage wird vom Staatsanwaltschaftsrat Ranning vertreten, die Verteidigung des Angeklagten führen die Rechtsanwälte Dr. Schwandt und Götze. — Der Angeklagte war seit dem Jahre 1901 in dem Steuerbureau des hiesigen Magistrats als Assistent angestellt. Seit mehreren Jahren war er in der Abteilung beschäftigt, in der die bei Grundstücks- und anderen Verkäufen zu hoch angesetzten Umlagebeträge berechnet wurden. Den betreffenden Personen, die den Antrag auf Zurückzahlung der zuviel gezahlten Steuer gestellt hatten, wurde dann, wenn der Antrag als zu hoch befunden wurde, ein Quittungsformular übersandt mit dem sie nach vollzogener Unterschrift den Betrag von der Stadthauptkasse in Empfang nehmen konnten. Außerdem war es ihnen aber auch freigestellt, den Betrag einer Bank überweisen zu lassen. Der Angeklagte ging nun folgendermaßen zu Werke. Er brachte einen fingierten Antrag in den Geschäftsbüro, so daß er in die betreffenden Register eingetragen wurde. Wenn dieser Antrag dann in seine Hände gelangte, stellte er falsche Berechnungen auf und füllte schließlich unter dem Genehmigungsmerkmal die Unterschlagungen mehrerer Stadteide, unter anderem auch die Unterschlagung des verstorbenen Stadtrats Toubis. Vorher hatte er sich bei verschiedenen hiesigen Großbanken ein Konto mit falschen Namen eröffnen lassen, die mit denjenigen der fingierten Antragsteller identisch waren. Auf diese Weise gelang es dem Angeklagten nach und nach, insgesamt circa 90 000 M. zu unterschlagen. Als er sich zum Schluß noch durch einen größeren Coup in den Besitz von 40 000 M. setzen wollte, kam die ganze Sache durch einen Zufall zur Entdeckung. Lähde ergriff die Flucht, wurde aber bald darauf verhaftet. Mit dem unterschlagenen Gelde hatte der Angeklagte den noblen Cavalier gespielt und große Beträge in leichtsinniger Gesellschaft verjubelt. Außerdem hatte er sich in der Nähe von Erfurt eine Villa und eine Jacht gekauft. — In dem Vorverfahren hatte L. angegeben, daß auch von mehreren anderen Beamten, die sich gegenwärtig in die Hände arbeiten, gleiche Verbrechen bei dem Berliner Magistrat verübt würden.

In der gestrigen Verhandlung weigerte sich der Angeklagte, die Namen der Verbrechenden zu nennen. Der Vorsitzende läßt ihn darauf an den Zeugnissen treten, die Geschworenen verlassen ihre Plätze, ebenso die Richter; alle bilden einen Kreis um den Angeklagten. Der Vorsitzende dringt nun in einer geradezu unerhörten Weise auf den Angeklagten ein, doch die Komplizen preiszugeben.

Sonst wänten ihm leicht mildernde Umstände versagt werden.

Dies Vorgehen eines Gerichtsvorsitzenden ist ganz ungewöhnlich und erinnert an das längst aus dem Arzeneal der Jurisprudenz verschwundene Mittel der Geständniszwangung durch die Folter. Wenn auch ein hypochonder Juwig in diesem Falle nicht angewendet worden ist, so ist doch die Bedrohung mit einer schweren Strafe für den Fall des Nichtgehens aus den Worten des Vorsitzenden klar ersichtlich. Von den Rechtsanwälten Dr. Schwandt und Götze war schon früher der Beweis dafür angetreten worden, daß der Angeklagte ein schwernervischer und geistig minderwertiger Mensch ist. Es sind deshalb außer circa 30 Jungen mehrere medizinische Sachverständige geladen. Für die Verhandlung sind zwei Sitzungstage in Aussicht genommen.

In der umfangreichen Verweisanahme wurde unter anderem festgestellt, daß an die in Frage kommenden Formulare sehr leicht heranzukommen war, da sie in einem ungeschlossenen Schrank lagen, der in einer Kapsel stand. Durch zahlreiche an die Zeugen gerichtete Fragen der Rechtsanwälte Dr. Schwandt und Götze ergab

sich ferner, daß der Angeklagte kein ein sehr auffälliges Wesen zur Schau getragen habe. Auf mehrere Zeugen hat L. den Eindruck eines kindischen und willensschwachen Menschen gemacht, der sich verschließen gewesen sei. Er habe auch häufig auf einem Stuhl, der in einem Schrank gestellt wurde, während der Vernehmung ein Schlafäpfel gemacht. Ferner wurde die Gestalt des Angeklagten, eine von ihrem Mann getrennt lebende Frau, vernommen, die unter anderem bezeugte, daß sie von dem Angeklagten monatlich 300 M. erhalten habe. Der Angeklagte habe keinesfalls sehr üppig gelebt und ihr auch keinerlei kostbare Geschenke gemacht, wie früher behauptet worden sei.

Die Verhandlung wurde schließlich abgebrochen und auf Dienstag 9½ Uhr vertagt. Da noch zahlreiche Zeugen zu vernahmen sind, wird das Urteil erst in den späten Abendstunden zu erwarten sein.

Aus aller Welt.

Ein unfehlbares Mittel.

Die Reichstagswahlen und ihr wahrscheinlicher Ausgang bilden zurzeit in allen Bevölkerungsschichten einen ausgiebigen Gesprächsstoff. Und das ist auch kein Wunder: hat doch die bitter empfundene Steuerpolitik des schwarzblauen Blokes, das schwächliche Versagen der bürgerlichen Parteien bei der Beratung der sozialen Gesetze vielen Tausenden bisher in indifferenten Wählern die Augen geöffnet. Alle möglichen Kombinationen über die voraussichtliche Zusammensetzung des Reichsparlaments werden laut; wenn es nach dem Wünschen und Hoffen mancher Optimisten ginge, erhielte die Sozialdemokratie einen Mandatzuwachs, durch den die Mehrzahl der Hörsner und Pharisäer aus dem Reichstempel hinausgejagt würde. Allerlei mögliche und unmögliche Vorschläge werden ausgemacht, um den Erfolg der Wahlen in freierwilliger Stimme zu beeinflussen. Ein ganz Schläger aber, der sich aus Vornahme mit einem Briefe an uns wendet, möchte das Angenehme mit dem für ihn Möglichen verbinden. Der Mann hat ein ganz unfehlbares Mittel erfunden, wodurch jeder deutsche Wähler sagt: „Ich wähle rot!“ Die Erfindung des Herrn, der dankbarerweise sein Agitationsmittel nur unserer Partei geben will, hat nebenbei noch die gute Eigenschaft, daß die Zahl der Abonnenten der Parteipresse sich gewaltig erhöht. Und das alles fließt der Sozialdemokratie zu, wenn wir den Erfinder, der auf telegraphische Antwort wartet, lumpige 10 000 Mark übermitteln.

Da wir bereits im Besitze eines unfehlbaren Mittels sind, unsere Wähler- und Abonnentenzahl gewaltig zu steigern, mußten wir leider auf das billige Angebot aus Bremerhaven verzichten. Unser Begehren aber ist: Agitation und Organisation! Wenn alle unsere Anhänger das Mittel nach besten Kräften im Wahlkampf anwenden, werden viele unserer bisherigen Gegner am 12. Januar sagen: Ich wähle rot!

Ein Liebesdrama am Telephon.

Auf eine echt amerikanische Weise hat in Portland im Staate Oregon eine Frau Eman Robinson ihren Liebhaber, den reichen Kaufmann Cozzrell aus Chicago, von ihrem Selbstmordversuch in Kenntnis gesetzt. Seit längerer Zeit stand Frau Robinson zu Cozzrell in näheren Beziehungen. Stets jedoch hatte der Liebhaber das schuldige Verhalten der Frau, Frau Cozzrell zu werden, abgelehnt. Auch am Sonntagmorgen versicherte Frau Robinson am Telephon ihrem Herzgenossen wieder ihre innigste Zuneigung und ihren dringenden Wunsch nach ehelicher Vereinigung mit ihm. Als alle heißen Liebeschwüre an dem nächsten Kaufmann abprallten, machte Frau Robinson ihn darauf aufmerksam, daß er zuhören möge, was jetzt geschähe. Deutlich hörte der heralose Liebhaber den Anruf eines Retolwers. Er eilte sofort in die Wohnung der Frau Robinson und fand die Frau mit einem Schusse in der Brust neben dem Telephon am Boden liegen. Da die Ärzte hoffen, die Frau durchzubringen, wird der letzte Anruf wohl eine Kränkung sein.

Die Kirche hat einen guten Magen.

Eine Konferenz im hl. russischen Synod hat kürzlich die Forderung aufgestellt, daß für die Bedürfnisse der Geistlichkeit im Jahre 75 Millionen Rubel bemittelt werden. Zu den jetzt schon bewilligten Mitteln erfordert das einen neuen Kredit von 41 Millionen aus Staatsmitteln. Dafür soll die Armee von 88 000 Priestern, Mönchen usw. unterhalten werden. Das soll der Lohn sein, den die russische Geistlichkeit für ihre reaktionären Handlangerdienste von den herrschenden Parteien erwartet.

Kleine Notizen.

Die schlechte Penne. Fürchterliche Folgen hatte eine schlechte Schlußleistung, das dem dreizehnjährigen Realchüler Holz aus Mannheim erteilt wurde. Der Junge hat sich erhängt; vor Schuld darüber ist sein Vater wahnsinnig geworden.

Wieder ein Erdbeben in Württemberg. Am Montag früh zwischen 6 und 7 Uhr wurden in Württemberg zwei ziemlich starke Erdrerschütterungen, verbunden mit unterirdischem Rollen und Lichterscheinungen, wahrgenommen.

Mordmord in München. Am Sonntagmorgen wurde in einem Bierstübchensgarten an der Parlovinger Straße in München die Leiche eines unbekanntes Mannes aufgefunden. Die Leiche wies schwere Verletzungen über dem linken Auge und am Hinterkopf auf. Es liegt Raubmord vor. Später wurde in dem Ermordeten der Tagelöhner Lechermann erkannt. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

Eisenbahnunfall. Ein Lokomotiv der Nordwestbahn stieß heute früh bei der Einfahrt in die Wiener Bahnhofshalle an den Prellbock, wobei 27 Personen leicht verletzt wurden.

Eingegangene Druckschriften.

Reichsversicherungsordnung nebst Einführungsgebot und Erläuterungen von Dr. E. von Köhler, H. Voland, H. Schüller, Dr. B. Schell, H. H. Heringer, 4 Bände; Jannalben und Huterichsbeckenversicherung behandelt vom Oberregierungsrat Hiesinger. Preis 2 M. (Preis des Bandes in 6-7 Bänden zum Gesamtprice von ca. 12 M.) S. Köhler, Verlag in Stuttgart.

Der Entwurf des Verzeichnisses Wassergesetzes in der zur Verlegung beim Reichsministeramt einbringlichen Fassung ist von der Reichlichen Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Ritterstr. 50, zum Preise von 4.50 M. zugleich von 50 M. für einmalige Vorkaufsendung zu beziehen. Der Entwurf regelt das gesamte Wasserrecht einheitlich und erschöpfend für die ganze preussische Monarchie.

Wohlfühl-Gedächtnis in der Gefangenschaft am Olymp. Von Augustin G. Richter. 120 M. D. Bonn, Verlag.

Wohlfühl-Gedächtnis. Von Jas. London. (Ch. 9 der „Welt der Fahrt und Abenteuer“.) 3 M. geb. 4 M. H. Hoffmann, Leipzig 4 M.

Die Sozialdemokratische Jugendbewegung — Totbitten der aufstrebenden Arbeiterklasse. Von H. Lindberg. 28 Seiten. Verlag: Sozialdemokratisches Bureau für Rheinland-Westfalen, Düsseldorf.

Wartpreisliste von Berlin am 16. Dezember 1911, nach Ermittlung des König. Polizeipräsidiums. Marktblattvertrieb (Meinungslos), 100 Kilogramm Weizen, gelbe, zum Kochen 38.00—50.00. Weizenboden, weisse, 40.00—50.00. Winter 40.00—50.00. Kartoffeln 8.00—11.00. 1 Kilogramm Reis, weisse, von der Sorte 1.00—2.00. Reis, weisse, 1.00 bis 1.70. Schweinefleisch 1.20—1.80. Rindfleisch 1.20—2.40. Hammelfleisch 1.20—2.20. Butter 2.00—3.20. 50 Stück Eier 3.50—6.40. 1 Kilogramm Karbon 1.00—2.40. Salz 1.20—2.80. Zucker 1.80—3.00. Getreide 1.20 bis 2.80. Farne 1.00—2.00. Schale 1.40—3.20. Holz 0.50—1.40. 60 Stück Stroh 2.40—24.00.

Nieder-Schönweide.
 Berliner Str. 30, Gabel.
 49, D. Rade.
 65, Lohde.
 110, Gabel.
 Schillerstr. 7, Gabel.
 Sedanstr. 1, Singer.

Ober-Schönweide.
 Deastr. 1, D. Loh.
 Edisonstr. 2, Krug u. Co.
 43, Konsumgenossenschaft.
 49, G. Wittkop.
 Frickestr. 24, D. Sorge.
 Rantenerstr. 4, Kleit.
 Luffenstr. 5, R. Gehler.
 8, Nachfolger.
 12, Konsumgenossenschaft.
 Luffenstr. 23, Luffe.
 Rantenerstr. 14, Darius.
 Rantenerstr. 51, Henke.
 Rantenerstr. 7, R. Bronner.
 18a, R. Wartenberg.
 31, Krug u. Co.
 Siemensstr. 16, B. Zimm.
 Stabsstr. 28, P. Franke.
 Lohdestr. 35, P. Seidelmann.
 Rantenerstr. 12, Schmalz.
 23, Großmann.
 Schillerstr. 1, Dersog.
 17, R. Gehler.
 17, Dittmann.
 37, Rantenerstr.
 44, Straße.
 Offenstr. 20, Spagler.

Vanslo.
 Berliner Str. 23, Rabe.
 Dreierstr. 52, V. Junke.
 Rantenerstr. 6, R. Lubwig.
 Frickestr. 41, Schneider.
 60, Engel.
 Frickestr. 11, Schmitz.
 Frickestr. 4, Geng.
 Rantener-Friedrich-Str. 67, Stenede.
 Rantenerstr. 2, Wiebe.
 Frickestr. 37, Müller.
 Schulstr. 14, Diering.
 Schönholzer Str. 9, Seiffert.
 Uferstr. 181, Bartel.
 Gollanstr. 20, Lantke.
 68, F. Junke.
 102, Konsumgenossenschaft.

Wägenhe.
 Charlottenburger Weg 12, Seiffert.

Reinickendorf.
 Amendstr. 18, Schmidt.
 104, Rupp.
 Antonenstr. 56, Hoffmann.
 Berliner Str. 3, B. Schneider.
 14, J. Biersch.
 63, Wittenberg.
 111, Gumboldt.
 134, Gollhoff.
 Birkenstr. 58, G. Lomnitz.
 Bürgerstr. 20, C. Voss.
 Eichbornstr. 16, Konsumverein.
 25, D. Rade.
 36, Rade.
 72, Rupp.
 Gesellschaftstr. 31, Rupp.
 Gottschalkstr. 41, Hoffmann.
 Grüner Weg 50, Wadrow.
 Hansstr. 3, Zimmer.
 Hauptstr. 34, Braun.
 Hauptstr. 3, Hoffmann.
 Hauptstr. 102, H. Flummet.
 Herdstr. 24, R. Kottmann.
 Gollanderstr. 20, G. Ruffe.
 125, Weidmann.
 Hoppstr. 16, Konsumgenossenschaft.
 Jahnstr. 14, Hoffmann.
 Jahnstr. 12, Loh.
 Rantenerstr. 5, Scheer.
 12/13, R. Kibel.
 Produngsstr. 28, Rud. Kollhoff.
 51, Rupp.
 53, G. Rupp.
 72, Rupp.
 80, D. Schröder.
 86, G. Baumgarten.
 111, Rupp.
 Rehdensstr. 61, Eitel.
 102, G. Großmann.
 125, Rupp.
 130, Reinhardt.
 150, Rupp.
 Rantenerstr. 16, R. Rupp.

Schönweidestr. 10, Schamberger.
 25, Voigt.
 55, Dümer.
 65, Böde.
 113, Hoffmann.
 117, Wülling.
 135, Mühlert.
 Sommerstr. 52, Neumann.
 Spandauer Weg 4, Rathner.
 Wälstr. 61, U. Giele.
 Wälstr. 1, Schmidt.
 62, Neue Berliner Genossenschaftsbücherei.

Rixdorf.
 Müllerstr. 37, R. Rantener.
 46, Troffer.
 Am Ballerturn, Ungers.
 Ringenraderstr. 5, R. Rantener.
 Rantenerstr. 21, Spandau.
 Rantenerstr. 27, R. Gabel.
 32, R. Kießling.
 70, Rantener.
 84, D. Schaper.
 90, R. Rantener.
 122, R. Ober.
 123, Klebenow.
 Berliner Str. 16, R. Schmalz.
 20, R. Rantener.
 26/27, G. Rantener.
 76/77, R. Rantener.
 80/81, R. Spandau.
 85, R. Rantener.
 98, R. Rantener.
 Hertelsdorfer Str. 10, D. Rantener.
 Rantenerstr. 13, Rantenergenossenschaft.
 21, Rantener.
 58, R. Rantener.
 64, Rantener.
 Rantenerstr. 11, R. Schaper.
 16, R. Rantener.
 25, D. Rantener.
 28, D. Rantener.
 31, R. Rantener.
 Rantenerstr. 47, Konsumgenossenschaft.
 Rantenerstr. 2, D. Rantener.
 Rantenerstr. 9, R. Rantener.
 Rantenerstr. 179, Rantener.
 Rantenerstr. 55, R. Rantener.
 65, R. Rantener.
 Rantenerstr. 107, R. Rantener.
 112, G. Rantener.
 Rantenerstr. 6, R. Rantener.
 13, R. Rantener.
 16, R. Rantener.
 Rantenerstr. 62, R. Rantener.
 82, R. Rantener.
 Cauer Str. 5, Schulz.
 12, D. Rantener.
 20, Rantener.
 33, Konsumgenossenschaft.
 44, Rantener.
 78, R. Rantener.
 91, R. Rantener.
 103, R. Rantener.
 115, Rantener.
 120, R. Rantener.
 Rantenerstr. 15, D. Rantener.
 Rantenerstr. 8, G. Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantenergenossenschaft.
 12, Rantener.
 21, Rantener.
 25/26, G. Rantener.
 Rantenerstr. 3, R. Rantener.
 Rantenerstr. 15, Konsumgenossenschaft.
 30, G. Rantener.
 37/38, R. Rantener.
 44, Rantener.
 47, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, G. Rantener.
 Rantenerstr. 45, D. Rantener.
 60, R. Rantener.
 Rantenerstr. 19, R. Rantener.
 Rantenerstr. 76, D. Rantener.
 Rantenerstr. 18, G. Rantener.
 28, G. Rantener.
 34, R. Rantener.
 39, Rantener.
 42/43, R. Rantener.
 47, G. Rantener.
 54, R. Rantener.
 61/62, Rantener.
 74, R. Rantener.
 108, Rantener.
 118, R. Rantener.
 149, R. Rantener.
 159, Rantener.
 170, Rantener.
 174, Rantener.

Hermannstr. 175, E. Rantener.
 231, D. Rantener.
 Herrmannstr. 10, R. Rantener.
 Herrmannstr. 23, R. Rantener.
 26, R. Rantener.
 34, D. Rantener.
 Herrmannstr. 3, R. Rantener.
 Herrmannstr. 21, R. Rantener.
 22, Rantener.
 28, Rantener.
 Hoberstr. 21, R. Rantener.
 29, R. Rantener.
 43, R. Rantener.
 Hoberstr. 11, Rantener genossenschaft.
 13, R. Rantener.
 18, D. Rantener.
 Jägerstr. 63, R. Rantener.
 70, R. Rantener.
 77, D. Rantener.
 Rantenerstr. 2, D. Rantener.
 Rantenerstr. 30, G. Rantener.
 Rantenerstr. 9, R. Rantener.
 Rantenerstr. 1, D. Rantener.
 Rantenerstr. 7, G. Rantener.
 Rantenerstr. 31, D. Rantener.
 65, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, Rantener.
 12, D. Rantener.
 25, R. Rantener.
 28, G. Rantener.
 34, Rantener.
 39, Rantener.
 62, R. Rantener.
 72, D. Rantener.
 80, R. Rantener.
 162, R. Rantener.
 178, R. Rantener.
 189, R. Rantener.
 247, D. Rantener.
 Rantenerstr. 19, G. Rantener.
 Rantenerstr. 46/47, D. Rantener.
 Rantenerstr. 33, R. Rantener.
 35, Rantener.
 41, G. Rantener.
 68, R. Rantener.
 96, de la Rantener.
 146, G. Rantener.
 Rantenerstr. 69, R. Rantener.
 101, Rantener.
 Rantenerstr. 2, Rantener.
 78, Rantener.
 Rantenerstr. 13, R. Rantener.
 Rantenerstr. 57/58, D. Rantener.
 Rantenerstr. 14-15, G. Rantener.
 Rantenerstr. 22, Rantener.
 30, Rantener.
 Rantenerstr. 42, G. Rantener.
 Rantenerstr. 12, Rantener.
 15/16, Rantener.
 58, R. Rantener.
 Rantenerstr. 9, R. Rantener.
 Rantenerstr. 10/11, G. Rantener.
 Rantenerstr. Weg 1, D. Rantener.
 Rantenerstr. 16, R. Rantener.
 Rantenerstr. 19, Rantener.
 25, R. Rantener.
 39, Konsumgenossenschaft.
 40/41, D. Rantener.
 44, R. Rantener.
 54, Rantener.
 Neue Rantenerstr. 33, Rantener.
 Rantenerstr. 3, R. Rantener.
 10, R. Rantener.
 Rantenerstr. 16, R. Rantener.
 32, D. Rantener.
 Rantenerstr. 3, R. Rantener.
 11, G. Rantener.
 Rantenerstr. 34/35, Rantener.
 Rantenerstr. 2/3, R. Rantener.
 4, R. Rantener.
 13, R. Rantener.
 20, R. Rantener.
 27, Rantener.
 34, R. Rantener.
 Pfälzerstr. 13, G. Rantener.
 57, G. Rantener.
 72, Rantener.
 77, Rantener.
 Rantenerstr. 7, D. Rantener.
 22, G. Rantener.
 24, D. Rantener.
 38, R. Rantener.
 58, R. Rantener.
 70, R. Rantener.
 75, R. Rantener.
 83, G. Rantener.
 Rantenerstr. 32, G. Rantener.
 33, G. Rantener.
 46, G. Rantener.
 76, Rantener.

Reuterstr. 81, H. Rantener.
 89, Rantener.
 Rantenerstr. 16, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 28, R. Rantener.
 61, Rantener.
 63, G. Rantener.
 104, R. Rantener.
 Rantenerstr. 25, G. Rantener.
 Rantenerstr. 40, D. Rantener.
 Rantenerstr. 5/6, G. Rantener.
 18, R. Rantener.
 21, G. Rantener.
 23, R. Rantener.
 31, R. Rantener.
 Schillerstr. 13, Rantener.
 29, G. Rantener.
 Rantenerstr. 9, R. Rantener.
 Rantenerstr. 5, R. Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 44, R. Rantener.
 Rantenerstr. 23, G. Rantener.
 24, Rantener.
 30, R. Rantener.
 53, R. Rantener.
 70, D. Rantener.
 74, G. Rantener.
 101, R. Rantener.
 103, Rantenergenossenschaft.
 111, R. Rantener.
 Rantenerstr. 13, R. Rantener.
 Rantenerstr. 10, D. Rantener.
 Rantenerstr. 7, G. Rantener.
 Rantenerstr. 67, R. Rantener.
 Rantenerstr. 35, R. Rantener.
 Rantenerstr. 37, R. Rantener.
 Rantenerstr. 13, R. Rantener.
 Rantenerstr. 67, R. Rantener.
 Rantenerstr. 9, R. Rantener.
 Rantenerstr. 13, R. Rantener.
 Rantenerstr. 31, D. Rantener.
 34, R. Rantener.
 60, D. Rantener.
 Rantenerstr. 4, Rantener.
 7, Rantener.
 18, R. Rantener.
 24, R. Rantener.
 34, R. Rantener.
 52, Konsumgenossenschaft.
 58, G. Rantener.
 59, Rantener.
 Rantenerstr. 30, R. Rantener.
 47, Rantener.
 168, R. Rantener.
 206, Rantener.
 Rantenerstr. 34/35, G. Rantener.
 32, Rantener.
 61/62, Konsumgenossenschaft.
 63/64, Rantener.
 Rantenerstr. 13, R. Rantener.
 16, D. Rantener.
 21, Rantener.
 Rantenerstr. 7, Rantener.
 29, R. Rantener.
 9, C. Rantener.
 13, Rantener.
 22, C. Rantener.
 36, R. Rantener.
 41, R. Rantener.
 53, Rantener.
 57, Rantener.
 75, R. Rantener.
 81, G. Rantener.
 Rantenerstr. 179, Rantener.
 Rantenerstr. 84, Rantener.
 Rantenerstr. 22, Rantener.
 Rantenerstr. 12, R. Rantener.
 Rantenerstr. 2, Rantener.
 Rantenerstr. 67, Rantener.
 Rantenerstr. 61, Rantener.
 Rantenerstr. 4, Rantener u. Co.

Reuterstr. 25/26, Rantenergenossenschaft.
 Rantenerstr. 37, Rantener.
 42, D. Rantener.
 Rantenerstr. 63, Rantener.
 Rantenerstr. 5, G. Rantener.
 Rantenerstr. 16, Rantener.
 31, Rantener.
 Rantenerstr. 11, Rantener.
 Rantenerstr. 35, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener u. Co.
 Rantenerstr. 48, Rantener.
 Rantenerstr. 66, Rantener.
 Rantenerstr. 10, Rantener.
 Rantenerstr. 19, Rantener.
 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 21, Rantener.
 Rantenerstr. 9, Rantener.
 Rantenerstr. 23, R. Rantener.
 Rantenerstr. 7, R. Rantener.
 Rantenerstr. 18, Rantener.
 31, Rantener.
 30, R. Rantener.
 49, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.
 Rantenerstr. 1, Rantener.

